



# Große Umverteilung

Auf dem Weg zu mehr Gleichheit bliebe kaum ein Stein auf dem anderen. Aber es lohnte sich

KATHRIN GERLOF

**K**leiner Dialog zwischen zwei Hackern aus dem Roman »New York 2140« von Kim Stanley Robinson:

Jeff: Ich habe diese ganzen Steuerparadiese abserviert.

Mutt: Wie soll dann bitte die Weltwirtschaft funktionieren? Das Geld bewegt sich nicht, wenn es nicht in Steuerparadiese kann.

Jeff: Ich habe das Steuerrecht pikettysiert.

Mutt: ??

Jeff: Eine ernsthafte progressive Vermögenssteuer. Auf alle Vermögen in den Vereinigten Staaten wird eine Steuer bis zu neunzig Prozent für ein Vermögen von über hundert Millionen erhoben. Es wäre das, was Keynes die Euthanasie des Rentiers genannt hat.

Der Rockstar der Ökonomen (»Financial Times«), Thomas Piketty (»Das Kapital im 21. Jahrhundert«), hat in diesem Jahr das für seine Verhältnisse dünne Buch »Eine kurze Geschichte der Gleichheit« vorgelegt. In seinem zweiten Buch »Kapital und Ideologie«, das 1.200 Seiten umfasste, hatte er mit dem Märchen aufgeräumt, die liberale Wirtschaftsordnung, wie wir sie kennen, sei das Ergebnis eines natürlichen Prozesses und demzufolge eine natürliche Wirtschaftsordnung.

Piketty beschreibt sich selbst als Anhänger eines partizipativen Sozialismus und worauf die beiden Nerds Mutt und Jeff in Robinsons Roman abstellen, ist der Vorschlag des Ökonomen, den Besitz nicht abzuschaffen, ihn stattdessen geradezu zu überwinden. Eigentum, wie es als unantastbar Heiliges im Kapitalismus gilt, würde ersetzt durch soziales und vor allem temporäres Eigentum. Mit sozial meint der Ökonom eine extreme Steuerprogression: Kleine Vermögen würden mit gerade mal 0,1 Prozent besteuert, ab zwei Milliarden Euro wären es 90 Prozent. Milliardäre verschwinden somit faktisch. Was kein Verlust, stattdessen sicher ein Beitrag zur Rettung der Spezies Mensch und des Planeten wäre. Zumal man, wie Piketty in Interviews ausführte, mit 200 Millionen, auf die 10 Prozent Steuern

anfielen, auch ganz gut leben könne. Noch mal die beiden Nerds aus Robinsons Roman:

Mutt: Geld hat man nie genug.

Jeff: Ja, das sagen die Leute immer, aber es stimmt nicht. Irgendwann kauft man sich Klobriellen aus Marmor und fliegt mit seinem Privatflugzeug zum Mond, um das überschüssige Geld aufzubauchen, aber eigentlich bekommt man davon nur Leibwächter und Buchhalter und verrückte Kinder und schlaflose Nächte und Sodbrennen. Es ist zu viel – und zu viel ist ein Fluch!

Piketty hat die inzwischen nach ihm benannte Steuer am Beispiel Frankreichs durchgespielt. Bei einer derart starken Besteuerung großer Erbmassen wäre es möglich, jedem Jugendlichen bei Erreichen des 25. Lebensjahres je 120.000 Euro zu geben. Er nennt es »Minimalerbe«. Wie lautete der erste Einwand? Mit so viel Kohle in der Hand würden die jungen Menschen überhaupt keine Bildungs- und Arbeitsmoral an den Tag legen. Und der zweite? Dann flieht das Kapital einfach. Kennen wir ja. Was die Flucht anbelangt, so ist dem Ökonomen natürlich klar, dass es dem Kapital eigen ist, abzuhaufen und woanders seine Profite zu realisieren. Dagegen hülfle, schreibt er, ein Internationales Finanzkataster, damit überall auf der Welt alle Steuerbehörden wissen, wem was gehört. Einfach ist das nicht und klingt ziemlich utopisch, aber nicht unmöglich.

»Das Erbe für alle zielt zunächst darauf, die Verhandlungsmacht all derer zu stärken, die so gut wie nichts besitzen (etwa die Hälfte der Bevölkerung). Wenn man nichts oder, schlimmer noch, nichts als Schulden hat, ist man gezwungen, jeden Lohn und alle oder fast alle erdenklichen Arbeitsbedingungen zu akzeptieren«, schreibt Piketty in dem aktuellen Buch.

Erbschaft für alle, Grundeinkommen und Beschäftigungsgarantie, das ist der Dreiklang, den der Ökonom vorschlägt und ausgearbeitet hat. Gleichzeitig müsse sich der Staat in eine Richtung (Sozialstaat im eigentlichen Sinn) bewegen, die auf eine allmähliche »Entmarkung« der Wirtschaft ziele. »Namentlich Grundgüter wie Erziehung, Gesundheit, Kultur, Verkehr und Energie sollten außerhalb der

Marktsphäre produziert werden, im Rahmen politischer, kommunaler, genossenschaftlicher und nicht gewinnorientierter Strukturen.«

Wer sich das Wahlkampfgezocke um das »Bürgergeld« anschaut, bei dem die CDU (der FDP wird es sicher gefallen) den Untergang des Abendlandes prophezeit, schaffe man das Sanktionssystem ab, das einen bunten Strauß an Demütigungen für jene, die für längere Zeit dem Arbeitsmarkt »entfallen« sind, darstellt, kommt zu dem Schluss, dass wir dann aber auch wirklich einen anderen Staat brauchen. Vor allem aber eine andere Politik, denn wie der Staat verfasst ist, bestimmt im Wesentlichen sie, hat sie sich mal auf eine Grundform geeinigt.

Piketty: »Sozialstaat und progressive Steuer können, konsequent zu Ende gedacht, als Grundlage einer neuen Form des demokratischen, dezentralisierten Sozialismus dienen, der auf Selbstverwaltung und permanenter Macht- und Eigentumszirkulation beruht.«

Natürlich ist klar, dass dies internationaler Regelungen bedarf, denn die Produktions- und Lieferketten reichen um den ganzen Globus und nationalen Politiken stehen Transnationale Konzerne gegenüber, die nach dem Motto agieren: Heute mach ich, was ich will, und morgen machst du, was ich will. Wenn es möglich war und ist, internationale Verträge auszuhandeln (bislang zählt jedes Freihandelsabkommen dazu), die fast ausschließlich dem Schutz des Eigentums und der Vermeidung von Umverteilung dienen, wäre zumindest denkbar, dass es auch andere internationale Vereinbarungen geben kann. Allerdings setzen diese voraus, dass Regierungen sich nicht länger vornehmlich als Unterabteilungen von Konzernen und Banken verstehen und anerkennen, dass die »unsichtbare Hand« nie die Rechnung begleicht, die durch die Art und Weise, wie produziert und verteilt wird, stetig steigt. Stattdessen diskontiert sie die Zukunft und jene, die darin werden leben müssen, bis sie kaum noch etwas wert ist.

Da wäre es doch besser, das Steuerrecht zu pikettysieren.

## SCHWERPUNKT DENKBAR! MACHBAR?

### Seite 5 Ist die Zukunft noch offen?

Alexander Behr im Gespräch. Er hat ein Buch über globale Solidarität geschrieben, über den Pessimismus des Verstandes und den Optimismus des Willens

### Seite 11 Die Solarkuh

Ein komplexer Vorschlag, der am Ende einfache Lösungen bietet. Also wirklich eine Agrarwende

### Seite 14 Ein Traum von einer Finanzpolitik

Was eine Regierung mit ihrem Geld Gutes bewirken könnte, wenn sie wollte und könnte

## MURX

PHILIP BLEES

Bau auf, bau auf: Seit nun etwas mehr als einem Jahr kann das Wachstum des berühmten Amazon-Towers aus den OXI-Räumlichkeiten am FMP1 begutachtet werden. Zuerst war da nur ein Kran, es folgte ein Gerüst aus Stahlbeton und nun seit einiger Zeit schon die Glasfassade der unteren Stockwerke. Während sich in den oberen Geschossen noch die Betonmischer drehen.

Am 12. Oktober feierte die Allianz zusammen mit ihren Finanzierungspartner:innen das Richtfest. Bei der Fertigstellung, geplant für 2023, wird es mit 140 Metern für kurze Zeit das höchste Gebäude Berlins sein, bis es 2024 vom Estrel Tower in Neukölln übertrumpft werden wird.

Das Unternehmen, welches mit dem Bau assoziiert wird und gegen das sich zu Beginn der Arbeiten Protest regte, ist allerdings nur über Ecken involviert. Amazon ist am Bau des Gebäudes gar nicht direkt beteiligt, das Unternehmen wird nur Hauptmieter und bezieht voraussichtlich 2024 28 der 37 Etagen. Eine halbe Etage soll öffentlich genutzt werden. Vielleicht soll in diesem Raum auch ein Fahrradladen entstehen. Schläuche, Klingeln und Luftpumpe muss man also bald nicht mehr beim Versandriesen mit riesigem Hochhaus bestellen, vorausgesetzt, man lebt in Berlin-Friedrichshain.

Damit wird die schon seit den 90ern bestehende Partymeile an der Warschauer Brücke weiter zum hippen Business-Zentrum Berlins. Um die Ecke haben bereits zahlreiche Firmen ihre einfalllosen Fassaden errichtet. Pläne zum Umbau des RAW-Geländes – Feier-Touri-Hotspot Nummer 1 – liegen vor. Selbstverständlich sollen auch dort schicke Hochhäuser entstehen. Selbst pseudoalternative Kultur ist in Berlin inzwischen geliefert.



## EDITORIAL

Die Bundesvorsitzende des Verbandes »Die Jungen Unternehmer« (ja, die benutzen nur die männliche Form für ihren Verein) mahnte in einer November-Ausgabe der »Wirtschaftswoche«, es sei der falsche Weg, in Zeiten leerer Kassen den Sozialstaat noch ausbauen zu wollen. »Stellen Sie sich vor, es fehlen Millionen von Arbeitskräften, und die Bundesregierung lädt dazu ein, sich in die soziale Hängematte des Staates fallenzulassen und das Arbeiten einzustellen.« So beginnt ihr »Standpunkt«.

Stellen wir uns mal vor, eine wie Sarna Röser, so heißt die Vorsitzende, säße mit dem Bundespräsidenten zusammen und beide schmiedeten einen Plan, wie sich a) bei der Jugend und b) überhaupt das um sich greifende Sozial-schmarotzertum besiegen ließe. Da käme schon was zusammen. Pflichtjahr nach der Schule und verordnete Prekarität für alle, die nicht arbeiten. Gerade jetzt, schrieb Röser gegen das Bürgergeld an, müsse Wirtschaften vor Umverteilen kommen. Diese Art der Ehrlichkeit ohne Spurenelemente des Sozialen verschafft uns das Vergnügen, weiterhin gute Gründe zu haben, Wirtschaft anders denken zu wollen. Danke, Frau Röser.  
Die Redaktion

1/23

## SCHWERPUNKT WOHNEN

Alle brauchen ein Dach über dem Kopf. Und doch sind wir weit entfernt von der Verwirklichung eines Menschenrechts auf Wohnen. Was lässt sich lernen aus globalen Bewegungen, Wohnungs- und Siedlungsprogrammen der UNO (wie »Habitat«) Enteignungskampagnen und den Haken, die das Kapital schlägt, um sich in undurchsichtigen transnationalen Konsortien und Konzernen unangreifbar zu machen?

Die Ausgabe kommt am 13. Januar 2023 zu den Abonnent:innen, liegt am 14. Januar für alle, die ein »nd.DieWoche«-Abo haben, exklusiv bei.

## IMPRESSUM

OXI – Wirtschaft anders denken  
herausgegeben von der  
common Verlagsgenossenschaft eG  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
www.oxiblog.de

Redaktion: Philip Blees, Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.),  
Tobias Lambert, Sigrun Matthiesen, Anne Schindler,  
Andrea Wierich (Korrektur)

Gestaltung: Michael Pickardt, Schroeter & Berger  
Illustrationen: Michael Pickardt

Tel. (030) 2978-4678, kontakt@oxiblog.de  
Abbestellungen:  
abo@oxiblog.de oder unter Tel. 030-2978-1737  
Einzelhefte können bestellt werden unter  
abo@oxiblog.de

OXI – Wirtschaft anders denken  
erscheint bei nd.Genossenschaft eG  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Vorstand: Rouzbeh Taheri, Birthe Berghöfer,  
Ulrike Kumppe, Christof Meueler  
Tel. (030) 2978-1615

Anzeigenverkauf:  
Anne Schindler, anzeigen@oxiblog.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,  
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

## INHALT

**Seite 1 Große Umverteilung**  
Auf dem Weg zu mehr Gleichheit bliebe kaum ein Stein auf dem anderen. Aber es lohnte sich  
*Kathrin Gerlof*

**Seite 2 Märchen des Neoliberalismus Nr. 55** »Wir müssen erst erwirtschaften, was wir verteilen!«  
*Kai Eicker-Wolf und Patrick Schreiner*

**Seite 3 Schweine ändern sich**  
Die Erinnerung daran, dass vor dem Kapitalismus anders gewirtschaftet wurde, lässt für die Zukunft hoffen  
*Stephan Kaufmann und Sabine Nuss*

**Seite 4 Umwälzung von unten**  
Solarstrom ist von vornherein die demokratietauglichste Energie  
*Jörg Staude*

**Seite 5 Ist die Zukunft noch offen?**  
*Alexander Behr* im Gespräch. Er hat ein Buch über globale Solidarität geschrieben, über den Pessimismus des Verstandes und den Optimismus des Willens

**Seite 7 Gute Arbeit kommt von Ausprobieren und Demokratie**  
Der berühmte Satz »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen« rechtfertigt Kinderarbeit und verurteilt jedes Baby zum Tode  
*Hans-Jürgen Arlt*

**Seite 8 Blick zurück von vor**  
Ein paar Jahrzehnte weitergedacht klingt die Erzählung über die Wirtschaftsweise der Gegenwart wie eine Gruselstory. Mit Happy End?  
*Friederike Habermann*

**Seite 9 »Das Prinzip der Sorge sollte das des Profits ersetzen«**  
*Ulrich Brand* im Gespräch über gegenwärtige und historische Anknüpfungspunkte für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

**Seite 11 Die Solarkuh**  
Ein komplexer Vorschlag, der am Ende einfache Lösungen bietet. Also wirklich eine Agrarwende  
*Florian Schwinn*

**Seite 12 Es geht auch anders**  
Der richtige Mix aus Maßnahmen sorgt für mehr Steuergerechtigkeit  
*Julia Jirrmann und Christoph Trautvetter*

**Seite 13 Stellen wir uns mal vor ...** das EU-Parlament verfügt über mehr demokratische Befugnisse und eine Mehrheit links von der Mitte  
*Merle Groneweg*

**Seite 14 Ein Traum von einer Finanzpolitik**  
Was eine Regierung mit ihrem Geld Gutes bewirken könnte, wenn sie wollte und könnte  
*Maurice Höfgen*

**Seite 19 Monopol- und Lobby-macht entflechten!**

Bei einer Wiederbelebung der Antimonopolpolitik lässt sich an Ideen und Konzepte aus dem letzten Jahrhundert anknüpfen  
*Max Bank und Timo Lange*

**Seite 16 Ist das Metaverse noch zu retten?**  
Nur wenn es reguliert wird, ist die Gefahr einer Geldmaschine aus der Hölle gebannt  
*Columba Krieg*

**Seite 17 Die Aneignung des Gesundheitssystems**  
Unter dem Druck der Ökonomisierung verlässt sich Krankenhausplanung auf ambulante Versorgung, die hierzulande bisher nicht existiert. Das könnte sich als Chance erweisen  
*Nadja Rakowitz und Katharina Schwabedissen*

**Seite 18 Kann es kommunistische Flugtaxi geben?**

Auf dem Weg zur Mobilität der Zukunft werden viele verrückte Ideen geboren  
*John Malamatinas*

**Seite 19 Entschiedene Anpassung**  
Wie der kommunale Alltag im Klimawandel für alle erträglicher werden kann, dazu gibt es viele gute, mit öffentlichen Geldern erstellte Konzepte. Jetzt gilt es, deren Anwendung einzufordern  
*Sigrun Matthiesen*

**Seite 20 Schulden begleichen**  
Der Globale Norden könnte jetzt finanzielle Verantwortung für Schäden der Vergangenheit übernehmen  
*Regine Beyß*

**Seite 20 Notwendige Ernüchterung**  
Die von der Koalition versprochenen Bürgerräte hätten den Vorteil, von schwindenden Finanzmitteln unabhängig zu sein  
*Peter Kern*

**Seite 21 Ein unglaublich komplexes Ehrensysteem**  
Angestellte werden unablässig motiviert und motivieren sich selbst. Das hält sie am Laufen  
*Peter Kern*

**Seite 22 Sechs Anmerkungen zu einem Buch über Angst und Hoffnung**  
*Kathrin Gerlof*

**Seite 23 Kolumne**  
Was spaltet uns?  
*Christiane Kliemann*

**Seite 23 Kolumne**  
Geliefert aus Entenhausen  
*Elmar Wigand*

## MÄRCHEN DES NEOLIBERALISMUS NR. 55

# »Die Produktivität stellt eine Obergrenze für Löhne dar«

KAI EICKER-WOLF UND  
PATRICK SCHREINER

Es war einmal ein Arbeitgeberpräsident, der engagiert für niedrigere Löhne und Gehälter stritt. Dafür war ihm kein Argument zu abwegig. So sagte Martin Kannegiesser, damals Boss von Gesamtmetall, im Oktober 2007 der Zeitung »Die Welt«: »Auf Dauer kann kein Arbeitgeber gegen den Markt die Löhne drücken und kein Arbeitnehmer gegen den Markt Löhne durchsetzen, die nicht durch seine Produktivität gedeckt sind.«

Mit anderen Worten: Das Entgelt eines Arbeitnehmers könne nicht dauerhaft über seiner Produktivität liegen. Vorgebracht wird dieses Märchen regelmäßig in Diskussionen rund um Lohnpolitik, Mindestlöhne und Arbeitslosigkeit – vorrangig mit dem Ziel niedrigerer Arbeitsentgelte. Die Produktivität, so heißt es dann, stelle eine Art Obergrenze dar. Liege ein Lohn darüber, so rechne sich das Arbeitsverhältnis für den Arbeitgeber nicht. Er werde es beenden (oder gleich gar nicht beginnen). Arbeitslosigkeit sei die Folge. Besonders groß sei diese Gefahr bei Geringqualifizierten, da diese eine besonders niedrige Produktivität aufwiesen.

Was aber ist diese »Produktivität«? Zunächst: Gemeint ist die

Arbeitsproduktivität. Sie misst den Ertrag, der pro Zeiteinheit (in der Regel pro Stunde) durch menschliche Arbeit erzeugt wird. Was aber ist dieser Ertrag? Da ist festzuhalten, dass verschiedene Personen Unterschiedliches herstellen: Die einen Stühle, die anderen Bücher, wieder andere Haarschnitte und noch mal andere betreuen Kleinkinder. Ist jemand, der einen Stuhl pro Stunde herstellt, produktiver als jemand, der in der gleichen Zeit zwei Köpfe frisiert? Und was ist der Maßstab für den Ertrag in der Kinderbetreuung – die Anzahl der Kinder, aufgetretene Schwierigkeiten, die Zahl gewechselter Windeln?

Die Beispiele zeigen: So kann der Ertrag (und damit die Produktivität) weder einheitlich ermittelt noch verglichen werden. Die Kannegiessers dieser Welt wählen deshalb einen Umweg. Sie leiten den Arbeitsertrag aus dem erzielten Umsatz ab, gemessen in Geldeinheiten. Wenn ein Haarschnitt 25 Euro einbringt und eine Person zwei pro Stunde schafft, dann beträgt ihre Arbeitsproduktivität 50 Euro. Sie ist folglich weniger produktiv als jemand, der in der gleichen Zeit einen Stuhl herstellt, der am Markt 60 Euro erzielt.

Spätestens damit ist Arbeitsproduktivität allerdings keine »Eigenschaft« eines einzelnen Menschen mehr. Sie kann keiner Person mehr zugerechnet

werden. Denn erstens ist der Umsatz eine Kategorie, auf die einzelne Beschäftigte allenfalls bedingt Einfluss haben. In ihm schlagen sich zum Beispiel Moden und Trends, allgemeine Krisen, der technologische Wandel, Jahreszeiten, das Wetter, die Wettbewerbssituation und das Image eines Unternehmens nieder. Zweitens werden Waren und Dienstleistungen heutzutage mit ganz wenigen Ausnahmen arbeitsteilig hergestellt – allen voran in Unternehmen. Dort kann der Umsatz folglich nicht auf Personen heruntergebrochen werden. Zudem sind die Leistungsfähigkeit und Produktionsmengen Einzelner erheblich von der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen sowie den jeweils konkreten Arbeitsumständen abhängig.

Die »Produktivität« einzelner Menschen bestimmen und vergleichen zu wollen, ist daher hanebüchener Unsinn. Aber nehmen wir für einen Moment an, es gäbe eine solche individuelle Produktivität und sie sei messbar: Auch in diesem Fall bliebe Kannegiessers Aussage ein Märchen. Denn erstens fließen in die Höhe des Lohnes auch Faktoren wie etwa diskriminierende Ansichten (zum Beispiel gegenüber Frauen, Migrantinnen und Migranten) oder das Ausmaß des Machtgefälles zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten ein. Und zweitens können Unternehmen die

Leistungsfähigkeit und -bereitschaft ihrer Bewerberinnen im Bewerbungsverfahren gar nicht kennen (Zeugnisse erlauben allenfalls eine Annäherung). In der Realität bezahlen sie deshalb branchenübliche Löhne, also losgelöst von der jeweiligen Person. Oft werden die durch Tarifverträge festgelegt.

All das führt dazu, dass ein Lohn nicht systematisch eine individuelle »Produktivität« widerspiegelt – eine Produktivität wohlgerichtet, die es ohnehin nicht gibt. Was auch den Neoliberalen klar ist, wenn sie ehrlich sind. Sie sprechen deshalb lediglich von einem Modell, von einem vereinfachten Abbild der Wirklichkeit. Das hindert sie gleichwohl nicht daran, daraus Empfehlungen für eine sehr konkrete und sehr komplexe Wirklichkeit abzuleiten: Löhne senken, Mindestlöhne und Tarifverträge abschaffen, Niedriglohnssektor einführen.



**Kai Eicker-Wolf**  
ist Ökonom und arbeitet als Gewerkschafter in Frankfurt am Main.



**Patrick Schreiner**  
arbeitet als Gewerkschafter in Berlin und betreibt den Blog [www.blickpunkt-wiso.de](http://www.blickpunkt-wiso.de).



Denkbar, aber nicht machbar war das berühmte Dreieck, das der geniale Mathematiker und Nobelpreisträger Roger Penrose (\*1931) erfand. Dass drei aufeinander stehende rechte Winkel nicht zu einem Dreieck führen können, leuchtet auf Anhieb ein. Müssen mehr Faktoren berücksichtigt werden, kann es schon schwieriger sein, die (Nicht-)Machbarkeit zu beweisen. Manchmal erweisen sich sogar Dinge als machbar, die vorher nicht einmal denkbar erschienen. Dazu muss allerdings das Gebiet der Mathematik verlassen werden. Menschen bewegen sich dann irritiert durch (Un-)Möglichkeitenräume auf der Suche nach der nächsten Machbarkeit. mp

# Schweine ändern sich

Die Erinnerung daran, dass vor dem Kapitalismus anders gewirtschaftet wurde, lässt für die Zukunft hoffen

STEPHAN KAUFMANN UND SABINE NUSS

Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus«, lautet ein berühmtes Zitat des Kulturwissenschaftlers Fredric Jameson. Eine Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem scheint unmöglich. Gestützt wird diese Annahme durch die Darstellung des Kapitalismus als etwas Ewiges: So wie es ist, ist es immer schon gewesen, und daher wird es auch immer so bleiben. Ihren analytischen Niederschlag findet diese Weltanschauung in sogenannten Rückprojektionen und Naturalisierungen, die die nicht-kapitalistische Vergangenheit entlang scheinbar überhistorischer Kategorien ordnen: Wirtschaft, Effizienz, Eigentum, Kosten, Nutzen, Knappheit – im Grunde, so die Botschaft, ist alles gleich geblieben. Auch die Schweine sind es.

In einem Blogbeitrag hat sich der Historiker Peter-Alexander Kerkhof von der Universität Leiden einem eher extravaganten Thema gewidmet: der Darstellung des Hausschweins in Computerspielen, deren Handlung im Mittelalter spielt. Die Dörfer in »Medieval Dynasty«, »Foundation«, »Assassin's Creed: Valhalla« seien bevölkert von rundlichen Ebern und Säuen mit rosa Haut und Stummelbeinen. Sogar in visuellen Schmuckstücken wie »A Plague Tale: Innocence«, das im Frankreich des 14. Jahrhunderts spielt, sähen die Schweine aus wie ihre heutigen Gegenstücke. Es sei allerdings sehr gut belegt, dass das mittelalterliche Hausschwein ganz anders gebaut war: Es war eher klein, stand auf länglichen Beinen, der Rücken war gebogen, die Schnauze lang und mit Hauern versehen. »Vor allem war das Schwein absolut nicht nackt und rosa«, vermerkt Kerkhof, »sondern von langem, dunklem Haar bedeckt.«

Dargestellt in den Computerspielen wird es aber analog zum modernen Industrieschwein, dessen Physiognomie von seiner kapitalistischen Rentabilität bestimmt wird. Durch gezielte Zucht sind schnell wachsende und sich schnell vermehrende Tiere entstanden, die aufgrund ihres Gewichts auf kurzen kräftigen Beinen stehen müssen. Schließlich sollen sie viel und qualitativ möglichst hochwertiges Fleisch ansetzen – bei gleichzeitig möglichst niedrigem Futterverbrauch.

Dass diese passgenau für ihre Verarbeitungsziele kreierte Tiere im Mittelalter ebenso existiert haben, davon gehen die Designer:in-

nen von Computerspielen offensichtlich aus. Sie halten das heutige Schwein für eine Naturkonstante. Fehlerhaft dargestellt wird laut Kerkhof nicht nur der Körper der Schweine, auch deren mittelalterliches Leben. Auf dem Computerbildschirm wälzen sie sich in Ställen oder wandern durch die Dörfer. Tatsächlich aber lebten die Tiere damals nicht im Dorf, sondern wurden auf Gemeindeland gehalten – auf Brachflächen oder in Wäldern. Die »Waldhut« war eines der wesentlichen fixierten Rechte der Dorfgemeinschaft. Dies änderte sich erst, als Wälder und andere Gemeindeflächen langsam verschwanden und das Hausschwein zu einem Lebewesen wurde, das auf dem Hof des Bauern sein Dasein fristete.

Die fehlerhafte Verpflanzung moderner Mastschweine in mittelalterliche Dörfer ist nur eine Anekdote. Sie bebildert aber ein verbreitetes Denkmuster, nach dem aktuelle Zustände schon früher anzutreffen waren. Nicht nur Schweinephysiognomien werden von heute aus in die ferne Vergangenheit rückprojiziert. Auch die ökonomischen Determinanten ihrer Bewirtschaftung – und überhaupt des mittelalterlichen Wirtschaftssystems. Auch damals, so die Annahme der Property-Rights-Theorie, lagen der Ökonomie dieselben Strukturen wie heute zugrunde: Die Wirtschaftssubjekte strebten danach, ihren individuellen »Nutzen« zu maximieren. Gleichzeitig waren die Nutzen spendenden Güter – gemessen an den grenzenlosen Bedürfnissen – immer »knapp«. »Effizienz« bedeutete auch damals, dass das nutzenmaximierende Verhalten der Wirtschaftssubjekte zu einer Steigerung des Ausstoßes führt.

Diese drei Annahmen führen die Property-Rights-Theorie zu dem Schluss, dass kollektiv – also nicht privatwirtschaftlich – bewirtschaftete Gemeingüter (»Allmenden« wie Fischgründe oder Weideland) ineffizient sind. Denn wenn eine Gruppe von Leuten eine Ressource gemeinsam bewirtschaftet und niemand von der Nutzung dieser Ressource ausgeschlossen werden kann, dann können Einzelne ihren individuellen Nutzen maximieren, ohne für die gemeinschaftliche Verbesserung der Ressource zu sorgen. Handeln alle Individuen so, erleidet die Ressource Schaden, eine Übernutzung ist die Folge. In der Sprache der Ökonomen: Das rational handelnde nutzenmaximierende Individuum handelt paradoxerweise so, dass am Ende ein kollektiv irrationales Ergebnis steht. Per Saldo profitiert niemand.

Bekannt ist dies als »Tragik der Allmende« (Garrett Hardin), aus der das Lob des modernen Privateigentums folgt, das den Nutzen aller maximieren soll. »Wenn die Subsistenzmittel im Gemeineigentum stehen, so gibt es wenig Anreiz zum Erlernen einer besseren Technik oder zum Erwerb größeren Wissens«, schrieb der US-Ökonom Douglass North. »Exklusive Eigentumsrechte, die dem Eigentümer etwas einbringen, bieten einen unmittelbaren Anreiz zur Erhöhung von Effizienz und Produktivität.« So erklärt North den »raschen Fortschritt, den die Menschen in den letzten 10.000 Jahren im Unterschied zu ihrer langsamen Entwicklung in der langen Zeit des primitiven Jagens und Sammelns davor verzeichneten.«

Noch heute wird diese Anreiztheorie des Privateigentums herangezogen, um die Überlegenheit des Kapitalismus nicht nur gegenüber dem Feudalismus zu erklären, sondern auch gegenüber dem realsozialistischen Ostblock. Allerdings hat diese Theorie eine Reihe schwerer Mängel, die darauf zurückzuführen sind, dass sie historisch besondere Gegebenheiten als überhistorische »ewige« Kategorien darstellt. Zum Beispiel das Eigentum. So kennt North im Grunde nur zwei Zustände: einen mit »gesicherten« oder »effizienten« Eigentumsrechten und einen anderen mit »nicht gesicherten« oder »weniger effizienten Eigentumsrechten«. Eigentum selbst ist ihm eine offensichtlich überhistorische Institution. Dabei bezeichnete Eigentum im Mittelalter mitnichten die Macht ausschließlicher Verfügung über die Sache. Bis in das 19. Jahrhundert hinein war im größeren Teil Europas der Boden der entscheidende Produktionsfaktor, aber es gab kein Bodeneigentum im Sinne des modernen Eigentumsbegriffs, das heißt einer zum Ausschluss Dritter berechtigenden willkürlichen Verfügungsgewalt. Eigentum in vorkapitalistischen Epochen war ein anderes soziales Verhältnis als das Privateigentum heute. Das erscheint North aber nicht als erklärungsbedürftig. Vielmehr subsumiert er die verschiedenen historischen Eigentumspraxen nivellierend unter einen einzigen Begriff (»gesicherte Eigentumsrechte«) und stellt damit das heutige Privateigentum als natürlich dar. In unreflektierter Weise wird die konkrete, gegenwärtige Vergesellschaftungsform für allgemeingültig gehalten und entsprechend historisch rückprojiziert.

Diese Naturalisierung findet sich auch bei der »Tragedy of the Commons«. Zwar hat Hardins Theorie in der Volkswirtschaftslehre ▶

► durchaus Kritik gefunden, am prominentesten durch die Ökonomin und Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom. Sie untersuchte, wie Gemeingüter kollektiv bewirtschaftet werden können, ohne dass es zu einer Übernutzung der Naturressourcen kommt. An den Modellen der Mainstream-Ökonomen, die nur staatliche oder Marktösungen kennen, kritisierte Ostrom, dass in ihnen unabänderliche Bedingungen gesetzt sind. Jenseits der statischen Spielregeln der abstrakten ökonomischen Modelle aber stellten sich soziale Organisationsformen in der Praxis als durchaus variabel dar: Menschen können miteinander reden. Sie können verhandeln, planen, Parzellen, Wasserrechte oder Fanggebiete zuteilen, sich über Regeln einig werden, die Regeln überwachen und zu kollektiven, produktiven Lösungen kommen.

Mit ihrer Kritik machte Ostrom zwar den Blick frei dafür, dass es jenseits von Marktmechanismen und staatlicher Zuteilung Formen von Selbstorganisation gibt, die nachhaltig und produktiv sind. Die Grenzen ihrer Erklärung liegen aber da, wo sie bei der dominanten Wirtschaftswissenschaft generell liegen, die von sich behauptet, nicht ein bestimmtes Wirtschaftssystem zu untersuchen, sondern »die Wirtschaft« an sich. Kennzeichen dieser Wirtschaft soll eine prinzipielle »Knappheit« an Gütern sein. Dass Güter »knapp« sind, gemessen an den unbegrenzten Bedürfnissen der Menschen, mag sich plausibel anhören. Ist es aber nicht. Denn Orangensaft ist in dieser Lesart immer knapp, unabhängig davon, wie viel Orangensaft es gibt, wie viel man davon produzieren könnte und wie viele Menschen überhaupt danach dürsten. Im Mittelalter dagegen dürfte in Europa keine Knappheit an Orangensaft existiert haben, da die Menschen nichts davon wussten.

In der Realität misst sich »Knappheit« immer am Vergleich mit den tatsächlich vorhandenen Bedürfnissen und den vorhandenen Ressourcen zu ihrer Befriedigung. Nur wer die Bedürfnisse als »unendlich« definiert, landet bei einer prinzipiellen Knappheit, die allerdings nicht existiert. Auffindbar sind dagegen historisch spezifische Knappheiten: im Mittelalter eher bedingt durch mangelnde Naturbeherrschung und unterentwickelte Produktionstechnik. Im Kapitalismus dagegen dient gerade das Privateigentum dazu, Menschen von den Mitteln ihrer Bedürfnisbefriedigung auszuschließen, wodurch Güter knapp gemacht werden, damit sie nur im Tausch gegen Geld erhältlich sind – und dem Eigentümer dadurch einen Profit einbringen. Diese spezifische Knappheit wird durch die Annahme eines prinzipiellen Mangels naturalisiert und zum Schicksal gemacht.

In den volkswirtschaftlichen Modellen erscheint die kapitalistische Gesellschaft der Gegenwart nicht als eine historisch besondere Form von Gesellschaft, die es erst seit einigen hundert Jahren gibt und die spezifische Merkmale aufweist. Umgekehrt werden früheren Wirtschaftssystemen Eigenschaften angedichtet, die offensichtlich dem Kapitalismus entstammen. So versuchen die Hirten bei Hardin, per se so viel Vieh wie möglich auf die allen frei zugängliche Weide zu schicken, damit sie ihren Erlös aus dem Verkauf der Tiere maximieren können, zulasten des Weidegrundes. Dass das Ziel der Hirten ein möglichst hoher Verkaufserlös ist, gilt allerdings nicht für vorkapitalistische Epochen, in denen Subsistenz vorherrscht.

Auch Ostrom, ganz dem ahistorischen Herangehen der bürgerlichen Ökonomie verhaftet, entgeht, dass Hardins Modell eindeutig Züge einer kapitalistischen Gesellschaft trägt, in der sich der Tausch von Ware und Geld als dominierende Verkehrsform durchgesetzt hat und in der daraus folgend »Nutzen« eine sehr spezielle Bedeutung und Eigentum eine sehr spezielle Funktion hat. Privateigentum, wie wir es heute kennen, ist ausschließendes Eigentum an Produktionsmitteln (Maschinen, Fabrikgebäude, Rohstoffe, Werkzeug, etc.), über deren Verwendung eine Minderheit bestimmt. Dabei ist für kapitalistisches Eigentum kennzeichnend, dass die Produktionsmittel eingesetzt werden, um unter den Bedingungen von Konkurrenz aus vorgeschossenem Kapital mehr Kapital zu machen. Die Naturstoffe, die im Produktionsprozess verarbeitet werden, sind ebenso wie die menschliche Arbeitskraft nur Mittel, um mehr Kapital generieren zu können, als man für ihren Kauf investieren musste.

Der gesellschaftlich dominante Zweck ist der Profit, der sich bloß quantitativ bemisst und dessen Vermehrung daher maßlos ist: Seine Dynamik findet kein Ende »an sich selbst«, er ist nie genug. Diese historisch spezifische Dynamik wird naturalisiert als Bedürfnis zur endlosen »Nutzenmaximierung«, aus der die spezielle »Rationalität« des den eigenen Nutzen maximierenden Homo oeconomicus resultiert. »Effizient« ist entweder, wenn der Ausstoß möglichst hoch ist, oder wenn ein gegebener Ausstoß mit möglichst geringem Input produziert wird. Erkennbar ist hier weniger die menschliche Natur oder das ewige Gesetz des Wirtschaftens, sondern die kapitalistische Kalkulation, die auf die Maximierung der Differenz zwischen Erträgen und Kosten zielt. Das Ergebnis ist nicht Effizienz, sondern Rentabilität. Und das Mittel dazu ist die Ausbeutung von Mensch und Natur, deren Kehrseite die Untergrabung ihrer eigenen Grundlagen ist.

Die gängige Kritik am Homo oeconomicus – dass der Mensch doch eigentlich ganz anders sei, sozial, irrational, uninformat, selbstlos ... – übersieht, dass mit seiner Konstruktion ein ganz anderes Ziel verfolgt wird, nämlich die Gesetze des Kapitalismus in der Menschennatur zu verankern. Dabei ist am Kapitalismus nichts menschlich und nichts ewig. Er hatte Vorgänger. Und vielleicht hat er einen Nachfolger. Und in dem sehen die Schweine wahrscheinlich wieder anders aus.

# Umwälzung von unten

Solarstrom ist von vornherein die demokratietauglichste Energie

JÖRG STAUDE

Es beginnt damit, dass jeder Haushalt sich eine passende Solaranlage besorgen kann und sie dann einfach in die Steckdose einsteckt. Anmelden und irgendjemanden um Erlaubnis fragen – das gehört ab jetzt der Vergangenheit an. Die Stabilität des Stromnetzes gefährdet das nicht. Das ist ein beliebtes Märchen der Netzbetreiber. Die brauchen einfach nur den Wetterbericht zu schauen, um ausreichend kalkulieren zu können, wie viel Sonnenstrom eingespeist werden wird. Zudem sortieren die Netzbetreiber die Haushalte schon jetzt in verschiedene Profile ein – je nach Personenanzahl, Wohnlage und Ausstattung –, um dann den Lauf der täglichen Verbrauchskurve voraussagen zu können. Experten sind schon lange der Ansicht, dass auch für Haushalte mit Solaranlagen spezielle Lastprofile eingerichtet werden können. Das blockieren die Netzbetreiber bisher aus durchsichtigen Gründen.

Damit sich auch jeder Haushalt eine Solaranlage leisten kann, wird deren Anschaffung durch die öffentliche Hand gefördert. Am besten so gut, dass einkommensschwache Haushalte die Anlage quasi zum Nulltarif bekommen und dann auch sofort mit dem eigenen Solarstrom ihre Stromkosten senken können. Mit 500 Euro Förderung pro Haushalt ließe sich nach heutigen Preisen schon eine 300-Kilowatt-Balkonanlage anschaffen. Würde beispielsweise das Dienstwagenprivileg abgeschafft und die frei werdenden drei Milliarden Euro in die Solarförderung privater Haushalte gesteckt, könnten mehrere Millionen Haushalte mit Solaranlagen ausgestattet werden.

In kurzer Zeit würde sich die Zahl privater Solaranlagen vervielfachen. 2020 erzielten erst 1,4 Millionen Haushalte in Deutschland Einnahmen aus Solarstrom – dabei gibt es hierzulande rund 40 Millionen Haushalte. Selbst bei Ein- und Zweifamilienhäusern sind die allermeisten Dächer bis heute solarenenergetisch noch ungenutzt.

Entscheidend für die solare Umwälzung ist aber nicht die reine Zahl von Anlagen oder die Menge des so erzeugten Stroms. Die Energiewende von unten beginnt erst dort, wo der grüne Strom problemlos weitergereicht, beispielsweise mit dem Nachbarn geteilt oder der Netzanschluss für eine Hausgemeinschaft dann sogar »nach außen« verlegt werden kann. Ein Haus bekäme quasi einen gemeinsamen Stromzähler und die Haushalte tauschen untereinander ihren grünen Strom, was seine Ausnutzung erhöht. Ist eine Familie tagsüber nicht da, können eben die Nachbarn im Home Office den Strom nutzen oder einen Stromfresser anwerfen – wie auch umgekehrt. Da die Überschussenergie sonst – heute noch zur Freude der Netzbetreiber – kostenlos ins Netz abgegeben würde, kann dieser ungenutzte Strom hausnachbarlich eigentlich zum Nulltarif abgegeben werden. Ein Win-win-Effekt für alle.

Die so eingesparten Stromkosten lassen sich dann, sind sich die Menschen darüber einig, auch investiv einsetzen. Hausgemeinschaften und ganze Mietshäuser und Quartiere können anfangen, darüber nachzudenken, ob sie mit dem Strom nicht mehr anfangen wollen – einen Speicher installieren für sonnenlose Zeiten oder sich eine Wärmepumpe zulegen.

Entscheidet man sich für einen Speicher, lässt sich beispielsweise auch ein Vertrag machen mit einem Netzdienstleister, der das Haus dann als »flexibles« Element in seine Stromgeschäfte einbaut. Das bringt der solaren Gemeinschaft neues Geld ein – und wenn das Millionen solcher Gemeinschaften machen, wird ein »Blackout« noch unwahrscheinlicher.

So kann es Stück für Stück weitergehen. Immer neue Elemente der Versorgung mit Strom, Wärme und Kälte können in Eigenregie geregelt werden. Und je mehr Haushalte, desto effizienter und zuverlässiger wird das System.

Das Ziel ist aber nicht, autark zu werden. Der dazu erforderliche Aufwand ist im Verhältnis zum ökologischen Nutzen viel zu hoch. Auch wenn Energie von außen eher nur noch als Reserve benötigt wird – ohne ein regionales und überregionales Netz geht Energiewende nicht.

Und die Menschen müssen gar nicht alles selber machen. Seit Langem sind sogenannte Contracting-Verträge möglich, wo seriöse Dienstleister das Installieren, Warten und Abrechnen übernehmen. Sie finanzieren sich dann aus einem Teil der eingesparten Kosten.

Selbstverständlich müssen Vermieter – öffentliche wie private – für solche gemeinschaftlichen Lösungen gewonnen werden, sie dürfen die Haushalte nicht ausbremsen und blockieren. Aber letztlich haben auch Vermieter ein Interesse daran, ihr Haus und ihre Quartiere in Richtung Klimaneutralität zu entwickeln – und wenn ihnen die Mieter dazu zur Hand gehen, warum soll das nicht klappen? Dazu könnte auch der Gesetzgeber sanfter Druck ausüben und gemeinschaftliche Versorgungsformen explizit privilegieren – wie das heute schon mit den erneuerbaren Energien geschieht.

Soll die solare Umwälzung von unten Erfolg haben, braucht sie aber noch eine andere Zutat: Die heute meist noch privaten Netzbetreiber müssen in eine öffentlich-rechtliche Form überführt oder zumindest einer maßgeblichen öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Das muss kein Staats-eigentum sein, sondern es könnte das schon lange existierende Konzept aufgegriffen werden, einen Staatsfonds von den Stromkund:innen oder auch gleich die solaren Gemeinschaften Anteile erwerben können. Mit diesem Geld und diesem oder jenem Kredit könnten die Stromnetze nach und nach übernommen werden.

Warum sollten die Bürger:innen da ihre Ersparnisse investieren? Der Grund ist einfach: Derzeit dürfen die Netzbetreiber auf ihre Kosten einen gesetzlich festgelegten Zins von 5 bis 7 Prozent aufschlagen. Ab 2024 sinkt der zwar auf 3 bis 5 Prozent. Das ist aber immer noch eine gute Rate und ihre allerschönste Eigenschaft ist: Sie werden anstandslos von den Stromkund:innen über die Netzentgelte bezahlt. Ein risikoärmeres Geschäft mit einem quasi garantierten Gewinn ist in Deutschland kaum zu finden. Warum soll das aber den meist privaten Eignern der Netze zugutekommen?

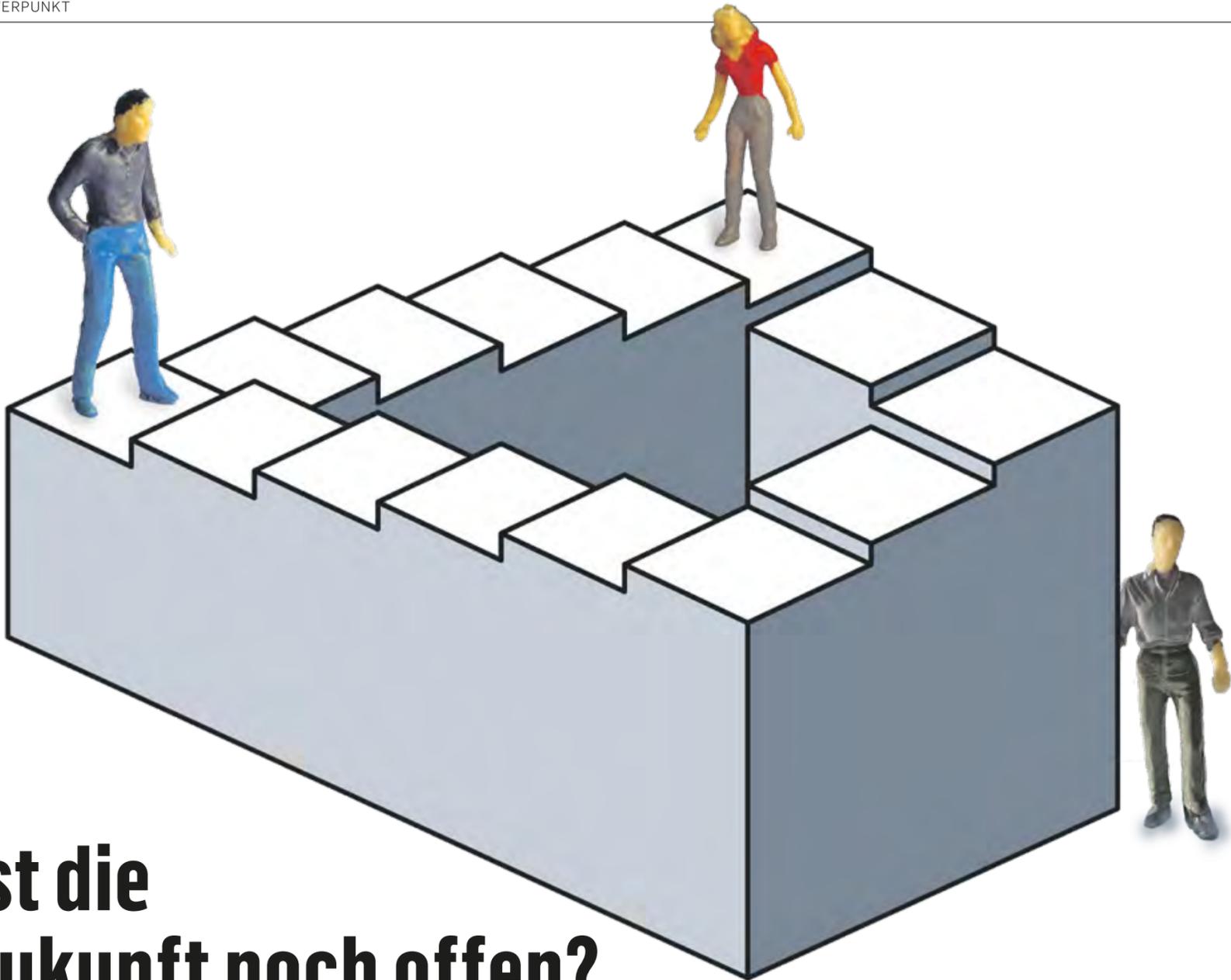
Die Netzentgelte machen inzwischen im Schnitt schon ein Fünftel des Strompreises aus und sind der größte Brocken in der Stromrechnung. Um die Kosten für Verbraucher und Wirtschaft derzeit in der Energiepreiskrise zu drücken, will der Bund allein den großen Überland-Netzbetreibern rund 13 Milliarden Euro zuschießen. Das Geld soll zunächst vom EEG-Konto kommen. Das haben die Stromkund:innen in den letzten Monaten gut gefüllt, indem sie hohe Strompreise bezahlten.

Es fragt sich schon lange, warum die Netze in Deutschland weitgehend in privater Hand sind und die Netzbetreiber faktisch wie ein Staat im Staate agieren. Wer entscheidet, ob bei Netzengpässen erneuerbare oder fossile Anlagen abgeschaltet werden? Die Netzbetreiber. Wer hat die Hand drauf beim Ausbau des Ladetzes für E-Autos? Die Netzbetreiber. Wer besteht auf dem Einbau teurer Zählertechnik, wenn sich eine Familie eine Balkonanlage zulegen will? Die Netzbetreiber.

Überall bremsen sie dank ihres »natürlichen« Monopols, das das Stromnetz nun einmal darstellt. Diese heimlichen Dinosaurier der Energiewende gehören endlich entmachtet und in öffentliche Hände. Stromnetze sind die Achillesferse der Energiewende, meint auch Ralf-Michael Marquardt vom Energieinstitut der Westfälischen Hochschule, und plädiert aus diesem Grund schon länger für eine Vergesellschaftung der Netze.

Das hat aus Marquardts Sicht entscheidende Vorteile. Der dem Gemeinwohl verpflichtete Staat könne auf eine betriebswirtschaftliche Gewinnoptimierung beim Netzbetrieb verzichten, viel besser die Ausbaubelange der Gesellschaft berücksichtigen sowie zur Akzeptanzsteigerung beim Netzausbau beitragen. Vorstellbar ist weiter, den dann öffentlichen Verwaltern der Stromnetze eine ebenfalls öffentliches Aufsichtsgremium an die Seite zu stellen – so könnten die Interessen der sich lokal bildenden Energiegemeinschaften mit den regionalen und denen des ganzen Landes zusammengebracht werden. Erst eine Kombination eines Solarbooms von unten mit einer demokratischen Kontrolle der Netze von oben würde die bisherigen Machtverhältnisse auf dem Energiemarkt kippen können. So eine Machtverschiebung könnte eine Art Initialzündung für eine echte Energiewende werden. Diese ist eben nicht nur eine Frage technischer Machbarkeit oder aufopferungsvoller lokaler Initiativen, sondern muss auch von entsprechenden gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen flankiert werden. Und eine dieser Bedingungen ist, dass die Zivilgesellschaft die Kontrolle über die Netze zurückgewinnen muss.

Solarstrom ist von vornherein die demokratietauglichste Energie – und umgekehrt kann die Demokratie die Verfügbarkeit von Solarstrom nutzen, um die Spielregeln des Marktes zu ändern.



# Ist die Zukunft noch offen?

Alexander Behr hat ein Buch über globale Solidarität geschrieben, über den Pessimismus des Verstandes und den Optimismus des Willens

Viele Bücher mit Titeln, die einen gewissen Optimismus verbreiten, findet man in diesen Zeiten nicht. Es sei denn, es sind schreckliche Ratgeber, wie man in zehn Schritten reich werden oder seine Mitte finden kann. Was hat Sie zu dem Optimismus Ihres Buchtitels veranlasst, der die Machbarkeit von etwas verkündet, was wir gegenwärtig sehr vermissen?

Ich habe geschrieben, Optimismus bedeutet nicht, dass etwas unter allen Umständen gut ausgeht, sondern dass solidarisches Handeln in jedem Fall wichtig ist. Egal, wie die Dinge ausgehen. Das ist auch für die eigene Würde wichtig. Auf eine Überwindung des Kapitalismus hinzuwirken, aber auch alle kleinen Schritte ernst zu nehmen. Ich halte es mit Antonio Gramsci: Pessimismus des Verstandes, aber Optimismus des Willens. Das ist wichtig, um weitermachen zu können. Und auch, um die eigenen Privilegien zu nutzen, sich ihrer aber jederzeit bewusst zu sein. Jean Ziegler, von dem ich viel gelernt habe, sagt es mir in jedem Gespräch: Es gibt andere Dramen. Ich kann die Möglichkeiten nutzen, die mir zur Verfügung stehen. Die Ressourcen – materielle und immaterielle –, um sie umzuverteilen. Das ist mein Anspruch, danach versuche ich, zu leben.

Gramsci hat ja auch diese Zustandsbeschreibung geprägt: »Die alte Welt liegt im Sterben, die neue Welt ist noch nicht geboren. Dies ist die Zeit der Monster!« Wir befinden uns in der Zuspitzung von allem oder in einem Vakuum. Sie schreiben viel darüber, dass wir per Design oder per Desaster in die neue, andere

Zeit kommen können. Gegenwärtig spricht viel für Desaster, oder? Die Zukunft ist in alle Richtungen offen. Das Buch hat einen stark appellativen Charakter und versucht, das kollektive Projekt zu skizzieren, das in der Lage ist, Veränderungen zum Besseren zu erreichen. Das müssen wir zu jedem historischen Zeitpunkt. Ich beziehe mich stark auf die Klimakämpfe. Und da kann man nur zu dem Schluss kommen, dass der Zustand der Welt dramatisch ist. Das 1,5-Grad-Limit scheint kaum mehr erreichbar. Auch 2 Grad nicht. Es sind sehr pessimistische, düstere Befunde, wissenschaftlich unterlegt. Aber da ich mich in erster Linie auf globale Solidarität beziehe, habe ich sehr stark die Genoss:innen im Globalen Süden, beispielsweise in Kolumbien, in Afghanistan, im Exil, im Blick, die unter viel schwierigeren Bedingungen kämpfen als ich. Ich kann dieses Interview geben, meine Ideen verteidigen, ein Buch schreiben und es wird veröffentlicht. Die meisten Aktivist:innen weltweit, die für eine umfassende sozial-ökologische Transformation kämpfen, können das nicht. Die Würden für das, was wir hier tun können, ihr Leben riskieren. Deshalb sollten wir solidarische Strukturen aufbauen, um diejenigen zu unterstützen, die an anderen Orten der Welt dasselbe tun, aber viel größeren Gefahren ausgesetzt sind.

Die Adressierung der globalen Solidarität müsste demzufolge eindeutig an uns gehen. An uns Privilegierte. Das kommt ganz darauf an: Je nachdem, wo wir uns befinden, mit welchen symbolischen oder

materiellen Privilegien wir ausgestattet sind oder nicht, sind wir verpflichtet, uns für andere einzusetzen.

Es war wichtig, die Begrifflichkeit der imperialen Lebensweise in unser Bewusstsein zu bringen. Aber immer – wir reden hier für eine Wirtschaftszeitung miteinander –, wenn davon die Rede ist, denke ich: Es muss doch imperiale Produktionsweise heißen. Die Lebensweise folgt der Art und Weise, wie produziert wird. Das ist absolut richtig. Ulrich Brand und Markus Wissen haben mit ihrem Buch »Imperiale Lebensweise« einen sehr wichtigen Begriff geprägt. Aber es muss vollständig heißen »imperiale Produktions- und Lebensweise«, das betonen auch die beiden Autoren immer wieder. Wir müssen die Vergesellschaftungsfrage stellen. Aber wir dürfen die Lebensweise nicht ausklammern, was die Sozialismen des 20. Jahrhunderts ja oft getan haben. Produktivkraftsteigerung stand absolut im Fokus. Das kann heute so nicht mehr gelten. Es braucht Degrowth, also Wachstumsrücknahme. Das adressiert sehr stark die Lebensweise. Oder anders formuliert: Es ist zutiefst unsolidarisch, an dieser Lebensweise festzuhalten: Automobilität mit SUVs, Billigflügeisen, billiges Fleisch, Gemüse aus Südspanien. Aber der entscheidende Hebel ist natürlich die Produktionsweise.

Die Funktionsweise des Universums struktureller Gewalt – damit beschäftigt sich das erste Kapitel. Schon der Begriff »Universum« klingt ziemlich übermächtig. Als bliebe einer nichts anderes übrig,

als darin einen Platz als Staubkorn zu finden.

Das ist der Kapitalismus, der durchzieht alle Lebensbereiche und das ist strukturelle Gewalt. Wenn dagegen Widerstand geleistet wird, wird jedoch DAS als Gewalt denunziert. Aber die strukturelle Gewalt, die in den Produkten enthalten ist, in der Art und Weise, wie sie produziert werden und was produziert wird, das ist wesentlich. Die Produkte im Supermarkt sind stumm. Wir haben die Aufgabe, zu erzählen, welche Formen der Ausbeutung in den Waren stecken. Deshalb enthält das Buch auch ein Kapitel über Lieferkettengesetze und ein Kapitel über die Kämpfe von migrantischen Landarbeiter:innen in der Gemüseproduktion.

Was wir also beim Kauf einer Tafel Schokolade, in der die Arbeit von Kindern aus der Elfenbeinküste auf den Kakaopflanzungen Westafrikas steckt, wissen sollten.

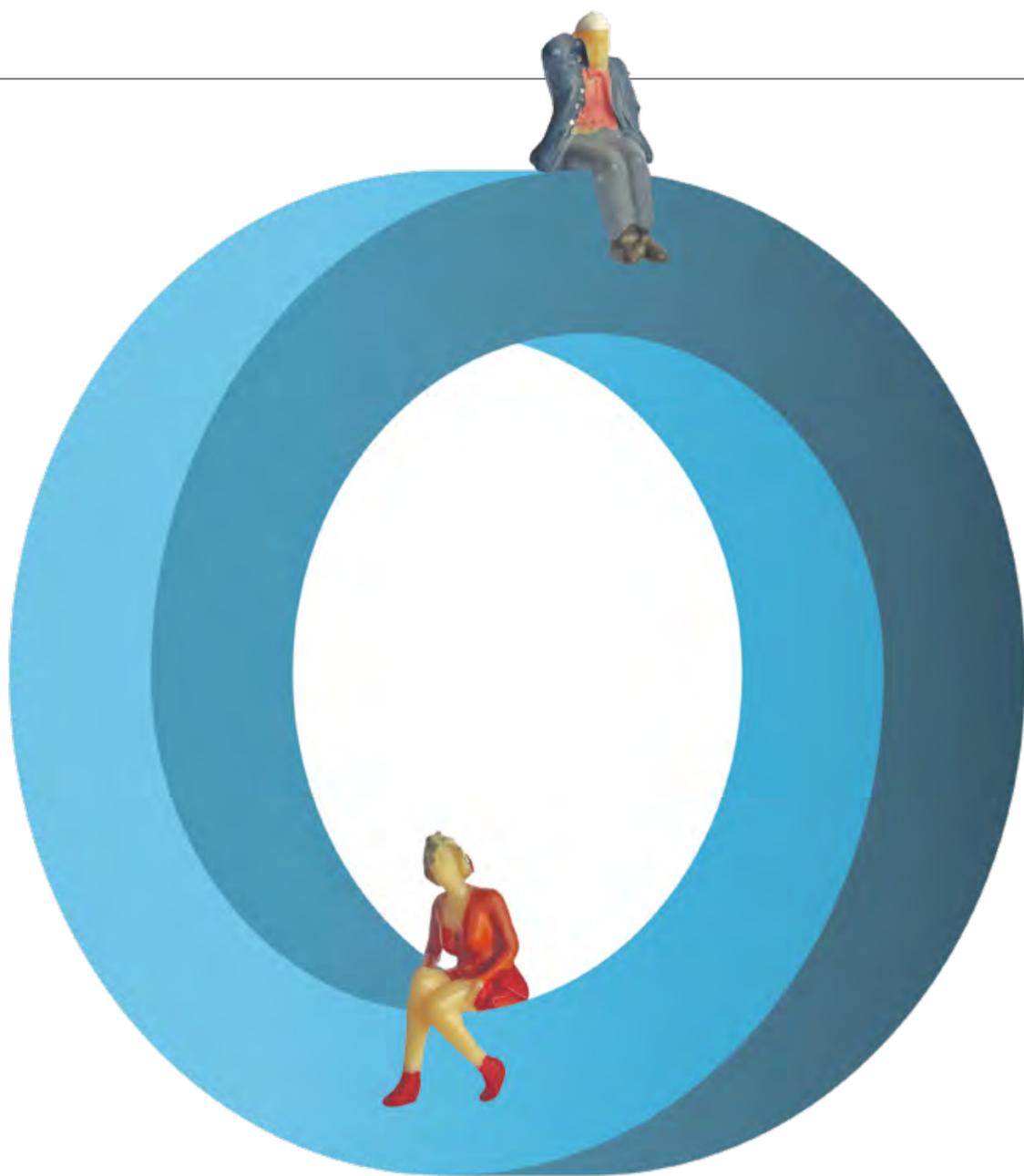
Richtig. Das sollten und müssen wir wissen. Aber ich versuche in dem Buch auch zu sagen: Nicht du kannst die Welt individuell verändern, indem du »richtig kaufst«. Unsere Forderungen müssen in Gesetze und Normen eingeschrieben werden. Und dafür braucht es soziale Kämpfe von unten, die das einfordern.

Es gibt einen Kompromiss für ein Lieferkettengesetz. Und wenn so eine halbtaugliche oder eher schlechte Regel da ist, passiert erst mal eine Weile nichts mehr. Ich glaube, dass im Bereich der Lieferkettengesetze, aber auch der Klimaklagen in den nächsten Jahren viel passieren wird. Und



Foto: Lisa Bolyas, oekom-Verlag

Alexander Behr ist Politikwissenschaftler und Journalist, lehrt an Universitäten und Schulen und bei Gewerkschaften, ist vernetzt in sozialen Bewegungen, arbeitet in einem Netzwerk zur Unterstützung von Landarbeiter:innen in der Gemüseproduktion und gründete das Netzwerk »Afrique-Europe-Interact«. 2022 erschien im Oekom-Verlag sein Buch »Globale Solidarität. Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen«. Mit ihm sprach Kathrin Gerlof.



► gerade deshalb ist globale Solidarität notwendig. Es wird uns nicht gelingen, wirksame Lieferketten-gesetze zu erkämpfen, wenn wir nicht starke solidarische Verbindungen zu den Gewerkschaften und Bewegungen im Globalen Süden knüpfen. Sei es nach Pakistan, Bangladesch oder Äthiopien. Die Selbstverpflichtungen der Konzerne, der Supermärkte bringen nichts. Wichtig sind die Gewerkschaften vor Ort.

Auch hier gilt, dass hierzulande oft an den Rändern der Gewerkschaften Menschen aktiv sind, die für diese globalen Themen offen sind. Die haben meist keinen leichten Stand. Wir müssen ihre Position stärken. Und sie können helfen, durch die Ressourcen, die ihnen in ihren Apparaten zur Verfügung stehen, die Bewegungen im Globalen Süden zu unterstützen. Als Verdi eine Kampagne gegen Lidl geführt hat, Mitte der nuller Jahre, haben wir gesagt: Es ist wichtig, nicht nur die Arbeitskämpfe in den Supermärkten zu unterstützen, wir müssen auch über die Produktionsbedingungen der Waren sprechen, die in dem Discounter verkauft werden. Wir brauchen Solidarisierung und Kontakte entlang der Wertschöpfungsketten.

**Wenn wir mal kurz träumen dürfen: Brennt in Bangladesch eine Textilfabrik, mit Hunderten Toten, streiken in Deutschland bei Kik die Verkäufer:innen, weil sie das Zeug nicht mehr verkaufen wollen.**

Genau. Es geht darum, die Möglichkeiten einer solidarischen Arbeitsteilung zwischen unterschiedlichen Akteur:innen auszuloten. Um der imperialen Produktions- und Lebensweise entgegenzutreten, sollten verschiedene emanzipatorische Strategien produktiv zusammenwirken: Basisbewegungen, Zivilgesellschaft und NGOs, Gewerkschaften, fortschrittliche religiöse Communities, Journalist:innen, Kulturschaffende, Aktive an Universitäten und in progressiven

Parteien können – bei aller Unterschiedlichkeit in der Wahl der Methoden und Ansätze – Synergien entwickeln und verlässliche Austausch- und Aktionsstrukturen schaffen. Dies ist oft unbequem und bringt häufig Konflikte mit sich. Doch gerade in der produktiven Austragung dieser Konflikte steckt großes Potenzial.

**Stichwort Konversion – was nach einer allmählichen, sanften Art der Umwandlung, Transformation klingt. VW und BMW bauen Straßenbahnen und E-Busse und keine SUVs mehr. Das klingt für die Länder des Globalen Nordens, bislang die Gewinnerinnen noch jeder Krise, nach einem gangbaren Weg. Ist aber, so scheint es, nicht jenen abzuverlangen, die im Globalen Süden sozusagen auf Aufholjagd sind. Das jedoch zu Ende gedacht hieße, eine globale Krise kleinzureden, oder?**

Wachstumsrücknahme und die Abkehr von extraktivistischer Produktionsweise sind ein Duo und müssen Hand in Hand gehen. Wenn wir hier die Kämpfe um Produktionskonversion und Wachstumsrücknahme ernst nehmen, verringert das den Druck auf die Ressourcenausbeutung im Globalen Süden. Wenn wir vom SUV wegkommen und kollektive Mobilität durchsetzen, nimmt der Druck auf Länder ab, die uns die Rohstoffe für die imperiale Lebensweise liefern.

Wir sollten dahingehend arbeiten, dass die Strategien verschiedener Akteur:innen sich wechselseitig stärken, in etwa: Die Klimabewegungen blockieren Produktionsstätten, Beschäftigte und Gewerkschaften entwickeln Alternativen. Gleichzeitig stärken wir Bewegungen gegen Extraktivismus im Globalen Süden, solidarisieren uns, verbünden uns. Solidarische Arbeitsteilung und ein produktives Zusammenwirken von Klimaaktivismus und Antirassismus sind dringender denn je.

**Interessant ist Ihr Blick auf die Geschichte der Internationale(n) –**

**ein kleiner Exkurs der Hoffnung und der Niederlagen. Dahinter die Frage, wie Sie formulieren, wann Solidarität global und universell ist. Man hätte ja vermuten können, dass mit stetiger Globalisierung – die immer gern damit beschrieben wird, dass alles irgendwie zusammenhängt und zusammenrückt – auch diese Form der Solidarität wächst. Das Gegenteil ist passiert. Wir können via Internet in alle Ecken der Welt schauen, in Echtzeit das Elend der anderen miterleben und es wird trotzdem immer weniger mit der Solidarität. Was passiert da?**

Die klassischen Internationalen sind heute nicht mehr relevant. Manche endeten im Terror, wie die Komintern. Gleichzeitig gibt es andere »Internationalen«, wie die Sozialforen-Bewegung, die nach einem Bewegungszyklus in der Bedeutungslosigkeit verschwanden. Die große Frage ist, ob es nicht »zwei, drei, viele Internationalen« braucht, wie Boris Kanzleiter (Rosa-Luxemburg-Stiftung) in einem Text schrieb. Vielfalt der Bewegungen, Vielfalt der Internationalen. Die Frage ist, wie das Spannungsfeld gelöst wird zwischen Autonomie und Bewegung auf der einen und Institutionalisierung auf der anderen Seite.

**Das beschreiben Sie als das Notwendige und zugleich extrem Schwierige: Aus der Bewegung in die Institutionalisierung zu kommen, ohne dass die Institution als starres Gebilde die Bewegung zerstört. Die Quadratur des Kreises. Auch die Internationalen waren Bürokratiemonster. Auf der anderen Seite sehen wir an Occupy und anderen Bewegungen: Das erschöpft sich irgendwann. Man ist wochenlang im Zelt, besetzt die Plätze und schafft es nicht, das zu verstetigen und zu festigen.**

2019, die Klimabewegung, das war ein sehr starker Zyklus, der im Moment stillsteht, was auch mit der Pandemie zu tun hat. Aber klar, die Klimabewegung kann, muss sich

internationalisieren. Ein anschauliches Beispiel ist die Kohle, die aus Kolumbien nach Deutschland exportiert wird – gegen die Zerstörung, die damit verbunden ist, braucht es globale Solidarität. Eine der eindrucksvollsten Aktionen, die in diese Richtung wiesen und an der ich teilgenommen habe, war das erste Klima- und antirassistische »Doppelcamp«, das im Sommer 2008 in Hamburg stattfand und an dessen Aktionen sich mehr als 2.500 Menschen beteiligten. Das Aktionscamp kombinierte zum ersten Mal bewusst klimapolitische und antirassistische Fragestellungen und brachte dadurch verschiedene Akteur:innen aus unterschiedlichen aktivistischen Milieus zusammen. Zu den gemeinsamen Aktionen gehörten die Abriegelung der Zufahrtsstraßen zum Hamburger Flughafen, die Besetzung der Baustelle des Kohlekraftwerks Moorburg oder die Blockade eines Supermarkts in der Hamburger Innenstadt. Motto des Camps war: »Für ein ganz anderes Klima – globale soziale Rechte für alle!«

**Klima ist DAS übergreifende Thema. Aber die Debatten und die Kämpfe stocken meist an dem Punkt, wo man tatsächlich über Kapitalismus reden muss. Fridays for Future zeigt das sehr deutlich. Wir sind seit jeher fasziniert davon, dass das Kapital kein Problem damit hat, sich international aufzustellen, eine Internationale nach der anderen zu gründen und sich auf seine Art gegen die Mehrheit der Bevölkerungen zu solidarisieren. Wo also muss angesetzt werden? Wenn Formen der friedlichen Sabotage und des zivilen Ungehorsams erprobt werden und andere versuchen, mit linken Wahlbündnissen und dem Druck der sozialen Bewegungen etwas grundlegend zu verändern und anders zu machen, dann liegt darin Hoffnung. All das kann auch immer scheitern: Linksregierungen, genauso wie Strategien auf der Straße. Aber es muss versucht werden.**

# Gute Arbeit kommt von Ausprobieren und Demokratie

Der berühmte Satz »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen« rechtfertigt Kinderarbeit und verurteilt jedes Baby zum Tode

HANS-JÜRGEN ARLT

**E**in Leben in Arbeit wurde von anderen für uns erfunden. Oder gegen uns. Erniedrigt zur Ausbeutung oder überhöht zum Fetisch bestimmt Erwerbsarbeit, was wir gelten und woran wir teilhaben können. Die Arbeitsgesellschaft befreit Leben als Ressource und verwertet es in Leistung. Schaffen wir sie ab. Die Postarbeitsgesellschaft begreift Leben als Sinn und verwirklicht es durch Care. Legen wir sie an.« Jana Gebauer hat die zu lösende Aufgabe gut vorformuliert.

Als moderne Menschen gehen wir davon aus, dass in Sachen Arbeit alles entscheidbar ist. Aber wer entscheidet worüber? Wir haben es mit einer Gesellschaft zu tun, die den kleinen Planeten Erde übergreift, prahlerisch »Weltgesellschaft« genannt. Diese Gesellschaft organisiert sich politisch in Ländern mit einem Nationalstaat als politischem Entscheidungszentrum. Ihren Arbeitsprozess organisiert sie aber global und lässt sehr viele wichtige Entscheidungen von Privatpersonen treffen, die ihre Privatinteressen verfolgen und zugleich Leute dafür bezahlen, der Öffentlichkeit zu erzählen, sie seien Wohltäter. Tun wir trotzdem mal so, als sei das alles auf humane und gerechte Weise irgendwie in den Griff zu kriegen.

## Eins

Unter Arbeit, das wäre vorab wichtig, soll nicht nur die Arbeitsleistung verstanden, sondern auch der Konsum mitgedacht werden. Da Leistung und Konsum oft sowohl räumlich und zeitlich als auch sozial auseinanderfallen (die Erzeugnisse ihrer eigenen Arbeitsleistungen können sich viele Menschen gar nicht leisten), wird leicht vergessen, dass sie zusammengehören. Von armen Menschen billig produzieren zu lassen und die Güter teuer an reiche Menschen zu verkaufen macht gute Arbeit unmöglich. Gute Arbeit hat keine Chance, solange die Einkommensquelle Arbeitsleistung als Erpressungsinstrument gegenüber Personen, Kommunen und Ländern eingesetzt werden kann. Produktion, Distribution und Konsumtion funktionieren am Ende nur als Einheit. Der berühmte Satz »Wer nicht arbeitet, soll nicht essen« rechtfertigt Kinderarbeit und verurteilt ganz nebenbei jedes Baby zum Tode.

Arbeit, das ist ihr Sinn und Zweck, dient der Versorgung, der Bedarfsmotivierung. Deswegen geht es bei der Arbeit immer auch in einem gewissen Ausmaß um – naturgegebene – Notwendigkeiten. Oder mit den präziseren Worten von Karl Marx:

»Die Arbeit ist zunächst ein Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur.« (MEW 23, S. 192)

Wenn das zutrifft, ist schon einmal etwas Fundamentales klar: Zerstören die Menschen zum Zweck ihrer Versorgung die Natur, vernichten sie sich selbst. Gute Arbeit sucht ein symbiotisches Verhältnis zur Natur, kein parasitäres. Parasiten machen von der Natur ei-

nen missbräuchlichen Gebrauch: Sie versorgen sich, indem sie nehmen, bis nichts mehr da ist. Symbiose, Zusammenleben, braucht Wechselseitigkeit. Gute Arbeit unterhält eine kulturelle Beziehung zur Natur, also – im ursprünglichen Sinn des Wortes Kultur – einen pflegenden Umgang, der Grenzen der Verfügbarkeit einsieht und respektiert.

## Zwei

Wie könnte das gehen, auf diesem Fundament eine Postarbeitsgesellschaft anzulegen? Drei Voraussetzungen nehme ich als unverrückbar an: 1. Ohne Arbeitstätigkeiten geht es nicht: Es fliegt nicht nach Bedarf fertiges Gemüse auf die Teller. 2. Es geht nicht so gut ohne Wirtschaft: Das Verhältnis zwischen dem Aufwand der Arbeitstätigkeit sowie der Quantität und Qualität der Güter und Dienste gilt es im Auge zu behalten – und nichts anderes ist der wohlverstandene Sinn des Wirtschaftens. 3. Es geht nicht so gut ohne Geld: In alternativen Zirkeln wird viel experimentiert, Distribution ohne Tausch zu organisieren, z. B. unter dem Namen Beitragsökonomie. Aber auf großer Stufenleiter fällt mir nur Tausch ein.

Mit dem Geld tritt der Tauschwert als eine selbstständige Größe neben den Gebrauchswert. Das bedeutet, man muss sich um ihr Verhältnis kümmern, und zwar so, dass die Bezahlbarkeit der als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen garantiert ist. Notstand und Wohlstand dürfen nicht über denselben Preis-Kamm geschoren werden. Die sogenannte Leistungsgesellschaft zwingt Einzelpersonen, die nicht genug Geld zum Leben haben, zu abhängiger Erwerbsarbeit oder wertet sie ab, grenzt sie aus.

Ob in steinzeitlichen Anfängen oder hoch entwickelt, Arbeit ist ein kollektiver Prozess. So ist zum Beispiel die Arbeitsleistung der einen, etwa einer Bäckerei, abhängig von der vorangegangenen Leistung anderer, etwa der Landwirtschaft, auch von der Energieversorgung, der Qualifikation der Arbeitskräfte, den Transportwegen und -mitteln. Arbeitstätigkeiten sind meist selbst Konsumtionsprozesse der Erzeugnisse vorangegangener Arbeitsleistungen. Läuft es falsch, tummeln sich Luxusliner auf den Ozeanen, während marode Brücken Leben gefährden, und in abgewrackten Schulen Personal fehlt.

In Sachen Arbeit fallen ohne Unterbrechung Entscheidungen an. Wer entscheidet darüber, wer worüber entscheidet? Die moderne Pointe ist, dass politisch entschieden werden (kann und) muss, was transnational, was national, was von Organisationen und was von Privatpersonen entschieden wird. Auf den Mix kommt es an. Heute sind Unternehmen und Privatleute viel zu mächtig. Dass einzelne mächtige, reiche Personen über große Organisationen entscheiden, ist zugunsten kollektiver Entscheidungsprozesse abzuschaffen, die Verfügung über große Vermögen ist zu demokratisieren, das Nähere regelt ein Gesetz. Am Ende geht es nur mit Ausprobieren (welcher Mix aus international, national, organisational und individuell erweist sich als besser?) – und mit Demokratie plus demokratisch legitimierter Hierarchie. Wo Demokratie nicht nur draufsteht, sondern auch drin ist, gibt es die Möglichkeit für Korrekturen im – immer umstrittenen, nur im offenen Dissens bestimmbar – Allgemeininteresse.

## Drei

Gute Arbeit kann und darf, ebenso wie gutes Leben, nicht verordnet werden. Lösungen, die

nicht zugleich, für wen auch immer, Probleme aufwerfen, gibt es nur in Märchen. Empfehlungen kann man trotzdem geben. Was könnten Orientierungslinien sein?

- » Bezahlte und unbezahlte Arbeitsleistungen sollen sich so verteilen, dass alle gleichermaßen daran beteiligt sind.
- » Niemand darf wegen sozialer Not gezwungen sein, eine Arbeitsleistung zu erbringen; das soziale Existenzminimum, ein Dach über dem Kopf, Gesundheitsversorgung und Bildungsangebot inklusive, ist kollektiv zu garantieren.
- » Für die Einkommen aller, die erwerbstätig sind, soll es Unter- und Obergrenzen geben, selbstverständlich für Männer und Frauen dieselben.
- » »Qualifizierte« und »einfache« Arbeitstätigkeiten sollen keinen sozialen Status begründen.
- » Berufliche Spezialisierungen sollen nicht lebenslanglich festlegen; (ganz) andere Qualifikationsprofile darüber hinaus zu erwerben soll sozial abgesichert möglich sein.

Unter dem Zwang, den die Arbeitsgesellschaft zu abhängiger Erwerbsarbeit ausübt, droht verloren zu gehen, dass Arbeitstätigkeiten inspirieren, motivieren, Körper und Geist beleben, erfahrungs- und erlebnisreich sein, soziale Beziehungen erweitern und Anerkennung vermitteln können. Aber alle diese positiven Eigenschaften sind nicht an Arbeitsleistungen gebunden, sie können auch mit freien, musischen, künstlerischen, spielerischen Tätigkeiten gewonnen werden. Wie viel Lebenszeit Menschen für Arbeitstätigkeiten aufwenden sollen, ist eine sowohl gesellschaftlich als auch individuell zu treffende Entscheidung. Sie hängt zusammen mit den Konsumambitionen und mit dem technischen Stand der Produktivkraft – sofern die Verwertungsgier des Kapitals nicht Leistung und Konsum ohne Ende durchsetzt.

## Vier

Keiner der Gedanken dieses Artikels ist neu, keiner ist chancenlos. Manches wird bereits praktiziert, einiges in größerem Maßstab, das meiste andere auf kleiner Stufenleiter in gesellschaftlichen Nischen.

Im Alter von 87 Jahren hat der französische Philosoph Michel Serres (1930-2019) eine schmale Streitschrift publiziert unter dem Titel »Was genau war früher besser? Ein optimistischer Wutanfall«. Darin knöpft er sich die »Meckeropas« vor und erinnert zum Beispiel daran, dass »das sogenannte siècle des Lumières, das Zeitalter der Aufklärung, noch von der Kerze erleuchtet wurde«. Er schildert brutale Arbeitsbedingungen, schreckliche Hygieneverhältnisse, entrechtete, schufende Frauen. Bei Tisch, schreibt er ironisch, »ja, da kamen uns früher nur natürliche, unverfälschte Dinge ins Glas und auf den Teller«. Von der Milch des Bauern bekam Michel Serres die Maul- und Klauenseuche und für den Schinken »brauchte es ein spitzes Messer, um die zwischen Fleisch und Fett sitzenden Maden aufzustöbern und sie, unsere direkten Konkurrenten beim Fleischverzehr, herauszupulen«.

Solche Erinnerungen liefern keine Gründe, das Engagement für gute Arbeit zu relativieren, sondern überzeugende empirische Belege, dass bessere Arbeit machbar ist.

Gebauer, Jana: »Imaging Otherwise. Fantastische Perspektiven auf Arbeit in der Transformation«, in: Otto-Brenner-Stiftung (Hrsg.): »Welche Arbeit machen wir? Zur Zukunft von Wirtschaft, Natur und Kultur«. Frankfurt a. M., 2022.

Serres, Michel: »Was genau war früher besser? Ein optimistischer Wutanfall«. Suhrkamp-Verlag 2019.

## ANZEIGE

**54 %**

**aller Internetnutzer\*innen** trauen sich nicht mehr, ihre politische Meinung im Netz zu sagen – aus Angst vor Hass und Hetze.<sup>1</sup>



**Spende jetzt für Menschenrechte im digitalen Raum**

Deine Spende fließt direkt in unsere tägliche Arbeit – und damit in die Meinungsvielfalt unserer Demokratie.

**Schon zehn Euro zeigen:**

Das Netz ist kein Platz für Hass und Gewalt.

Vielen Dank.

Wenn Einzelne sich nicht mehr trauen, ihre Meinung ohne Einschränkungen zu äußern, ist unsere Demokratie beschädigt.

HateAid setzt sich dafür ein, dass Menschen nicht durch Hater\*innen aus dem öffentlichen Diskurs gedrängt werden.

Wir engagieren uns für Betroffene von Online-Hass, beispielsweise mit Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Wir klären Politik, Justiz und Wirtschaft über digitale Gewalt auf und erarbeiten konkrete Lösungen zur Stärkung demokratischer Grundwerte online.

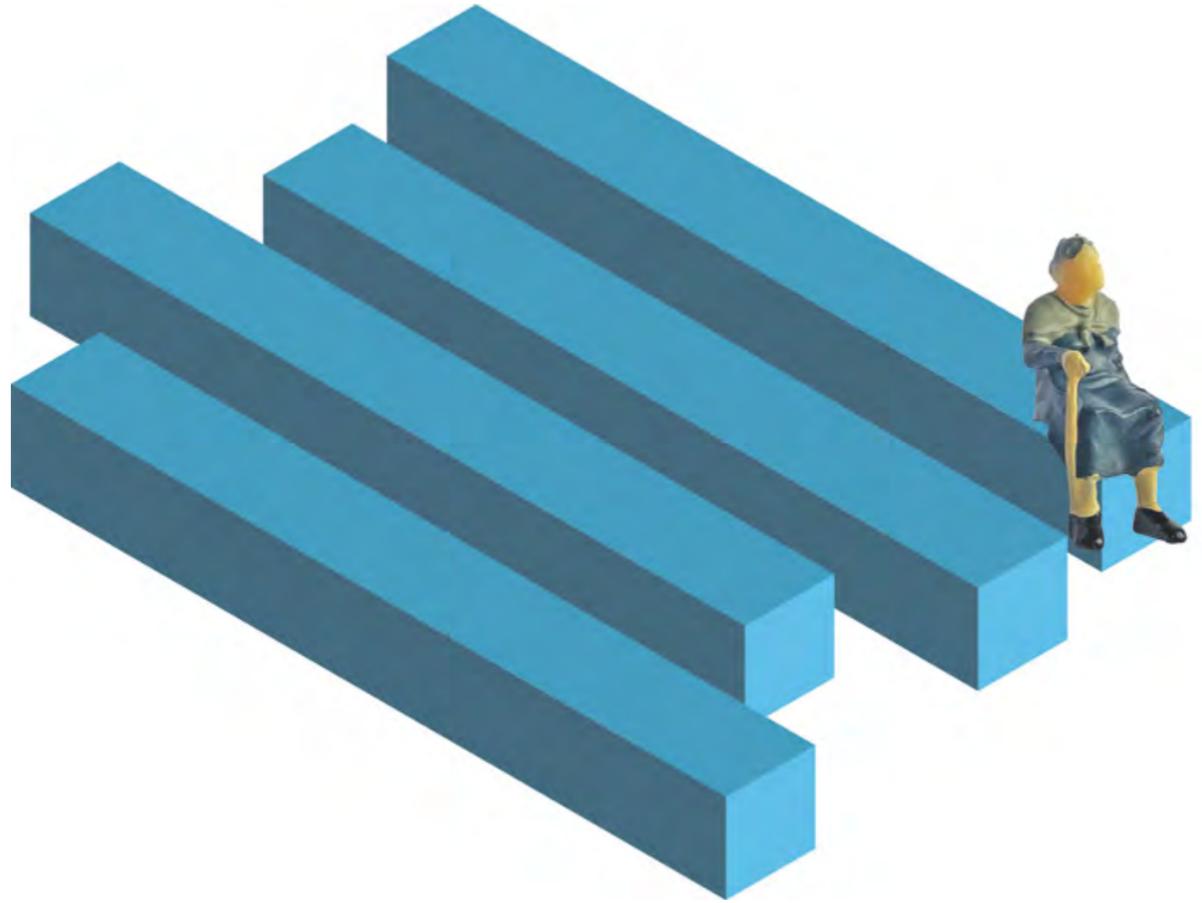
1: IDZ Jena, Compact u. a.: #Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. 2019.

**Hate Aid**

**Spendenkonto:**  
GLS Bank  
IBAN: DE47 4306 0967 1231 5982 05  
BIC: GENODEM1GLS



hateaid.org/spenden



## Blick zurück von vorn

Ein paar Jahrzehnte weitergedacht klingt die Erzählung über die Wirtschaftsweise der Gegenwart wie eine Gruselstory. Mit Happy End?

### Freischwimmen

Vielleicht muss es zu Anfang die 9-Euro-Monatskarte sein. Gültig in allen Frei- und Hallenbädern der Republik. Aber irgendwann wird das Grundrecht auf Trinkwasser ausgebaut sein zum Grundrecht auf Schwimmwasser. Weltweit. Weil es schlimm genug ist, dass der Mensch nie wissen wird, wie sich ein Vogel fühlt, aber immerhin das Fischgefühl sollte niemandem vorenthalten bleiben. Deshalb: Jede und jeder sollte in einem Umkreis von zwei bis fünf Kilometern (je nach Klimazone) Zugang haben zu beschwimmbaren Gewässern. Was in den städtischen Zonen auch bedeutet: Friede den Hallen- und Freibädern, Krieg den Privat-Pools. Allein in Deutschland gibt es aktuell geschätzt 1,5 Millionen private Pools (davon 60 Prozent zum Aufstellen und 40 Prozent fest eingelassen) aber nur 16.375 öffentliche Frei- und Hallenbäder.

Die daraus folgenden Handlungszwänge in Zeiten der menschengemachten Klima- und Energiekrise sind eindeutig: keine neuen Genehmigungen mehr zum Aufstellen oder Einlassen. Von den Eigentümer:innen finanziert Rückbau bis 2030, während zeitgleich der Sanierungsstau der öffentlichen Bäder behoben wird. Finanziert aus einer Poolsteuer, die sich an der Wasserfüllmenge bemisst. Besitzer:innen von Aufstellpools können sich kurzfristig befreien, indem sie ihre XXL-Planschbecken bei der Kommune abgeben. Die wird sie über ein weltweites Netzwerk gerecht verteilen, so dass überall, wo natürliche Gewässer schlecht erreichbar sind, an öffentlichen Orten beaufsichtigte sommerliche Wasser-Spielplätze entstehen. Für die schnelle Abkühlung zwischendurch, für erste Schwimmversuche, für einfach mal am Pool liegen. Wer Bahnen schwimmen will, geht in die Frei- und Hallenbäder, wo auf mindestens 25 Meter langen Bahnen ganz nebenbei Rücksicht, Freundlichkeit und überhaupt normal-menschlicher Anstand geübt werden. Das fragwürdige Geschäft mit dem »Spaßbaden« überlassen wir dann gerne denjenigen der aktuell 147.375 privaten Hallenbadbetreiber, die es trotz Poolsteuer und Energiekrise auch 2030 noch geben wird. *sim*

FRIEDERIKE HABERMANN

**D**anke, dass Sie mich als Historikerin eingeladen haben zu erzählen, wie wir es geschafft haben vor hundert Jahren, also ungefähr ab 2022, uns hinzuentwickeln zu der wirklich demokratischen, herrschaftsfreien und bedürfnisorientierten Gesellschaft unserer heutigen Zeit im 22. Jahrhundert.

Im Nachhinein erscheint immer alles so einfach. Ich fass es gerne so zusammen: Wir sind immer demokratischer geworden, haben uns deshalb immer erfolgreicher gegen die schlechten Strukturen der Konkurrenz wehren bzw. diese abbauen können, und damit das Gute kooperativ in die Welt gebracht. So leben wir heute in einer commonsbasierten und Commons schaffenden Weise, in der wir füreinander sorgen. Die Frage, die ich hier eigentlich beantworten soll, ist wohl weniger: Wie haben wir das geschafft? Sie lautet stattdessen: Wieso nicht schon viel früher?

Damit sind wir genau an dem Punkt, der mich als Historikerin am meisten fasziniert: Wie Menschen der Vergangenheit mit so vollkommen anderen Selbstverständlichkeiten leben konnten, die sie überhaupt nicht zu hinterfragen fähig waren. Und selbst geschichtlich jeweils relativ neue Institutionen, also gesellschaftliche Regelungen, für schon immer dagewesen hielten. Die Hexenverfolgungen zum Beispiel, die eigentlich erst Anfang der Neuzeit, im Zuge der Herausbildung des Homo oeconomicus, also des angeblich rationalen Wirtschaftsmenschen, als abgespaltene Übertragungen des Nicht-Rationalen auf Frauen projizierten und diese zu Hexen erklärten. Als erste Zweifel daran auftraten, wurden diese vom Tisch gewischt mit dem Hinweis, es müsse Hexen geben, denn es habe schon immer Hexen gegeben. Oder John Stuart Mill, der als erster Ökonom über diese Zugrundelegung eines rationalen Subjekts in der Wirtschaftstheorie schrieb, und sich, angeregt durch seine Frau, Harriet Taylor Mill, vehement bei seinen Zeitgenossen lächerlich damit machte, auch Frauen Rationalität zuzusprechen. Er glaubte gleichzeitig, Mitte des 19. Jahrhunderts, Schwarze wären nicht dazu fähig.

Und dann Karl Marx: Einerseits saß er in seinen jungen Jahren noch in Prozessen, wo es um die alten Allmende-, also Commonsrechte der Landbevölkerung am Holz der Wälder ging. Und andererseits hat auch er schon nicht mehr Commons denken können. Erst gegen Ende sei-

nes Lebens gab es einen Briefwechsel mit einer Russin, in dem sie ihn auf das Potenzial hinwies. Er zerriss mehrere Briefentwürfe, weil er nicht vernünftig darauf antworten konnte. Ich mag mir gar nicht ausmalen, was der Menschheit im 20. Jahrhundert alles erspart geblieben wäre, wäre nicht auch er so sehr Kind seiner Zeit gewesen. Dabei schrieb Rosa Luxemburg schon kurz nach ihm darüber, wie überall auf der Welt »dorfkommunistische« Formen vorgefunden wurden. Ihr Hinweis, dass der Kapitalismus ja wohl offensichtlich auf der Ausbeutung der Kolonien beruhe, brachte ihr lediglich einen Shitstorm der gesamten Linken kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein. Auch dieses Wissen brauchte hundert Jahre, bis es sich bei fortschrittlichen Kräften wirklich durchgesetzt hatte.

Das war dann schon die Zeit, in der emanzipatorische Menschen begannen, sich weltweit zu vernetzen – das Internet machte es möglich. Die Zapatistas, eine kleine indigene Widerstandsbewegung im Südosten Mexikos, luden 1996 zu einem »Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft« ein. 3.000 Menschen aus allen Erdteilen kamen bei ihnen im Urwald von Chiapas zusammen. Sie beschlossen, ein Netz ihrer Widerständigkeiten zu bilden, und ein Jahr später entstand »Peoples Global Action«, kurz PGA, eine Vernetzung von Basisbewegungen. Sie lehnten den Kapitalismus radikal ab, aber auch explizit jede Form von Herrschaft. Sie organisierten sich dezentral, und statt Forderungen an die Herrschenden zu stellen – was deren Macht nur reproduziert hätte –, begannen sie, neben ihren Protesten bei den Gipfelevents (wie damals Zusammentreffen hochrangiger Wirtschafts- und anderer Repräsentant:innen genannt wurden) Alternativen aufzubauen.

Letzteres war natürlich viel weniger medienfähig als die Proteste, und darum glaubten viele an das Abklingen dieser sogenannten Globalisierungsbewegung.

Einige Jahre später trat eine neue Protestform auf: Occupy. Platzbesetzungen. Die Medien waren verwirrt, weil auch diese zumeist keine Forderungen aufstellten, sondern einfach ihren Alltag öffentlich organisierten. Und zwar genauso, wie es auch schon bei PGA üblich gewesen war, wo teilweise Karawanen mit bis zu 500 Menschen über Wochen hinweg in anderen Kontinenten unterwegs waren. Die Organisation war wie heute – und wie es auch damals vielen Basisbewegungen als Selbstverständlichkeit galt: Es wird geschaut, was es braucht. Es bilden sich Menschengruppen

heraus, die sich für etwas zuständig erklären. Weil sie es gut können oder ganz gerne machen. Was lokal zu organisieren ist, wie unser täglich Brot, wird lokal organisiert, was großräumlich zu organisieren ist, wie das Transportwesen, wird großräumlich organisiert. Und das globale Wissen: global. Aber ohne feste Territorien! Den Fehler haben wir historisch zum Glück hinter uns gelassen.

Genau wie all den anderen Scheiß – sorry, auch eine Historikerin darf mal emotional werden –, den es damals gab: Arbeit, Geld, Eigentum. Eins furchtbarer in seinen Konsequenzen als das andere, aber letztlich zusammengehörend. Jetzt habe ich das Problem, erklären zu müssen, wie die Wirtschaft damals organisiert war. Das ist schwierig. Rosa Luxemburg fragte schon im 19. Jahrhundert, warum die Gesetze der Nationalökonomie bloß so kompliziert seien, im Reich von Karl dem Großen (welches im 9. Jahrhundert auch schon beinahe das halbe Europa umfasste) sei das doch sehr einfach gewesen: Menschen produzierten was, und andere kamen und nahmen es unter Androhung von Gewalt weg. Das habe auch der dümmste Bauer verstanden, so Luxemburg, und tatsächlich begannen bald darauf auch schon die sozialen Bewegungen des Mittelalters. Was sie damit zu Recht sagen wollte: Die ganze Komplexität der Wirtschaftswissenschaften, wie es dann ab dem 20. Jahrhundert hieß, hatte lediglich den Zweck der Verschleierung. Das hebe ich mir bis zum Schluss auf, erst mal weiter im Verlauf der Transformation.

In Wirklichkeit war »Occupy« also nur ein weiterer von immer häufigeren Momenten, in denen offenkundig wurde, dass Menschen die Selbstverständlichkeit wiederentdeckten, sich kooperativ zu organisieren. Jedoch glaubten sie damals noch, im Großen ginge das nicht. Aber ausgehend von den Bewegungen des Globalen Südens setzte sich das alte Wissen über Commons immer weiter durch, und wurde auch den neuen Verhältnissen angepasst.

2020 war für vieles der Wendepunkt: sich manifestierend zunächst in der Pandemie, bald auch mit der Zuspitzung aller anderen Krisen. Doch gleichzeitig fand sich eine kleine Gruppe von Menschen zusammen, die sich jahre- und jahrzehntelang dem Thema anderen Wirtschaftens gewidmet hatten. Sie waren dabei scheinbar erst mal nicht zu denselben Schlüssen gekommen, denn die einen fokussierten darauf, die Zerstörungen durch Unternehmen zu begrenzen, andere bauten gleich ihre kleinen Halbinseln im kapitalistischen großen Ganzen auf. Aber sie sagten: Wir sind nur auf

unterschiedlichen Wegen. Unser Ziel ist dasselbe, und es kann nur dasselbe sein: eine wirklich basisdemokratische, herrschaftsfreie und bedürfnisorientierte Gesellschaft.

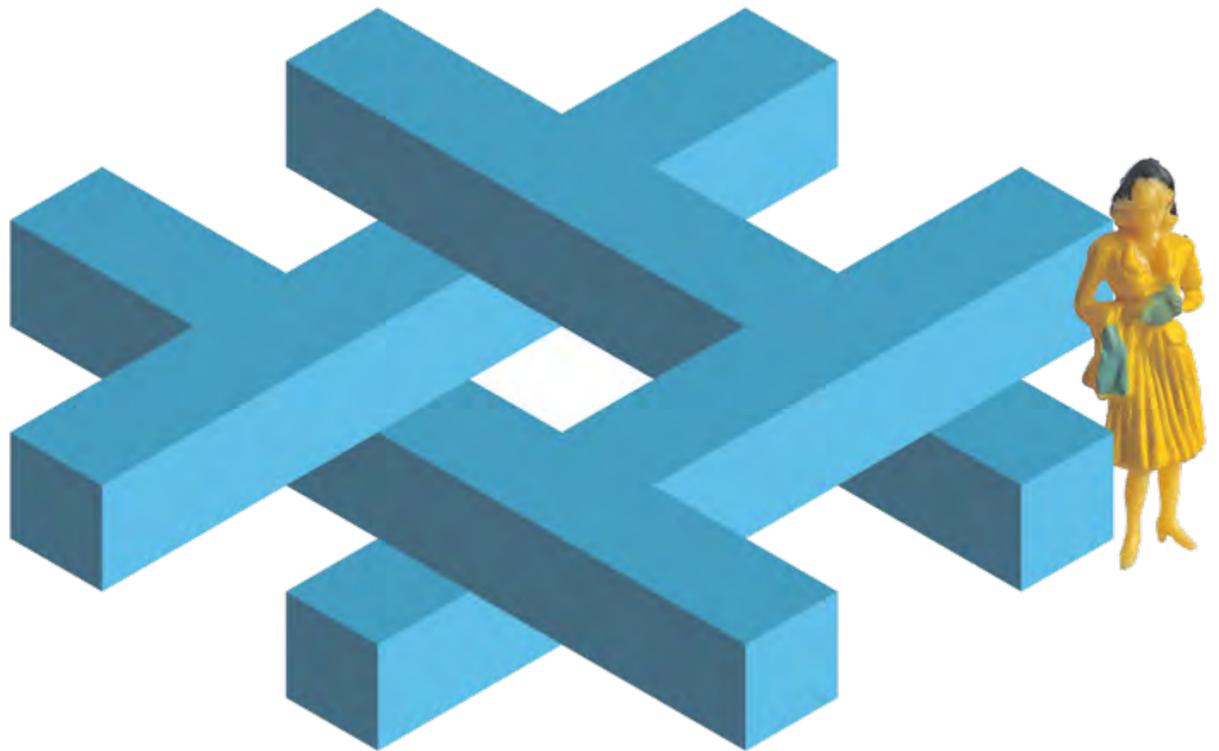
Kommt Ihnen bekannt vor? Bingo!

Ausgelöst durch den plötzlichen Tod ihrer Hauptinitiatorin, Silke Helfrich, damals die bedeutendste Commonsforscherin der Welt, wurde das Ganze im Jahr 2022 relaunched als »Netzwerk Ökonomischer Wandel – Network Economic Transformation«, kurz: NOW NET. Als Weg des Wandels wurde beschrieben: Markt Konkurrenz abbauen + Demokratie ausbauen + Commons aufbauen. Ich zitiere aus einer damaligen Analyse: »Der Markt führt zum Ausschluss von ausreichenden Ressourcen. Er stellt uns unter Verwertungszwang, lässt uns in Leistungsangst und im strukturellen Hass zueinander leben. Er zwingt uns, Dinge zu tun, die wir nicht tun wollen, und wenn wir etwas wirklich gern tun, dann unter Umständen, die wir nicht frei wählen können. Der Markt kann nur Krisen vermeiden, in dem er immer weiterwächst, aber jedes Wachstum vernutzt unseren Planeten weiter. Der Markt zwingt Unternehmen dazu, möglichst viel Ressourcen von Natur, Tier und Mensch möglichst un- oder unterbezahlt zu vernutzen, um im Konkurrenzkampf billiger sein zu können. Der Markt benachteiligt reproduktive, sorgende und die Leistungen des Globalen Südens immer, und immer mehr, und reproduziert damit Nationen als arm, und bestimmte, wenn auch im Zweifel wechselnde Identitätskategorien als unterlegen und damit besonders geeignet für Scheißjobs. Kurz: Er macht uns unglücklich, statt uns zu erlauben, füreinander zu sorgen.« Die Richtung, die NOW NET dagegensetzte, war also einfach: den Markt bzw. die Konkurrenz abbauen, wo immer möglich. Und wenn es dann nicht mehr der anonyme Markt war, der entschied, und es auch kein zentralisierter Staat sein sollte (wie in so mancher Katastrophe des 20. Jahrhunderts), galt es, die Gesellschaft umfassend zu demokratisieren. Die Menschen hatten verstanden, dass Demokratie nicht einfach »Wählen gehen« bedeutete, sondern aktives Gestalten aller Lebensbereiche. So wurde begonnen, unsere Commons-Gesellschaft aufzubauen: als Kooperation unter Ebenbürtigen.

Das damalige Wirtschaften zu erklären ist nicht einfach. Ich versuche es anhand einer Geschichte von Luisa Klein, die hat es am Beispiel einer Suppe erzählt: Eine Person galt als Eigentümer:in (so hieß das damals) der Küche. Sie durfte bestimmen, wer darin was kocht, oder ob die Küche einfach ungenutzt bleibt, selbst wenn andere keine Kochmöglichkeit haben. Sie hätte die Küche sogar zerstören dürfen – echt absurd. Aber da sie den Raum vermietet, bekommt sie so viel, dass sie bald noch eine zweite Küche kaufen kann. Sie erklärt wen zur Chef:in, die oder der darf dann alles bestimmen. Auch, wer von den anderen was arbeiten darf: Zwiebeln schneiden, Kartoffeln schälen, rühren, und das Putzen hinterher. Alle kriegen unterschiedlich viel dafür, fürs Putzen gibt es fast nichts. Der Zeitplan ist knapp, jeder Arbeitsschritt genauestens ausgerechnet, um möglichst effizient die Suppe fertigzustellen. Die Chef:in kontrolliert alles ständig, was noch den letzten Spaß am Tun verdirbt. Dann ist die Suppe endlich fertig; ab hier zitiere ich Luisa Klein wörtlich: »Ich bekomme für mein Geld fünf Teller, Marie eine Kartoffel. Sie blickt traurig auf ihren Teller, aber ich will ihr auch nichts abgeben, sie hat schließlich viel weniger geleistet als ich und ich habe ja auch extra diese Ausbildung gemacht, in der ich gelernt habe, wie die Suppe am besten umgerührt wird! Am Ende wird ein Drittel der Suppe weggeschmissen, weil die mit viel Geld nicht mehr essen können. Ein bisschen gemein ist das schon, denke ich, vor allem wenn ich an Jürgen denke, der am meisten Geld bekommt, nur weil die Küche sein Eigentum ist. Aber ich sage nichts, es ist schließlich mein Beruf und wie sollte das mit dem Kochen auch anders funktionieren?«

Darüber können wir aus heutiger Perspektive natürlich nur müde lächeln. Wie unsinnig das alles war ...

Gekürzte Rede vom Zukunftskongress 2122 – Wer werden wir\* gewesen sein? (organisiert von vfdkb und laPROF Hessen) in Frankfurt/M. im November 2022  
<https://www.vfdkb.de/2022/10/05/2122-wer-werden-wir-gewesen-sein/>



## »Das Prinzip der Sorge sollte das des Profits ersetzen«

Ulrich Brand über gegenwärtige und historische Anknüpfungspunkte für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

**Alle wissen, dass die produktive wie zerstörerische Dynamik des Kapitalismus eine globale ist. Warum verbleiben die aktuellen Diskussionen um notwendige Alternativen und einen entsprechenden sozial-ökologischen Systemwechsel dennoch oftmals auf der lokal-regionalen oder auf der nationalstaatlichen Ebene?** Das ist zum einen Ausdruck einer gewissen Fantasiosigkeit, aber wohl auch das implizite Eingeständnis der Tatsache, dass auf der Ebene der internationalen Politik und Wirtschaft die Kräfteverhältnisse aktuell besonders schwer zu verändern sind.

Denn es geht um eine sehr grundlegende Re-Organisation der Weltwirtschaft, insbesondere um die bis in unseren Alltag reichende Macht der transnationalen Unternehmen. Aber auch darum, oft überwiegend an Kapitalinteressen ausgerichtete staatliche Politiken einzuhegen. Daher: Die vielen und wichtigen lokal-regionalen, nationalstaatlichen, allenfalls europäisch gedachten Alternativen sollten die zu verändernden internationalen Dimensionen berücksichtigen.

**An welche Vorbilder oder Konzepte ließe sich dabei anknüpfen?**

Vor rund 50 Jahren gab es auch schon eine historische Erfahrung multipler Krisen. Der Club of Rome thematisierte damals die ökologischen »Grenzen des Wachstums«. Gleichzeitig kam es zu für damalige Verhältnisse drastischen Ölpreiserhöhungen, die Brutalität der USA im Vietnamkrieg stellte ihre politisch-ethische Führungsrolle in der Welt – die sie nach dem Zweiten Weltkrieg hatten – massiv infrage. Vor allem aber gab es zu Beginn der 1970er Jahre die heute kaum noch nachvollziehbare Kraft der Dekolonialisierung in weiten Teilen Asiens und Afrikas. Der politischen Unabhängigkeit sollte eine wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit folgen und auch in den Ländern des Globalen Südens stabile wirtschaftliche Verhält-

nisse und wohlfahrtsstaatliche Arrangements ermöglichen.

Es gab also eine multiple Krisensituation und eine Kraft, die sich über progressive Bündnisse äußerte und damit eine Diskussion anstieß, die am 1. Mai 1974 in der UN-Generalversammlung zu einer »Erklärung über die Einrichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung« (New International Economic Order, NIEO) geführt hat.

Das war ein Zugeständnis an die Regierungen des Südens, die gegenüber ihren Bevölkerungen in Erklärungsnot gerieten, warum sie zwar politisch unabhängig geworden waren, aber die internationalen ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse weiter bestanden.

**Worum ging es in der NIEO konkret und was können wir heute daraus lernen?**

Es war ein komplexes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm und es ging um verbesserte Handelsbedingungen für die Länder des Globalen Südens, um das Ende der mächtigen Wirtschaftsmonopole und eine stärkere rechtliche Bindung der transnationalen Konzerne. Aus heutiger Sicht besonders interessant sind auch die Vorschläge für eine Stabilisierung der Rohstoffpreise, damit die Rohstoffexporteure des Südens nicht durch plötzlichen Verfall der Weltmarktpreise in die Krise geraten. Dazu kamen Prinzipien einer Verstaatlichung der Rohstoffvorkommen oder der internationalen Umverteilung von finanziellen Ressourcen, etwa durch einen Schuldenerlass. Und auch die Stimmrechte in Weltbank und Internationalem Währungsfonds, bisher weitgehend von den nördlichen Regierungen ausgeübt, sollten gleicher verteilt werden.

Daraus können wir lernen, dass in historischen Momenten wie der Dekolonisierung, in der die Bevölkerungen in den Gesellschaften des Globalen Südens einen legitimen



Foto: Heinrich-Boell-Stiftung, cc-by-sa 2.0

**Ulrich Brand** ist Professor für internationale Politik an der Universität Wien und Mitautor des Bestsellers »Die Imperiale Lebensweise«. Für dieses Gespräch mit **Sigrun Matthiesen** erhielt er viele Anregungen bei einem Workshop der Uni Bremen zur »Neuen Weltwirtschaftsordnung 2.0« (<https://blogs.uni-bremen.de/NIEO2/>) und bei der medico-Konferenz »Kosmopolitismus von unten. Annäherungen an eine globale Demokratie«.



► Anspruch auf verbesserte Lebensbedingungen stellten, dies von den tendenziell progressiv und demokratisch eingestellten Regierungen aufgenommen und in die internationale Arena getragen wurde. Es ging um nichts Geringeres als um andere, gerechtere Regeln für die Weltwirtschaft, damit in den Südländern eigenständige wirtschaftliche Entwicklungen wie etwa der Aufbau einer einheimischen Industrie ermöglicht werden. Das hatte durchaus machtpolitische Dimensionen, denn den Ländern des Südens sollte nach dem Vorbild der OPEC erlaubt werden, sich zu »Produzentenvereinigungen« zusammenzuschließen. Es sollte zudem der Zugang zu den Märkten im Globalen Norden verbessert werden.

**Das hat, wie wir heute wissen, nicht funktioniert: Die Regierungen des Globalen Nordens haben nicht mitgemacht. Und wenig später wurde die Weltwirtschaft eher neoliberal und damit im Interesse der mächtigen Länder und Konzerne ausgerichtet. Warum halten Sie es dennoch für relevant?**

Das stimmt. Mir geht es darum, den historischen Moment genauer zu verstehen und nach Lernmöglichkeiten für heute zu suchen: Während es in den Ländern des Globalen Nordens starke Tendenzen gibt, die imperiale Produktions- und Lebensweise autoritär abzusichern, ist das in einigen Ländern des Globalen Südens anders. Nehmen wir lateinamerikanische Länder wie Kolumbien und Chile oder künftig hoffentlich auch Brasilien, wo in der Gesellschaft und dann auch über Wahlen emanzipatorische Perspektiven formuliert werden, die aus den sozialen und ökologischen Desastern führen können. Auch die sind Ausdruck sozialer Energien, das wäre eine Analogie zu den Dekolonialisierungsbewegungen vor 50 Jahren. In Brasilien, wo der Wahlsieg von Lula da Silva ja eher ein Kampf gegen den Faschisten Jair Bolsonaro war, muss sich das noch zeigen. Doch in den beiden anderen Ländern ist das durchaus der Fall. Wir sollten die Regierungen von Gabriel Boric in Chile, die ja im September mit der Ablehnung der neuen Verfassung eine erste herbe Niederlage einstecken musste, oder von Gustavo Petro und Francia Márquez nicht romantisieren. Aber eben ihre Potenziale sehen, etwa ihre Ankündigung, dass es verstärkte regionale Wirtschaftskooperationen geben soll. Oder: Petro hat in seiner Antrittsrede den Vorschlag eingebracht, dass Klimaschutz und gerechte internationale Wirtschaftsbeziehungen stärker miteinander verknüpft werden sollten.

**Und was tragen wir im Globalen Norden zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung bei?**

Wir sind wieder bei meinem ersten Punkt, der internationalen Dimension von Alternativen. Die sozialen und dann staatlich-politisch werdenden Kämpfe für eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Lateinamerika sollten in den Ländern des Globalen Nordens nicht nur unterstützt werden, sondern auch ihre Entsprechung finden. Eben keine einseitig den Norden und die internationalen Unternehmen bevorzugenden Freihandelsabkommen. Auch China müsste dazukommen und seine Unternehmen müssten sich anders verhalten. In einer jüngeren

Oxfam-Studie zum immer weiter zunehmenden Reichtum des oberen einen Prozents steht als Schlussfolgerung einer präzisen Analyse aktueller Entwicklungen: »Rechtes Wirtschaften heißt, Unternehmen demokratisieren, gemeinwohlorientiert ausrichten, Konzernmacht brechen.« Das wäre etwas ganz anderes als die aktuell von den europäischen Regierungen postulierten »Rohstoffpartnerschaften«, die tatsächlich eher Rohstoff-Kolonialismus bedeuten.

Das Anfang 2023 in Kraft tretende deutsche und das in Vorbereitung befindliche europäische Lieferkettengesetz nehmen aktuell noch viel Rücksicht auf die Interessen deutscher bzw. europäischer Unternehmen. Doch beide haben das Potenzial, die Weltwirtschaft gerechter zu machen. Zum einen durch höhere und sanktionierbare Sozial- und Umweltstandards, aber zum anderen auch durch internationale Klagerechte bei Verletzung der Standards.

**Das heißt also, nicht in die Falle zu gehen, grünes Wachstum, grüner Kapitalismus, grüner Extraktivismus, sondern hierzulande nach Anknüpfungspunkten an die Kämpfe des Südens zu suchen. Wo sehen Sie die gemeinsamen Interessen?**

Es geht, als gemeinsamer Bezugspunkt, darum, Wirtschaften gerecht zu gestalten, so dass sie nicht die natürlichen Lebensgrundlagen untergraben, um Verhältnisse, in denen Menschen in Freiheit und nicht auf Kosten anderer und auf Kosten der Natur ihre Individualität und ein sinnerfülltes Leben in Gemeinschaft entwickeln können.

Grundsätze dafür sind eine stärkere Gebrauchswertorientierung der Produktion und eine Stärkung des öffentlichen Sektors. Das Prinzip der Sorge sollte das Prinzip des Profits ersetzen. Das bedeutet nicht, dass Unternehmen keine Gewinne mehr machen sollen. Sondern es bedeutet, dass die unbedingte Gewinn- und Wachstumsorientierung um jeden Preis hinterfragt und verändert werden muss, insbesondere wenn Kapitalbesitzer und große Unternehmen ihre wirtschaftliche Macht in politische Macht und Einfluss ummünzen. Das ist der Kern der Degrowth-Debatte. Sie hinterfragt auch eine gewerkschaftliche und linke Position, die sagt: Wir brauchen Wachstum, denn dann können wir den berühmten kräftigen Schluck aus der Pulle nehmen bei den Tarifverhandlungen.

**Welche weiteren Kriterien für eine zukünftige neue internationale Weltwirtschaftsordnung, NIEO.2 sozusagen, ergeben sich daraus konkret?**

Wenn wir die Tiefe des Problems verstehen, also den gelebten und breit akzeptierten »Kosmopolitismus« der Externalisierungsgesellschaft oder imperialen Lebensweise, dann ist ein Kriterium einer solidarischen Produktions- und Lebensweise ihre Verallgemeinerbarkeit. Das Auto als dominantes Fortbewegungsmittel ist nicht verallgemeinerbar. Auch nicht als E-Auto. Also: Wie bauen wir unser Mobilitätssystem, unser Ernährungssystem, unser Stadtsystem um, damit es potenziell verallgemeinerbar ist? So dass es nicht systematisch auf Kosten anderer und zu Lasten der Natur geht?

Um es konkret zu machen: Ein solidarisches Mobilitätssystem wird nicht mehr zuvorderst auf das

Auto und Flugzeug setzen, sondern auf kürzere Alltagswege, guten und leistbaren öffentlichen Verkehr in Städten und auf dem Land – dazu gehören etwa Sammeltaxis –, mit guten Wegen zum Radfahren und für Fußgänger:innen. Dafür müssen mehr öffentliche Verkehrsmittel produziert werden – und viel weniger Autos. Solch eine Verallgemeinerbarkeit widerspricht dem kapitalistischen Expansions- und Konkurrenzdrang.

**Sie weisen darauf hin, dass es in den Gesellschaften des Nordens einen »praktischen Kosmopolitismus der Inkludierten oder um Inklusion Kämpfenden« gibt, mit dem die herrschende imperiale Lebensweise gestützt wird, wenn auch vielleicht mit zunehmendem Unwohlsein bezüglich der ökologischen Folgen. Woher also soll hier der Kampfgeist kommen für die Transformation?**

Wir haben ja nicht nur im Globalen Süden, sondern auch in Europa, Deutschland sowie anderen Ländern viele konkrete Kämpfe, die kapitalistische Verwertungs- und Machtansprüche zurückzuweisen, beispielsweise aktuell die Auseinandersetzungen um die Vergesellschaftung der großen Wohnungsbaukonzerne in Berlin und andernorts. Auch die staatliche Politik öffnet sich mitunter überraschend: In der Krise wird zuerst ein 9-Euro-Ticket, jetzt ein 49-Euro-Ticket eingeführt. Noch vor einem Jahr hätte sie gesagt: Ein derart günstiger ÖPNV geht überhaupt nicht. Jetzt ist es ein möglicher Einstieg in eine Infragestellung der weiteren (E-)Automobilisierung der Welt, wozu es nun gute Initiativen zum radikalen Rückbau der Autoindustrie und zum Ausbau der Produktion öffentlicher Verkehrsträger gibt. Man könnte sagen, das ist ein radikaler Reformismus.

Gleichzeitig müssten die Schattenseiten der globalen Austauschverhältnisse, die Ressourcen-»Flüche«, die teilweise nicht als solche wahrgenommen werden, politisiert werden. Nicht nur, dass es in den an Rohstoffen reichen Ländern wenig Umverteilung gibt. Sondern auch dort müssen die Wirtschaften umgebaut werden. Umgekehrt heißt das hierzulande aus internationaler Perspektive: In den Konflikten um Kohle- und Atomkraftwerke, Tierfabriken, Autobahn- und Flughafenausbau scheinen auch die »Flüche« und brutalen Abhängigkeiten anderer Weltregionen auf, auch wenn sie vorher gar nicht sichtbar waren.

**Dennoch werden wir zu keiner nachhaltigen oder gerechten Weltwirtschaftsordnung kommen, ohne dass wir Gesellschaften der Profiteure etwas abgeben, oder?**

Ja, aber ich würde das nicht als »Abgeben« oder sogar »Verzicht« thematisieren, sondern als anderen, besseren Wohlstand, auskömmliche Formen des Zusammenlebens. Wir benötigen eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs, etwa für die Produktion von Autos. Aber die Menschen haben in den Städten und auf dem Land gute, leistbare und attraktive öffentliche Mobilität. Ich würde auch argumentieren, dass Grenzen politisch gesetzt werden müssen, um die ökologisch-planetarischen Grenzen einzuhalten. Also: Grenzen »oben«, bei den Reichen und sehr Wohlhabenden in der Gesellschaft anzusetzen, das wäre auch ein Rückbau gesellschaftlicher Ungleichheit.



# Die Solarkuh

Ein komplexer Vorschlag, der am Ende einfache Lösungen bietet.  
Also wirklich eine Agrarwende

FLORIAN SCHWINN

**A**lle reden davon, dass wir weniger Fleisch essen sollen, um das Klima zu retten. Weil doch ein Großteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Landwirtschaft durch die Tierhaltung verursacht werde. Seit Russlands Krieg in der Ukraine ist manchen allerdings aufgefallen, dass der allgegenwärtige Kunstdünger mithilfe von Erdgas hergestellt wird. Das macht die Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln auch nicht gerade klimafreundlicher.

So ist das halt mit der Landwirtschaft und unserer Ernährung: Wenn man genauer hinschaut, lösen sich die einfachen Gewissheiten in komplexen Vorgängen auf. Und am Ende gilt, was mir ein befreundeter Biobauer gesagt hat: »Neunzig Prozent der Narrative über die Landwirtschaft stimmen nicht, oder sie stimmen so nicht.« Deshalb soll hier mal ein Vorschlag folgen, der gleich von Anfang an komplex ist und am Ende dann einfache Lösungen bietet.

Wir retten das Klima, bekämpfen die Biodiversitätskrise, verbessern und erhalten die Bodenfruchtbarkeit und produzieren dabei Strom, ach ja, und auch Fleisch. Ohne das geht es bei diesem Projekt nicht. Wobei dieses Projekt ein ganz konkretes ist. Es steht kurz vor seiner Umsetzung als Versuchsaufbau. Und es ist dabei eine ganz eigene Art der Agrarwende.

Die Idee ist eigentlich ganz schlicht; gute Ideen sind oft einfach. Diese hier geht so: Wir wandeln eine besonders monotone Form von Agrarsteppe in eine der vielfältigsten und artenreichsten Landschaften um, und pflanzen darauf dann Fotovoltaik-Paneele. Konkret nehmen wir einen Maisacker und machen aus ihm eine Rinderweide. Dann stellen wir auf diese Weide Ständer für die Solarpaneele. So hoch, dass die Kühe drunter durchlaufen, so stabil, dass sie sich daran auch mal schubbern können und so weit auseinander, dass noch genügend Licht und Regen durchkommt, um das Gras wachsen zu lassen.

Wir nehmen dazu einen Maisacker, weil der die reinste Form der agrarischen Monokultur ist. Auf einem Maisacker wächst gemeinhin nichts außer Mais. Und im Mais wächst auch nichts, außer vielleicht dem Maiszünsler und dem Maiswurzelbohrer. Gegen diese beiden Tierchen gibt es aber Spritzmittel, die natürlich auch alles andere Getier treffen. Maisäcker sind hochgradig erosionsgefährdet. Die nach Starkregen immer wieder gezeigten

Schlammlawinen nehmen ihren Anfang gerne in Maisäckern an Hanglagen.

Mais ist zudem selbstverträglich, das heißt, er kann über mehrere Jahre hintereinander auf dieselbe Fläche gesät werden. Der Boden kann sich also vom Maisanbau ebenso wenig erholen wie die Umgebung der Ackerfläche.

Mais ist neben Weizen unsere zweitgrößte Kultur, gepflanzt auf etwa 2,6 Millionen Hektar Ackerland (Stand 2018). Weniger als zwanzig Prozent davon sind Körnermais, und auch von dem ist nur ein Bruchteil für die menschliche Ernährung bestimmt. Das meiste geht an die Industrie, für Stärke, Öl und Fasern. Mehr als achtzig Prozent des Maises werden als Silomais angebaut und das meiste davon geht danach in die Tierfütterung. Der Mais von knapper einer Million Hektar Anbaufläche wandert in die Biogasanlagen. Viele dieser Anlagen sind allerdings bald abgeschrieben und fallen dann aus der Förderung. Danach dürfte es kaum mehr wirtschaftlich sein, sie weiterzubetreiben. Die Biogasanlagen sind sozusagen ein Fossil der Energiewende. Vor allem, weil bei den meisten das biogene Methan, also das Gas, das wir gerade dringend bräuchten, nur ein Zwischenprodukt ist. Es dient zur Herstellung von Strom.

Solch einen Maisacker nehmen wir und machen daraus eine Fotovoltaik-Weide. Und ernten damit weit mehr Energie als mit der Energiepflanze Mais. Mit Fotovoltaik auf der gleichen Fläche ist die Stromausbeute rund fünfzigmal höher als bei Verstromung der Maissilage. Und wenn die Module in größerem Abstand stehen, damit darunter noch Landwirtschaft möglich ist, dürfte es immer noch eine mindestens zwanzigfache Energieausbeute geben.

Agri-Fotovoltaik gibt es bereits in verschiedenen Testanlagen und auch einigen fertigen Installationen auf dem Acker. Die Solarmodule stehen so hoch, dass darunter ein Traktor fahren kann und sie stehen so weit auseinander, dass auf dem Acker noch genügend Licht und Wasser ankommt. Es gibt auch schon Solarmodule mit dynamisch anpassbarer Lichtdurchlässigkeit, unter denen versuchsweise Salat angepflanzt wird.

Wir aber wollen die Fotovoltaik nicht über den Mais stellen, sondern den Maisacker in eine Weide umwandeln, weil wir damit viel mehr ernten können als Strom. Aber Vorsicht, die Weide nicht verwechseln mit einer Wiese. Wiesen werden gedüngt und mehrfach im Jahr gemäht. Um den Artenreichtum auf Mähwiesen ist es genauso schlecht bestellt wie im Mais.

Rinderweiden hingegen, die nicht gemäht werden, zählen zu den artenreichsten Biotopen unserer Breiten. Und das aktive Bodenleben unter der Grasnarbe speichert dort im Humus den meisten Kohlenstoff ein. Mehr als in allen anderen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Übrigens auch mehr als im Waldboden. Getoppt wird das nur noch von einem aktiven, nicht entwässerten Moor. Aber das ist ja dann auch nur noch sehr eingeschränkt landwirtschaftlich nutzbar.

Einmal mit einer Mischung aus Gräsern, Klee und Kräutern eingesät, entwickeln die Weiderinder ihren Lebensraum im Laufe weniger Jahre zu Insekten- und Vogelparadiesen. Ein Kuhfladen ist die Kinderstube für Tausende Insekten, mit denen wiederum die Weidevögel ihre Kinder ernähren. Übrigens latschen Kühe auch nicht in die Nester der Bodenbrüter, wie das Schafe durchaus tun. Der Kuhfladen dient allerdings nur als Insektenbrutraum, wenn die Rinder nicht prophylaktisch gegen Parasiten behandelt werden, weshalb wir für dieses Projekt gesunde Robustrassen brauchen, die das ganze Jahr über draußen sein können. Ich habe ja gewarnt: Es fängt kompliziert an, wenn ▶

## Bahnhöfe

**E**s gibt in Deutschland 21 Bahnhöfe der Preisklasse 1 (repräsentativ), 86 Bahnhöfe der Preisklasse 2 (bieten bahntypische Dienstleistungen, häufig in Großstädten oder an Knotenpunkten gelegen). Insgesamt sollen es rund 5.400 Bahnhöfe sein. Das klingt gar nicht wenig. Seit dem Jahr 2000 wurden rund 350 Bahnhöfe entwidmet, die meisten in Sachsen-Anhalt (95), in Saarland und Schleswig-Holstein je einer.

Seit der Bahnreform 1994 wurden in Deutschland bis zum Jahr 2019 mit über 3.600 Kilometern deutlich mehr Strecken des Schienenpersonennahverkehrs stillgelegt als reaktiviert (über 800 Kilometer). Manchmal steht frau auf einem Bahnsteig etwa in der Altmark (gern Bedarfshalt) und kann bis zum Eintreffen des Zuges auf das gegenüberstehende, verfallene, verrottete, aber immer noch einstige Schönheit verkündende Bahnhofsgebäude starren. Es gefällt Bahn und Staat weitaus besser, die Häuser verkommen, statt sich dafür eine schöne, lebendige, gesellschaftlich nützliche Lösung einfallen zu lassen.

Natürlich wäre es am allerschönsten, würden all die stillgelegten Bahnstrecken reaktiviert, aber das ist dann doch zu viel Utopie. In jenen Bundesländern, in denen die meisten Bahnhöfe vergammeln (allesamt liegen sie im Osten des Landes), liegt zugleich auch in den ländlichen Räumen andere Infrastruktur darnieder. Keine Läden, keine Kneipen, keine Schulen, keine Treffpunkte und Gemeinschaftsräume, Kirchen, die alle zwei oder drei Wochen mit einem müden Gottesdienst bespielt werden und wer hat eigentlich den Schlüssel für die Trauerhalle? So ein Bahnhofsgebäude könnte all das beherbergen – nur Kirche und Aufbahrungsraum kann es wahrscheinlich nicht sein. Stattdessen Wohnort, Treffpunkt, Sozialstation, Freizeitangebot, Jugendtreff, Tanztee für die Senior:innen, die inzwischen Rolling Stones und Beatles hören statt Roger Wittaker oder Roberto Blanco, Kindernachmittage, Technobude, Hofladen, Kneipe, zweites Frühstück für »nur ein Held geht aufs Feld«, Bibliothek und einmal die Woche Kino, Reparaturwerkstatt und jeden dritten Sonntag Trödelmarkt.

Und wenn der Regionalzug mal wieder ausfällt oder dreißig Minuten später kommt, ein Kaffee und 'ne anständige Zeitung. Ein Träumchen. kg

ANZEIGE

**Welt Trends**  
Potsdamer Wissenschaftsverlag

verlag@welttrends.de  
shop.welttrends.de  
www.welttrends.de

## Grande Nation? Frankreich heute



WeltTrends – Das außenpolitische Journal  
Nr. 194 (Dezember 2022) | ISBN 978-3-947802-93-7 | 72 Seiten | 5,80 Euro

► wir am Ende Klimaschutz, Energie und Biodiversität ernten wollen.

Zunächst brauchen wir den Acker für die Fotovoltaik-Weide. Und die muss danach immer noch als landwirtschaftliche Fläche gelten. Rechtlich kompliziert, weil eine Fotovoltaik-Freiflächen-Anlage eigentlich Industriegewerbe ist und nicht Landwirtschaft. Da muss man also an den Gesetzen und Verordnungen schrauben, wenn solche Systeme aus der Versuchsphase heraus sollen.

Dann brauchen wir die stabilen Ständer und die möglichst auch noch lichtdurchlässigen Solarmodule. Und wir brauchen die robusten und genügsamen Rinder, die ganzjährig draußen leben können. Die gibt es natürlich, Galloways zum Beispiel, aber das sind nicht dieselben Rinder, die derzeit in den Ställen gemästet werden, und auch nicht die reinen Fleischrassen, die auf schnelle Gewichtszunahme gezüchtet wurden. Das heißt, hier muss auch ein Umbau in der Tierhaltung geschehen. Ach so, und bei der Gelegenheit gibt es dann übrigens auch weniger Fleisch. Die Tiere nämlich sind kleiner, sie wachsen langsamer und sie leben dadurch viel länger. Aber sie sind auch genügsamer. Man muss nicht nebenan doch noch einen Maisacker haben, um sie durch den Winter zu füttern. Es reicht in der Nähe eine Wiese, die dann doch mal gemäht wird fürs Heu.

Und die Biogasanlage, der dann der Mais fehlt? Die könnte man umbauen und mit ein paar kleinen Änderungen im EEG, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, könnte man daraus eine Anlage machen, die ihrem Namen gerecht wird. Sie produziert dann nämlich Biogas als Endprodukt – aus biologischen Reststoffen, diversen landwirtschaftlichen Abfällen und auch aus dem Mist der Tiere, die, zumindest im Winter, noch immer im Stall stehen. Und dieses Methan kann man dann reinigen und in den größten Energiespeicher einspeisen, den wir haben: in die Gasleitung. Ach so, dafür müssen dann auch noch ein paar Gasleitungen verlegt werden. Nämlich die zu den Biogasanlagen. Aber das können wir ja, wie wir gerade beschleunigt beweisen.

Am Ende haben wir dann: viel mehr Strom von derselben landwirtschaftlichen Fläche. Weniger Erosionsgefahr, also keinen fortgespülten oder weggeblasenen Boden mehr. Dafür in diesem Boden mehr gespeicherten Kohlenstoff, also im Boden versenktes CO<sub>2</sub>. Aus der umgebauten Biogasanlage haben wir mehr biogenes Methan in der Leitung. Und wir haben Fleisch. Davon allerdings weniger, das aber in ausgesuchter Qualität.

Und was ist mit dem Methan, das die Kühe rülpsen? Das ist doch klimaschädlich! Die Frage habe ich erwartet, inklusive der dazugehörigen Behauptung. Die klimaschädliche, weil Methan rülpsende Kuh ist eines der Narrative, die »so nicht« stimmen. Ja, die Kuh produziert Methan. Genauer: Bei der Zersetzung der Nahrung produzieren Mikroorganismen im Verdauungstrakt der Kuh das Methan. Dasselbe geschieht übrigens auch im vernässeten Reisfeld. Das ist das gleiche Gas, das auch die Biogasanlage produziert. Und ja, es ist klimaschädlich. Nur dass die Wiederkäuer das Methan schon seit Millionen von Jahren produzieren. Und solange es nicht mehr Kühe auf der Erde gibt, bleibt das zerfallende und hinzukommende Methan in der Atmosphäre im Gleichgewicht. Es gibt aber gar nicht mehr Kühe auf der Welt in den letzten Jahren. Die Zahl der Rinder hat abgenommen.

Nur das Methan, das beim Bohren nach Öl und Gas oder aus der Pipeline entweicht, das heißt das Klima zusätzlich auf. Aber das produziert nicht die Landwirtschaft. Vielleicht soll das Narrativ von der klimaschädlichen Kuh auch davon ablenken, dass die Zunahme des Methans in der Atmosphäre industriellen Ursprungs ist.

Für unsere Fotovoltaik-Weide jedenfalls ist das Methan nicht relevant. Relevant ist nur, wann der Versuch startet und ob die Politik bereit ist, diese Agrarergiewende mitzumachen.

# Es geht auch anders

## Der richtige Mix aus Maßnahmen sorgt für mehr Steuergerechtigkeit

JULIA JIRMANN UND  
CHRISTOPH TRAUTVETTER

W o der steuerpolitische Fokus von Bundesfinanzminister Christian Lindner liegt, ließ sich bereits Anfang des Jahres erahnen. »Ich bin Ihr Vermögensverwalter«, kündigte er beim Lobbytreffen der Familienunternehmer:innen an. Ein Blick auf die aktuelle Krisenpolitik zeigt, dass er seinem Versprechen treu bleibt: Eine stärkere Beteiligung hoher Einkommen und Vermögen gibt es nicht. Stattdessen werden große zusätzliche Ausgabenpakete zur Bewältigung der Klimakrise, für die außenpolitische »Zeitenwende« und zur Abfederung der hohen Energiepreise durch Sondervermögen finanziert. Gleichzeitig steigen die Krankenkassenbeiträge für alle gesetzlich Versicherten und im Bundeshaushalt wird mit der Rasenmäher-Methode gekürzt, statt gezielt zu sparen. Weil die Schuldenbremse zumindest auf dem Papier erhalten bleibt, droht in den nächsten Jahren eine Vollbremsung mit noch viel größeren Zumutungen.

Aber es geht anders. Und auch für diejenigen, die an revolutionären Veränderungen des Finanzsystems zweifeln und die nicht an jahrzehntelang unbemerktes »Umschichtungspotenzial« im Staatshaushalt glauben, gibt es eine Lösung: Das Steuersystem ist der Ort, wo die Verteilung der Kosten für die Krisenbewältigung demokratisch verhandelt werden kann. Unsere Vision für diesen Beitrag ist keine »magische« Steuer, die alle Probleme löst, sondern ein Mix aus Maßnahmen, der vergangene Entscheidungen korrigiert, das Steuersystem wieder gerechter macht und dabei wirtschaftliche Verzerrungen minimiert.

Gerade in Krisenzeiten bedeutet Steuergerechtigkeit vor allem dreierlei. Erstens: Eine umfassende Übergewinnsteuer für die Mineralöl- und Energiekonzerne muss dafür sorgen, dass die zusätzlichen Kosten des Krieges für Gesellschaft und Staat so gering wie möglich ausfallen. Zweitens: Die in den letzten drei Jahrzehnten entstandenen Steuerprivilegien für Menschen mit hohem Einkommen, Vermögen und Erbschaften können wir uns in Krisenzeiten schlichtweg nicht mehr leisten. Und drittens: Nach Jahrzehnten von Privatisierung und Sparzwang muss der Staat wieder handlungsfähig gemacht werden. Die Fähigkeit, über Steuern und die Steuerbehörden zu steuern, spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die gestiegenen Energiepreise als Folge des Krieges in der Ukraine kosten die deutsche Gesellschaft nach verschiedenen Schätzungen zwischen 110 (ifo) und 200 Milliarden Euro (IMK). Weil die Förderung von Öl und Gas genauso wie Sonne, Wind und Wasser kaum teurer geworden ist, wird ein großer Teil dieser zusätzlichen Kosten zu zusätzlichen Gewinnen bei den Mineralöl- und Energiekonzernen. Diese werden in Deutschland verdient, aber zum Teil in Steueroasen oder in den Förderländern verbucht. Mit dem richtigen Ansatz kann Deutschland sich zumindest die hier und in den Steueroasen von westlichen Konzernen verbuchten Übergewinne zurückholen. Der Rest ist Verhandlungssache. Wie eine solche Steuer und eine Verhandlung über die globale Verteilung funktionieren kann, zeigt die Digitalsteuer. Weil die großen Digitalkonzerne ihre Gewinne jahrelang in Steueroasen verschoben, haben Indien, Frankreich und einige andere Staaten 2019 eine solche Steuer eingeführt. Auch die EU wollte eine Digitalsteuer, wurde aber von Deutschland gebremst. Anders als die normale Unternehmensteuer basiert die Digitalsteuer nicht auf den im entsprechenden Land verbuchten Gewinnen, sondern besteuert den Teil der globalen Gewinne, der dem lokalen Umsatzanteil entspricht. Vereinfacht gesprochen: Wenn Alphabet, Meta & Co 3 Prozent ihrer Einnahmen in Frankreich generieren, zahlen sie dort auch Steuern auf 3 Prozent ihres globalen Gewinns.

Ein großer Vorteil dieser Steuer: Weil sie anders funktioniert als die Unternehmenssteuer,

ist sie auch nicht an die komplizierten Regeln und Vereinbarungen des internationalen Unternehmenssteuersystems gebunden. Der Haken dabei: Die Digitalsteuer aus Frankreich führte zu Protesten der USA und handelspolitischen Sanktionen. Am Ende einigten sich die USA, Frankreich und eine Reihe weiterer Staaten darauf, die Steuer so lange weiter zu erheben, bis eine gerechtere Lösung im Rahmen des internationalen Unternehmenssteuersystems gefunden ist, und die gezahlten Steuern zu verrechnen, wenn tatsächlich durch die neue Regel zusätzliche Steuern vor Ort fällig werden. 2021 einigten sich 136 Steuergebiete unter dem Dach der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf eine solche internationale Lösung. Die ist allerdings vor allem bei der Umverteilung der Besteuerungsrechte wenig ambitioniert und ob sie tatsächlich kommt, ist auch ein Jahr später alles andere als sicher. Die Mineralölkonzerne sind von der Umverteilung bisher komplett ausgenommen.

Kriegsgewinne der Mineralölkonzerne sollten deshalb nach französischem Vorbild der Digitalkonzerne in Deutschland besteuert werden. Mittelfristig brauchen wir eine internationale Lösung. Diese müsste dafür sorgen, dass Übergewinne bei Krisen abgeschöpft und gerecht verteilt werden. Das sollte auch bei Konzernen greifen, die aufgrund ihrer Marktmacht dauerhaft Renditen erwirtschaften, die nicht dem unternehmerischen Risiko entsprechen.

Vermögen bedeutet Wohlstand sowie Sicherheit und erhöht sowohl Lebenschancen als auch die Lebensdauer. Hohe Vermögen und die Konzentration von Vermögen in kapitalistischen Großunternehmen vermitteln gesellschaftlichen Einfluss und politische Macht, die das demokratische Prinzip des »Ein Mensch – eine Stimme« untergräbt. Intensive Lobbyarbeit hat dafür gesorgt, dass das Steuersystem in den letzten drei Jahrzehnten in mehreren Schritten ungerechter geworden ist: angefangen von der Abschaffung der Börsenumsatzsteuer (1991) über die Aussetzung der Vermögensteuer (1997), die Abschaffung der Gewerbesteuer (1998), die Senkung der Unternehmensteuer (1998, 2001 und 2008), die Einführung einer pauschalen und einkommensunabhängigen Steuer auf Kapitalerträge (2008) sowie großzügige Befreiungen für große Unternehmensvermögen bei der Erbschaftsteuer (1992, 2008 und 2016), bis hin zur schrittweisen Senkung des Spitzensteuersatzes für Menschen mit sehr hohem Einkommen (2001-05). Für Immobilieninvestoren gibt es eine Reihe weiterer Privilegien, die teilweise bis 1935 zurückreichen.

Die Folge: Leistungslose Einkommen aus Erbschaften und Kapitalerträge werden oft geringer besteuert als Arbeit. Die Unternehmens-eigentümerin zahlt niedrigere Steuern als ihr Angestellter. Der Vermieter weniger als seine Mieterin. Der Anteil der Vermögensteuern an der Wirtschaftsleistung sank von rund 3,5 Prozent (1950) auf unter ein Prozent, weniger als die Hälfte des internationalen Durchschnitts. Und die Vermögensungleichheit ist gewachsen. Wie groß sie genau ist, lässt sich auch deswegen schwer sagen, weil die (Steuer-)Statistik seit der Aussetzung der Vermögensteuer 1997 keine ausreichend genauen Schlussfolgerungen über große Vermögen zulässt. Die anonyme Abgeltungssteuer sorgt zudem dafür, dass Kapitaleinkommen seit 2008 nicht mehr personenbezogen erfasst werden. Haushaltsbefragungen und Analysen schätzen den Vermögensanteil des oberen Prozents auf zwischen 27 und über 50 Prozent. Etwa 100 Milliardär:innen und deren Familienmitglieder besitzen 2022 nach Schätzung des »Managermagazins« zusammen rund 670 Milliarden Euro, also etwa 5 Prozent des Vermögens, und damit mehr als die 45 Millionen Erwachsenen mit dem geringsten Vermögen zusammen. Die ärmere Hälfte wohnt zur Miete und hat so gut wie kein Vermögen.

Die Streichung der in den letzten drei Jahrzehnten entstanden Steuerprivilegien für

hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften bringt Zusatzeinnahmen von etwa 80 Milliarden Euro pro Jahr. Daraus lässt sich die ökologische Transformation genauso finanzieren wie der soziale Ausgleich – ob über staatlichen Wohnungsbau und Daseinsvorsorge oder Steuerersenkungen für Menschen mit niedrigem Einkommen.

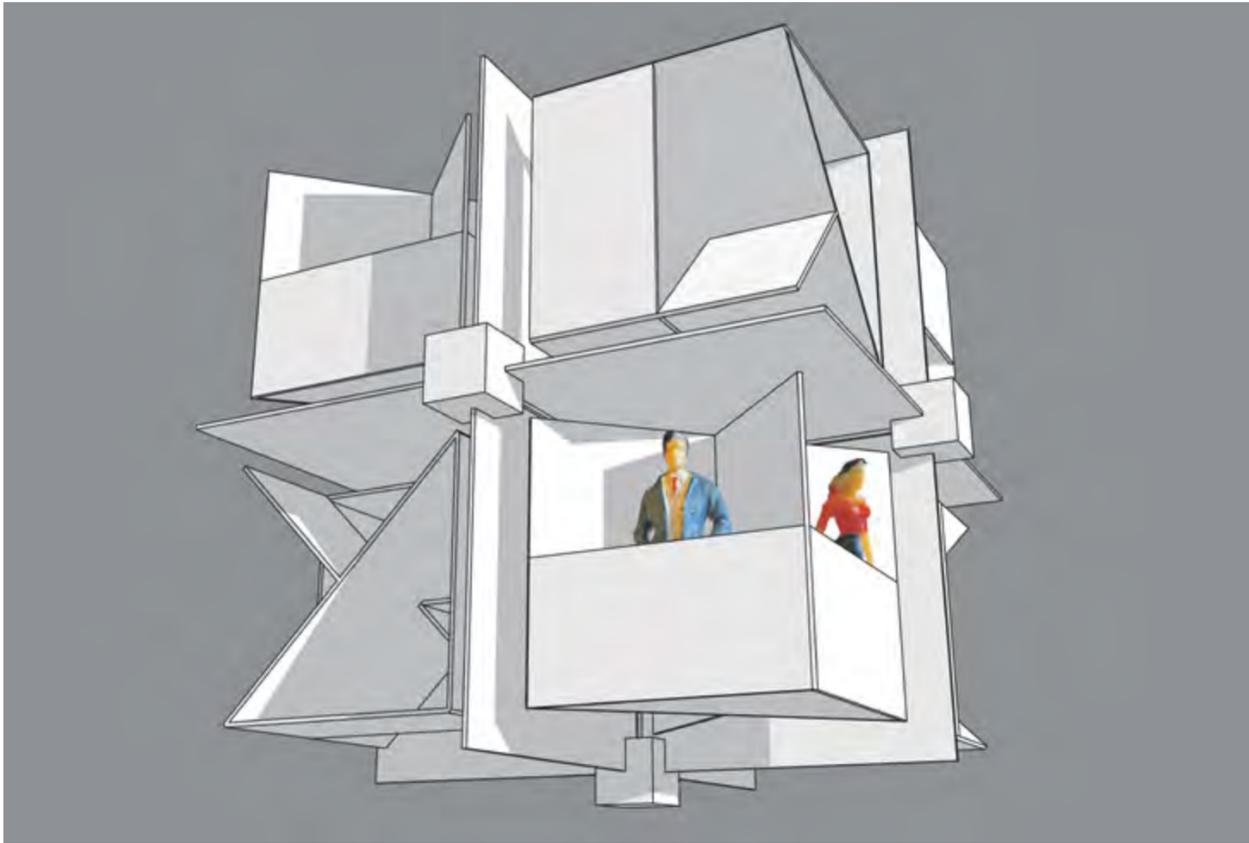
Falsche politische Prioritäten und der Sparzwang der letzten Jahrzehnte haben an vielen Stellen in der öffentlichen Verwaltung für Personalabbau und unbesetzte Stellen sowie einen Rückstau bei Digitalisierung und wichtigen Zukunftsinvestitionen gesorgt. Der demografische Wandel verschärft das Problem. Auch an den Steuerbehörden ist diese Entwicklung nicht spurlos vorübergegangen. Deutschlandweit gibt es etwa achtmal so viele Knöllchen verteilende Parkraumwächter wie Steuerfahnder, obwohl jede Fahnderin etwa eine Million Euro Zusatzeinnahmen generiert. 2015 ist die Zahl der Mitarbeiter:innen bei den Steuerbehörden zum ersten Mal unter 100.000 gesunken.

Die letzten Jahre haben aber gezeigt, wie wichtig gut ausgestattete und richtig fokussierte Steuerbehörden für eine gerechte Krisenbewältigung wären. Coronahilfen, die gezielt den Unternehmen, Selbstständigen und Menschen zugutekommen, die wirklich Hilfe brauchen, sind ohne Steuerbehörden nicht machbar. Die Aufklärung von Missbrauch bei den Hilfen belastet die Steuerfahnderinnen und Betriebsprüfer zusätzlich. Eine schnelle und gezielte Entlastung für die hohen Gas- und Strompreise scheitert aktuell auch daran, dass es keine staatliche Stelle mit den nötigen Daten und Mechanismen gibt. Und schließlich ist der CO<sub>2</sub>-Preis als einer der zentralen Bausteine für den Kampf gegen den Klimawandel selbst eine Steuer, funktioniert aber nur, wenn es einen passenden sozialen Ausgleich gibt. Ein Klimageld soll laut Koalitionsvertrag für mehr Klimagerechtigkeit sorgen. Das Jahressteuergesetz 2022 schafft jetzt zumindest die gesetzliche Voraussetzung für die Erfassung von Kontodaten durch das Bundeszentralamt für Steuern, benennt aber noch keine auszählende Stelle. Die Steuerbehörden der Länder kennen nicht nur die Kontodaten der meisten Bürger:innen bereits, sie wären auch in der Lage, ein sozial gestaffeltes Klimageld zu zahlen.

Steuerbehörden sollten daher personell und strukturell in die Lage versetzt werden, für eine gerechte Anwendung des Steuersystems zu sorgen und dabei sozialen Ausgleich zu steuern sowie Kriminalität zu bekämpfen. Angesichts des demografischen Wandels geht das nur mit mehr Digitalisierung und einem stärkeren Fokus auf die besonders risikoreichen, komplexen Steuerfälle.

Steuern sind ein seit Jahrhunderten gewachsenes Mittel für die demokratische Steuerung von gesellschaftlichem Wohlstand. Das deutsche Steuersystem ist 2019 hundert Jahre alt geworden. Der Versuch, den vielen sehr unterschiedlichen Lebensumständen und wirtschaftlichen Realitäten gerecht zu werden, macht es komplex und schwer überschaubar. Veränderungswünsche treffen auf heftigen Widerstand – schließlich geht es um sehr viel Geld und Macht. Die Lobbyfolge der letzten Jahrzehnte rund um die mehr oder weniger versteckten Steuerprivilegien sind auch deswegen entstanden, weil die meisten Bürger und Politiker:innen sich am liebsten möglichst wenig mit Steuern befassen wollen. Wir müssen also wieder mehr über Steuergerechtigkeit sprechen.

**Julia Jirmann** und **Christoph Trautvetter** arbeiten als Wissenschaftliche Referent:innen beim Netzwerk Steuergerechtigkeit. Dieses veröffentlicht seit 2021 das Jahrbuch Steuergerechtigkeit und einen monatlich erscheinenden Newsletter. Ziel ist, einen möglichst verständlichen und systematischen Überblick über die Gerechtigkeitslücken des deutschen Steuersystems und deren Entwicklung zu geben. [www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/](http://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/)



# Stellen wir uns mal vor ...

... das EU-Parlament verfügt über mehr demokratische Befugnisse und eine Mehrheit links von der Mitte

MERLE GRONEWEG

**H**annah verließ das Hotel in der Altstadt, 7:53 Uhr. Das Gepolter der Kinder war bereits hinter geschlossenen Schultoren verstummt; aus den Bäckereien kroch der Geruch von Croissants, jedes Mal gab sie nach. Sie kaute, spazierte den Quai des Bateliers entlang, die Schiffe im Blick – irgendwann der Arte-Hauptsitz, direkt am Fluss, deutsch-französische Freundschaft. Von hier war es nicht mehr weit: die Reihenhaussiedlung aus einer anderen Zeit und daneben dann das Parlament. Sie passierte die Security – die Journalist:innen standen bereits Schlange – und den Innenhof. Für den späten Nachmittag war eine Fotoaktion angekündigt. Hannah nahm den Fahrstuhl in den sechsten Stock. Im Büro angekommen, drückte sie zwei Knöpfe: Kaffee, Computer.

Es war Sitzungswoche und Montag, die Zahl der ungelesenen Emails belief sich auf 259. Sie klickte sich durch die Briefings, die ihre Kolleg:innen über den Parlamentsverteiler der Partei schickten: Zusammenfassungen der Gesetzesentwürfe, Änderungsanträge und Resolutionen, über die in dieser Woche abgestimmt würde. Hannahs Aufgabe war es, die Zusammenfassungen zusammenzufassen – zwei bis drei Stichpunkte in einer Mail an Sahar, dazu farblich markiert: »Vote: Yes«. Manchmal schmunzelte sie ob des Titels – die Suche nach prägnanten Abkürzungen zog sich auch durch diese Legislaturperiode. Ihr heutiger Liebling war das TAT-Paket: »Take A Train (TAT) verbietet alle Kurzstreckenflüge innerhalb der EU, deren Strecke innerhalb von zwölf Stunden mit dem Zug gefahren werden kann.« Der Vorschlag der EU-Kommission hatte lediglich vier Stunden vorgesehen, doch TRAN und ENVI, die parlamentarischen Ausschüsse für Transport- und Umwelt, stemmten sich dagegen.

Seitdem die progressiven Parteien die Mehrheit stellten, machte ihr die Arbeit mehr Spaß. Manchmal dachte sie an den Herbst 2022, als Sahar sie gerade erst eingestellt hatte. Ihre Vorgängerin hatte, wie so viele, inmitten der Legislaturperiode aus Erschöpfung gekündigt. In Brüssel herrschte Trübsal; die Haltung der Konservativen kam einer Arbeitsverweigerung gleich: Das ohnehin schon geringe Ambitionsniveau der Kommission sei zu bremsen, European Green Deal und Fit-for-55 zu begraben, die krisengeplagten Unternehmen dürften nicht weiter belastet werden. Auf der Start-

seite der »taz« zeigten Tabellen und Grafiken an, wie viele Menschen in Deutschland gerade in Armut lebten, auf Essensspenden angewiesen waren, ihre Wohnung nicht heizen konnten oder ohnehin kein Dach über dem Kopf hatten. Der Klimaticker, den inzwischen nicht nur die »Süddeutsche Zeitung« übernommen hatte, zählte nicht nur die Zeit herunter, die bis zum Aufbrauchen des CO<sub>2</sub>-Budgets blieb, sondern auch die Menschen, die täglich verhungerten oder aufgrund von Fluten, Waldbränden und anderen vermeintlichen Jahrhundertkatastrophen starben. Auf den Straßen war es ruhig. Das Potenzial für breite gesellschaftliche Mobilisierung – Gewerkschafterinnen, Klimabewegte, Rentnerinnen – schien in Anbetracht multipler Krisen groß, doch es blieb vor allem eins: unerfüllt. Erst 2023 konnten die Früchte der monatelangen Organisation an Arbeitsplätzen und den Tafeln geerntet werden. Eine Streikwelle, ironischerweise herübergeschwappt aus dem Brexit-Land, erfasste Kontinentaleuropa: »Genug ist genug!«

9:06 Uhr, eine Eilmeldung tickerte über Hannahs Bildschirm: »Rejoin-Kampagne beginnt mit Großdemonstration am Trafalgar Square«. Hannah teilte den Link in der Messenger-Gruppe des Social-Media-Teams und taggte Sahar: »Willst du kommentieren?« Sahar antwortete augenblicklich: »Ja!« Toms Vorschlag folgte innerhalb von drei Minuten, die Zeichenlänge passte: »2014, während meiner ersten Sitzung als Abgeordnete im @Europarl\_DE, saß ich neben einem britischen Kollegen. In meinem Herzen habe ich diesen Platz immer freigehalten. Selbstverständlich hat Großbritannien dazugehört, selbstverständlich kommen sie wieder! #Rejoin, dear friends!« Hannah schmunzelte; dann plopte Sahars Nachricht auf: »Top, danke!« Tom postete den Tweet; Hannah sah, wie die Likes eintrudelten. Und eine Nachricht von Sahar, direkt an sie: »Wie weit bist du mit der Rede?«

»Ich schicke dir den Entwurf in einer Stunde.«

»OK.«

Die Debatte war für Mittwochnachmittag angesetzt, der Titel des Gesetzespakets war furchterregend: »DeLiWa« (Decent Living Wages) verbot Nullstundenverträge und andere prekäre Arbeitsverhältnisse. Sahar war die Zweite auf der Redner:innenliste; sie hatte die Änderungsanträge für die Partei federführend verhandelt. Da sie außerdem die erste deutsche Abgeordnete sein würde, die zu dem Thema sprach, schienen ihr fünf Sekunden in

der Tagesschau sicher – und das, obwohl Xenia Karagiannis die Debatte persönlich eröffnen würde. Die Präsidentin des Parlaments – eine Griechin mit exzellenten Verbindungen zum Europäischen Gewerkschaftsbund – hatte den EU-Wahlkampf 2024 zur Überraschung sämtlicher Kommunikationsexperten mit ihrem Slogan »Prosperität, nicht Austerität« geprägt. Die Botschaft der Politikerin, die gerne mit knallrotem Lippenstift posierte, war klar: Umverteilung! Selbst die Schmierkampagne der Boulevardzeitungen konnte ihr nichts antun; im Gegenteil. Aus Aufmachern à la »Revolutionär und sexy: Wie gefährlich ist die Griechin?« bastelte ihr Kommunikationsteam amüsante Fotostories, in denen Xenia in Kill-Bill-Outfits Jagd auf Steuerschlupflöcher machte.

Hannah schmunzelte, als sie daran dachte, und blickte auf die Agenda für die Woche: Diverse Änderungsanträge, mit der die progressiven Parteien im Parlament die Gesetzesentwürfe der EU-Kommission verbesserten. Ein Highlight war das Zulassungsverbot für Strom aus nicht-erneuerbaren Energiequellen: IMCO, der Binnenmarktausschuss, zog das vorgesehene Datum der Kommission um zehn Jahre nach vorne, auf 2030; im Trilog würde man sich wahrscheinlich auf 2035 einigen. Aber auch diese Verhandlungen waren entspannter, seitdem sich die Kräfteverhältnisse im EU-Rat sukzessive verschoben hatten (die Wahlen 2023 in Estland, Griechenland und Polen, 2024 in Rumänien, 2025 in Deutschland waren als »europäischer Linksrutsch« in die Geschichte eingegangen). Bald würde der EU-Rat nicht der EU-Kommission, sondern dem Parlament das Mandat für die Ausarbeitung von Handelsabkommen erteilen – denn bisher hatten die Parlamentarier:innen lediglich über den von der Kommission ausgehandelten Vertragstext abstimmen dürfen, und im Januar 2025 konsequenterweise die Handelsabkommen mit Mercosur, Indien, Chile sowie Mexiko abgelehnt.

Hannah feilte an der Rede, es war 9:33 Uhr. So richtig zufrieden war sie mit dem Schluss nicht: »Heute gehen wir nicht nur einen Schritt, nein, wir machen einen gigantischen Sprung in die richtige Richtung! Wir haben gemeinsam dafür gekämpft: Im Betrieb, auf der Straße und wir im Parlament – für ein gemeinsames Europa, für ein Europa der Solidarität.« Sie schickte den Entwurf an Sahar.

Es klang ein wenig wie immer. Aber vielleicht stimmte es diesmal ein bisschen mehr.



## Könnte doch sein!

**E**in gewöhnlicher Tag im Frühling. Der Weg zur Bäckerei, die seit der Besetzung von einer Kooperative betrieben wird, ist wie immer ein Slalomlauf um Hundehaufen herum. Manche Dinge ändern sich eben nie. Vor der Bank an der Ecke campieren seit Tagen die »Gelangweilten Leistungsträger«, wie sich etwa 15 auf Campingstühlen sitzende Personen ganz unironisch nennen. Tatsächlich protestieren sie für ein Recht auf leistungslose Einkommen wie Mieteinnahmen und Dividenden. Ihre Krawatten sitzen gewohnt akkurat. Die Passant:innen schenken ihnen kaum Beachtung, außer dass ein paar pubertierende Jugendliche im Vorbeischlendern ab und an Sprüche klopfen. Ein paar Meter abseits steht ein junger Mann, der ebenfalls Krawatte trägt. Er wirft der Bank auf einem Schild Willkür vor. Trotz aller Sicherheiten habe sie ihm einen Kredit mit der Begründung verwehrt, den gesellschaftlichen Nutzen seiner Geschäftsidee nicht hinreichend dargelegt zu haben. Je höher dieser ausfalle, desto sicherer sei schließlich die Investition.

Die Zeitungen interessieren sich für andere Themen. Gestern zum Beispiel hat sich der Nachbarschaftsrat hinter dem Park mit einer der verbliebenen Einzelvermieterinnen geeinigt. Diese wird nun 80 Prozent der säumigen Mietzahlungen in ihrem Haus abschreiben. 20 Prozent erstattet ihr der Solidarfonds des Viertels. Die Einigung könnte wegweisend für ähnliche Streitfälle sein. Es ist die erwartbare Folge der ungenau formulierten Passage der Wohnraumregulierung zum Verbot von Zwangsräumungen, die nach Beendigung des Mietstreiks erlassen wurde. Kritiker:innen sehen sich darin bestätigt, dass die Ausnahmeregelungen für Einzelvermieter:innen keine praktikable Idee waren. So sei es erwiesenermaßen ein Fehler gewesen, sie von der Vergesellschaftung auszunehmen und lediglich die Miethöhen zu senken. Streitfälle wie dieser kämen aber wohl nur selten vor, wie eine kürzlich durchgeführte Umfrage unter Nachbarschaftsräten nahelegt. Die Schlange vor der Bäckerei ist heute kürzer als sonst. Die Lieblingsbrötchen sind gerade aus. Die sind aber auch zu gut. tl

# Ein Traum von einer Finanzpolitik

Was eine Regierung mit ihrem Geld Gutes bewirken könnte, wenn sie wollte und könnte

MAURICE HÖFGEN

**S**chlechte Nachrichten liest man genug. Das 9-Euro-Ticket ist nicht finanzierbar, an den Schulen fehlen Lehrer:innen, die Zahl der Arbeitslosen steigt, der Finanzminister will zurück zur Schuldenbremse. Man hat sich dran gewöhnt. Dabei könnte Politik mit Geld so viel Gutes anfangen. Wenn alte Dogmen aus den Köpfen fielen, das Finanzministerium nicht geführt würde wie die Vereinskasse eines Dorfkubs und lästige Schranken wie die Investitionsbremse – sorry, die Schuldenbremse – weg wären. Gönnten wir uns ein paar Zeilen Wunschdenken. Warum nicht?

Geld ist nicht knapp. Jeder Euro, den der Finanzminister ausgibt, ist ursprünglich auf Knopfdruck in Frankfurt entstanden. Vom Büro-Tower der Europäischen Zentralbank gelangt er über den Umweg von Geschäftsbanken und gegen den Verkauf von Staatsanleihen ins Finanzministerium. Ein weiter Weg, bis er für die wirklich wichtigen Dinge ausgegeben werden kann. Und schwer verständlich für die Wähler:innen, die gar nicht wissen, was in dem Finanzierungsnebel passiert. Man könnte auch eine Abkürzung nehmen. Wenn die Regierung Geld ausgeben will, füllt sie einfach im Online-Banking bei der Zentralbank das Überweisungsformular aus – und fertig. Ein Kontolimit gibt es nicht. Wenn es negativ wird, nicht schlimm!

Die Ausrede »Ist nicht finanzierbar« ist vom Tisch. Das braucht kein Politiker mehr den Wähler:innen zu verklickern. Aber natür-

lich sind nicht alle Wünsche erfüllbar. Schließlich sind Arbeitskräfte, Rohstoffe, Landflächen und so was begrenzt. Obendrein wollen wir noch Emissionen begrenzen, damit künftige Generationen keinen brennenden Planeten vererbt bekommen. Prioritäten braucht es also trotzdem. Statt »Können wir uns das leisten?« heißt die Frage jetzt: »Ist das der beste Einsatz unserer Ressourcen?«

Schaut man mit dieser Brille auf die deutsche Wirtschaft, merkt man: Wir verschwenden ganz schön viele Ressourcen – und sparen an den falschen Stellen. Ökologisch sowieso, aber auch ökonomisch. 2,4 Millionen Menschen suchen einen Job, aber finden keinen. Als hätten wir nicht genug zu tun. Was für eine Verschwendung von Talent und Arbeitskraft. Und das sind schon nur die geschönten Zahlen. Rund eine Million wird rausgerechnet, weil gerade krankgeschrieben, über 58 Jahre oder in Umschulungen. Mehr als drei Millionen sind unterbeschäftigt, arbeiten also weniger Stunden, als sie eigentlich wollten. Das sollte nicht sein.

Damit Jobs in der freien Wirtschaft entstehen, kann der Staat die Nachfrage ankurbeln. Mit Steuersenkungen oder eigenen Ausgaben. Alternativ kann er Jobs aber auch selber schaffen. Etwa mit einem Jobgarantie-Programm. Wer arbeiten will, aber nicht fündig wird, kann beim Staat gemeinnützige Arbeit finden – zugeschnitten auf die eigenen Stärken. Bei der Tafel helfen, als Schülerlotse für Sicherheit sorgen, Schul-AGs unterstützen, öffentliche Grünbeete bewirten, Feldwege ausbauen, Bäume pflanzen, Reparaturen erledigen, Baulücken bereinigen, Geflüchteten mit Sprach-

problemen im Alltag helfen und vieles mehr.

Nicht alle Arbeit, die in Deutschland erledigt wird, ist auch sinnvoll. Weil das Steuersystem so kompliziert ist, braucht es viel zu viele Beamte, Buchhalterinnen, Steuerberater und Rechtsanwältinnen. Weil der Finanzmarkt so groß ist, braucht er viel zu viele Vermögensverwalterinnen und Analysten. Weil 97 Krankenkassen gegenseitig um Kunden in der gesetzlichen Krankenversicherung konkurrieren, brauchen sie unnütz viele Marketingexperten:innen und Bürokaufleute. Weil Busfahren nur mit Ticket erlaubt ist, braucht der ÖPNV viel zu viele Kontrolleure, Ticketschalter, Servicemitarbeiterinnen. Überall ließe sich Arbeitskraft einsparen, die anderswo besser einzusetzen wäre.

Das Land braucht mehr Lehrerinnen, Pfleger, Handwerkerinnen, Busfahrer, Zugführerinnen, Feuerwehrkräfte, Forscherinnen, Ärzte und Ingenieurinnen. Um aus dem maroden Bildungssystem das Beste für die jungen Köpfe herauszuholen. Schließlich müssen sie im nächsten Jahrzehnt so produktiv sein, dass auch trotz alternder Gesellschaft und Millionen neuer Rentner:innen, die Wirtschaft alle gut versorgen kann. Auch bei der Rente ist Geld nicht das Problem, sondern ob mit weniger Malochern noch genug für alle produziert werden kann. Außerdem müssen wir Schienen verlegen, mehr Busse fahren, Windkraftanlagen bauen, Solarpaneele installieren, Gebäude energetisch sanieren, Wohnungen bauen, Pipelines für Wasserstoff verlegen, Strommasten aufstellen, Kranke verarzten, Alte pflegen, Impfstoffe entwickeln, Waldbrände löschen, Schutt nach Unwetterkatastrophen wegräu-

# Monopol- und Lobbymacht entflechten!

Bei einer Wiederbelebung der Antimonopolpolitik lässt sich an Ideen und Konzepte aus dem letzten Jahrhundert anknüpfen

MAX BANK UND TIMO LANGE

**E**in Grundprinzip der Demokratie ist es, die Bündelung von Macht in den Händen weniger zu verhindern, Macht möglichst zu verteilen. In der Politik spricht man von »Checks & Balances«, von Gewaltenteilung, Subsidiarität und breiter Partizipation. Doch zu große Machtkonzentration ist nicht nur in der Politik problematisch: Auch in der Wirtschaft, auf den Märkten, hat eine hohe Machtkonzentration negative Auswirkungen – um es gelinde zu formulieren. Und zwar nicht nur für die Märkte selbst, sondern auch für demokratische, gemeinwohlorientierte Politik.

Zu lange haben wir monopolartige Strukturen in zentralen Wirtschaftsbereichen zugelassen, die Kolonialisierung ganzer Lebensbereiche durch Konzerne befördert und unsere Gesellschaften abhängig gemacht. Konzentrierte Märkte schaffen konzentrierte politische Macht. Je größer die Konzerne, desto mehr Macht und finanzielle Mittel haben sie, die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen, demokratische Verfahren und Institutionen zu unterminieren.

Um die Lebensgrundlagen unseres Planeten für die Zukunft zu erhalten und eine gerechte Verteilung von Wohlstand in unseren Gesellschaften, aber auch global zu ermöglichen, müssen wir entscheidene Schritte gehen, kurz gesagt, die Macht der Konzerne entflechten. Es ist Zeit für eine Wirtschaftsordnung, die den Titel demokratisch verdient, eine Ordnung, in der die Ökonomie den Menschen dient und nicht andersherum.

Die Konzepte zur Vermeidung zu hoher Marktkonzentration sind nicht neu, wirken heute aber in Ohren vieler etwas verstaubt: Kartellrecht, Antimonopolpolitik. Spätestens seit der neoliberalen Wende Ende der siebziger Jahre wurden solche Instrumente politisch entkernt: Statt auf die negativen Auswirkungen dominanter Konzerne auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft insgesamt zu blicken, konzentrierte man sich vor allem auf Preisbildungsmechanismen und sogenannten fairen Wettbewerb.

Bei einer Wiederbelebung der Antimonopolpolitik lässt sich durchaus anknüpfen an Ideen und Konzepte aus dem letzten Jahrhundert. Antimonopolpolitik galt hierzulande einmal als Antwort auf den Faschismus. Das nationalsozialistische Herrschaftssystem und die spätere Kriegswirtschaft waren eng verbunden mit den seit dem Kaiserreich entstandenen Kartell- und Monopolstrukturen. Private Monopolmacht verband sich mit totalitärer politischer Macht – mit verheerenden Auswirkungen auf der ganzen Welt.

Walter Eucken formulierte als ordoliberaler Wirtschaftstheoretiker kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in seinen »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« antimonopolistische Ideen und stellte die Macht- und Demokratiefrage ins Zentrum. Die Alliierten, insbesondere die USA, drängten Westdeutschland zur Umsetzung dieser Ideen. Dies hatte Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur des westdeutschen Staates. Große deutsche Monopolkonzerne, wie die I.G. Farbenindustrie AG, wurden in Einzelunternehmen wie BASF, Bayer und Hoechst entflochten. Ein grundsätzliches Kartellverbot wurde zudem mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) 1957 festgeschrieben, es folgte die Gründung des Bundeskartellamts, das bis heute das Kartellverbot sicherstellen soll.

Zugleich wurde eine enge Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs nie aufgebrochen. Das

grundsätzliche Unbehagen an wirtschaftlichen Monopolstrukturen hat nachgelassen, die Antimonopolpolitik wurde entkernt. Im Gegenteil wurde auch in Deutschland wieder von »nationalen Champions« geträumt und wurden Strukturen aufgebaut und zugelassen, die Abhängigkeiten schufen: Die Verteidigung der Interessen der deutschen Autoindustrie in der EU kann als deutsche Staatsräson gelten, trotz Rechtsbruch durch VW & Co im Dieselskandal. Auch die Monopolstrukturen im Bereich der Gasindustrie wurden hingenommen, um an billiges Gas aus Russland zu kommen – trotz sicherheitspolitischer und – man könnte sagen – demokratiepolitischer Bedenken.

Was wir nun entschieden herbeiführen müssen, ist ein doppelter Strukturbruch, um das nachzuholen, was umfassender seit 1945 in Deutschland, in Europa hätte passieren sollen. Zum einen brauchen wir Maßnahmen für eine Entflechtung von Politik und Privatwirtschaft, die Transparenz und den gebotenen Abstand sicherstellen. Zum anderen eine dezentrierte Wirtschaft, die nicht mehr ganze Gesellschaften erpressen und mit in den Abgrund reißen kann. Statt einer mit Monopolinteressen konformen Demokratie brauchen wir eine demokratisch gesteuerte Wirtschaft und Gesellschaft. Wir müssen weg von »too big to fail« und hin zu »small is beautiful«.

Das ist keine kleine Aufgabe, aber mit dem entsprechenden politischen Rückenwind auch keine unrealistische. Die Antworten können dabei nicht für jeden Wirtschaftssektor und jedes Problem die gleichen sein. Im Kern geht es darum, die Möglichkeiten zu beschneiden, ökonomische Macht in politische Macht zu übersetzen, eine kritische Distanz zwischen Politik und Privatwirtschaft herzustellen und Verflechtungen und Verkrustungen personeller, finanzieller und struktureller Natur zu vermeiden.

Weniger Machtkonzentration in der Wirtschaft reduziert die Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit einseitiger Einflussnahme zu Lasten der Allgemeinheit, der Umwelt, des Gemeinwohls. Deshalb brauchen die Kartellbehörden in Europa Befugnisse, die ihnen erlauben, zu ausgeprägte Markt- und Machtkonzentration zu entflechten, auch unabhängig von »missbräuchlichem Verhalten« auf den Märkten, im Sinne zum Beispiel von Preisabsprachen.

Ein solches missbrauchsunabhängiges Entflechtungsinstrument würde dort ansetzen, wo die Konzentration bereits zu hoch ist. Auf der anderen Seite sollten Zusammenschlüsse, Fusionen von Unternehmen anders als heute bewertet werden. Ob sie erlaubt werden, richtete sich nicht nur nach Wettbewerbsgesichtspunkten, sondern blickte auf gesamtgesellschaftliche Auswirkungen. Der neue Grundsatz für dieses re-politisierte, verschärfte Kartellrecht lautet: Keine private Machtkonzentration zu lassen, die Politik und Gesellschaft erpressbar macht!

Doch eine kritische Distanz zwischen Politik und Privatwirtschaft braucht auch starke politische Institutionen und einen klaren Rahmen, der sicherstellt, dass politische Interessenvertretung transparent, demokratisch kontrolliert, ausgewogen und unter breiter Beteiligung stattfindet.

Interessenvertretung bleibt ein wichtiges Merkmal einer freiheitlichen, gerechten, demokratischen Ordnung, aber sie braucht Schranken und Regeln, um illegitime Einflussnahme und problematische Verflechtungen zu verhindern. Mit dem verpflichtenden Lobbyregister sind wir in Deutschland einen ersten Schritt auf diesem Weg gegangen, der nun weiterverfolgt werden muss. Das Lobbyregister muss verbessert werden, damit es wirklich

für alle sichtbar macht, wer in wessen Auftrag und mit welchen Mitteln Einfluss nimmt. Die Durchsetzung der Regeln braucht mehr Kompetenzen, Ressourcen, Durchgriffsrechte und Sanktionsmöglichkeiten aufseiten der Behörden. Wie Gesetze entstehen, müssen wir künftig anders gestalten. Eine legislative Fußspur, die sichtbar macht, wer wie an der Gesetzesentstehung beteiligt war, hilft dabei, einseitige Einflüsse zu verhindern, eine ausgewogene Beteiligung zu sichern.

Personelle und finanzielle Verflechtungen mit der Privatwirtschaft beeinträchtigen die Integrität der demokratischen Institutionen. Ob durch Wechsel von politischem Spitzenpersonal in lukrative Lobbyjobs, Nebentätigkeiten oder die immer noch unzureichende Transparenz bei der Finanzierung von Parteien und Wahlkämpfen, ein auf stärkere Distanz fokussierendes Regulierungsregime ist hier möglich und sendet zugleich das starke Signal: Unsere Demokratie ist nicht käuflich! Weder von Konzernen noch von autoritären Regierungen anderer Staaten.

Gelingt es uns, starke Transparenzregeln für den Lobbyismus und Schranken gegen den Einfluss des Geldes in der Politik allgemein durchzusetzen, wird es bedeutend einfacher, auch die Machtstrukturen in der Wirtschaft zu ändern.

Allein über strukturelle Anti-Monopol-Maßnahmen wie Entflechtung wird das Aufbrechen sektoraler Machtstrukturen aber nicht immer gelingen. Deshalb braucht es – wie etwa im Bereich der Digitalökonomie mit dem Digital Markets Act der EU (DMA) bereits geschehen – auch sektorspezifische Regulierungen. Ein Beispiel: Der DMA schreibt perspektivisch vor, Messengerdienste miteinander zu verknüpfen. Eine Textnachricht von Whatsapp auf Signal und umgekehrt wird damit möglich. Das bricht das Monopol von Whatsapp im Messengerbereich zugunsten datenschutzfreundlicherer Dienste auf. Damit wahrt ein Eingriff in den Digitalsektor die Entscheidungsfreiheit von Nutzer:innen. Wahlfreiheit wird durch Monopolmacht eingeschränkt. Dies aufzubrechen schafft der DMA mittels der sogenannten »Interoperabilität von Diensten«.

Gute Regeln dürfen nicht nur auf dem Papier gut sein. Sie müssen wirken und gegenüber machtvollen Wirtschaftsakteuren durchgesetzt werden. Dafür braucht die Politik die entsprechenden Ressourcen. Abgasnormen müssen kontrolliert, Datenschutz bei den Techkonzernen überprüft und Verstöße gegen Transparenzregeln geahndet werden. Kurzum: Gute Gesetze allein reichen dafür nicht. Klar muss sein: Demokratie und ihre Wehrhaftigkeit gegenüber illegitimer Einflussnahme kostet Geld. Sie sollte es uns wert sein. Denn nur so können wir eine Durchsetzung des Gemeinwohls erreichen.

Nach einer personellen Entflechtung von Wirtschaft und Politik, Entflechtung überbordender Machtstrukturen in der Wirtschaft und nach der Ausstattung von politischen Institutionen mit ausreichend Ressourcen zur Durchsetzung guter Gesetze kommen wir dem Ideal von demokratischer Teilhabe wieder nah. Demokratie ist immer in Bewegung. Wir müssen sie stets gegen einseitige Interessen verteidigen. Tun wir das und schaffen die institutionellen Voraussetzungen für eine Demokratie der vielen Stimmen, dann hat unsere Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft eine breitere, demokratische Basis. Es lohnt sich, für diese Zukunft zu streiten.

**Max Bank** und **Timo Lange** arbeiten für Lobbycontrol, einen gemeinnützigen Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt.

men und noch viel, viel mehr, um in Zukunft als Gesellschaft gut klarzukommen.

Für erstklassige Kitas, Schulen, Unis und Berufsschulen könnten Milliarden investiert werden. Für Gebäude, Ausrüstung und Personal. Ebenso für erneuerbare Energien. Für deren Produktion, Speicher und Verteilnetze. Gut fürs Klima und die Sicherheit. Um nicht mehr von Putins Pipelines abhängig zu sein.

Der Finanzminister gibt aber ja nicht nur Geld aus, er nimmt auch Geld ein. Mit dem schon erwähnten Steuersystem, das so kompliziert ist. Man könnte es nicht nur einfacher, sondern auch viel gerechter machen. Es gibt nämlich eine ganze Reihe kleiner Sondersteuern, die wenig bringen, aber viel Aufwand machen: Die Stromsteuer, die Lotteriesteuer, die Tabaksteuer, die Alkoholsteuer, die Schaumweinsteuer, die Hundesteuer, die Versicherungssteuer oder die Biersteuer. Sie haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind alle Verbrauchsteuern. Weil Menschen mit kleinem Einkommen einen größeren Anteil davon ausgeben, um den Alltag zu bewältigen, als jene mit großem Einkommen, schmerzen sie die Kassiererin, die Arbeitslose und den Postboten mehr als den Fußballprofi, die Bankmanagerin und den Zahnarzt. Die zahlen zwar in Euro gerechnet mehr für diese Steuern, weil sie auch mehr verbrauchen, aber bei dem großen Einkommen fällt das weniger ins Gewicht. Ebenso bei der Mehrwertsteuer. Würde man die unnützen Klein-Steuern streichen und viele Güter des Grundbedarfes von der Mehrwertsteuer befreien, bekämpfte man Bürokratie und täte kleinen Geldbeuteln etwas Gutes. Warum sollten Brot, Butter, Toilettenpapier, Bus- und Bahnfahrten mit der Mehrwertsteuer verteuert werden?

In Deutschland wird Arbeit außerdem so hoch, Vermögen wiederum so niedrig besteuert wie in kaum einem anderen Land. Auch das könnte man ändern. Etwa indem die ersten zwanzig- statt die ersten zehntausend Euro von der Einkommensteuer befreit werden und die Steuersätze nicht so schnell ansteigen wie heute. Dafür könnten Fußballprofis mehr Einkommensteuer zahlen, Erben ihren Gewinn im Geburtslotto angemessen versteuern und Milliardäre jedes Jahr Vermögensteuer zahlen. Damit nicht länger zwei Familien so reich sind wie die ärmeren 42 Millionen Deutschen.

Übrigens ginge es bei all den Vorschlägen der breiten Mehrheit der Gesellschaft besser und das entzöge rechten Populisten den Boden. All das zeigt, wie groß der Hebel im Finanzministerium ist. Christian Lindner versprach zu Beginn der Ampelkoalition, daraus ein Ermöglichungsministerium zu machen. Richtig so. Genau das könnte es sein. Nicht aber, wenn das Mantra »Geld ist knapp« und »Schulden sind böse« dominiert. Nicht, wenn der Minister sich an die Schuldenbremse klebt. Dann ist das Finanzministerium das Verhinderungsministerium. Und zwar für alle anderen wichtigen Ministerien und Aufgaben: gute Schulen, grüne Wirtschaft, putinfreie Energie. Dieses Land könnte so viel mehr, als die Ideologie der Schuldenbremse es zulässt.

**Maurice Höfgen** ist Ökonom, Autor und arbeitet als Referent für Finanzpolitik im Deutschen Bundestag.



# Ist das Metaverse noch zu retten?

Nur wenn es reguliert wird, ist die Gefahr einer Geldmaschine aus der Hölle gebannt

COLUMBA KRIEG

Wenn wir die Gestaltung neuer Online-Welten Meta, Apple und Co überlassen, können wir davon ausgehen, dass sie unangenehme, der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfenen Formen annehmen werden. Die fortschreitende Integration virtueller Räume wird kaum aufzuhalten sein, aber mit vernünftiger Regulierung kann das Metaverse auch gute Seiten haben.

Vor Kurzem kündigte Mark Zuckerberg das neueste Feature für sein Metaverse an: Beine. In einem Werbeclip springt ein Zuckerberg-Avatar in die Höhe, während gegenüber eine andere Figur in die Luft tritt und auf computergenerierten Rängen (beinlose) Avatare jubeln. Später kam heraus: Bei dem Clip handelt es sich gar nicht um Aufnahmen aus dem Metaverse, sondern um mittels Bewegungssensoren generierte Animationen. Meta erntete viel Spott.

Das Metaverse wird in Kommentarspalten und tech-kritischen Blogs nicht sonderlich ernst genommen – oft zu Recht, angesichts Zuckerbergs verkrampter Versuche, die riesigen Summen, die in dem Projekt verschwinden, mit halb ausgegorenen Fortschritten zu rechtfertigen. Trotzdem kann aus dem Metaverse noch etwas werden. Und wenn es nach Tech-Giganten wie Meta geht, soll die neueste Version digitaler Kommunikation den Siegeszug der Kommerzialisierung fortsetzen.

Seinen Advokat:innen zufolge handelt es sich beim Metaverse um die Zukunft des Internets. Es ist eine virtuelle Welt, in der sich Nutzer:innen als Avatare bewegen, mit anderen austauschen und gemeinsam gestalten können. Meist, indem sie ein Headset aufsetzen, das die Illusion einer begehbaren Welt erzeugt. Das World Wide Web soll so nicht mehr über zweidimensionale Oberflächen in Browsern und Tabs navigiert, sondern als dreidimensionaler Raum betreten werden. Diese immersive Nutzung soll neue Möglichkeiten der Kommunikation, des Arbeitens und Zusammenlebens schaffen und dabei neue Produktlinien und Werbemöglichkeiten für seine Betreiber eröffnen.

An vorderster Front ist es Meta, der Facebook-Dachkonzern, der sich der Realisierung verschrieben hat. Aber auch andere große Tech-Unternehmen wollen einen Platz am virtuellen Tisch. Microsoft gab bekannt, mit Meta zu kooperieren und hat den Kauf der Videospieleplattform Activision Blizzard als Schritt Richtung Metaverse kommuniziert. Auch die chinesischen Tech-Giganten Bytedance und Tencent sind im Rennen und daneben gibt es dezentrale Projekte wie Decentraland und Sandbox. Sie alle versprechen sich neue Profitmöglichkeiten und Macht. Das Interesse der Tech-Konzerne lässt sich mit der Krise von Social Media erklären: Besonders Facebook und Instagram kommen durch weniger Wachstum und sinkende Werbeeinnahmen zunehmend in Bedrängnis. Da Meta kaum mehr einfällt, als den gewinnenden Konkurrenten Tiktok und seine Videoformate (mäßig erfolgreich) zu kopieren, bleibt Zuckerberg nur die Flucht nach vorn. Das Ziel von Meta ist es daher, die Infrastruktur zu einer neuen Version des Internets frühzeitig unter Kontrolle zu bringen und eine Hegemonie zu schaffen, in der sich wieder leichter Geld machen lässt.

Bisher mag das Metaverse vor allem ein Loch sein, in dem Zuckerberg Geld versenkt, aber Headsets und Technologien verbessern sich, sie werden günstiger und zugänglicher. Und schon heute sind Videospiele, die virtuell begehbare Welten anbieten, unter den erfolgreichsten, siehe Minecraft, Fortnite oder Animal Crossing.

In dem Metaverse, das einige Konzerne mit Klauen und Zähnen versuchen durchzusetzen, drohen fatale Tendenzen des heutigen Internets verstärkt zu werden. Zum einen wäre da die Überwachung. Im Plattform-orientierten Web haben sich Alphabet, Meta und Co umfassende Möglichkeiten geschaffen, Nutzer:innen auszuforschen und Werbung gewinnbringend auf sie zuzuschneiden. Mit der Verbreitung von Headsets und der Aufnahme von Augenbewegung und Mimik, die Schlüsse auf Emotionen zulassen, werden sich Möglichkeiten der Erforschung von Kund:innenverhalten vervielfachen. Damit einher gehen überzeugende Verkaufsstrategien, die über intime Ansprache zwischen Avataren funktionieren. Ähnliches gilt für finanziellen Betrug und Catfishing.

Schon jetzt gibt es Berichte von Horizon Worlds, Metas erstem Metaverse-Gehversuch, dass Frauen von anderen Avataren begrabscht wurden. Meta hat technische Lösungen vorgestellt. Trotzdem sind Belästigung, Rassismus und andere Diskriminierung dort ein großes Problem – durch das realere Erleben können Übergriffe besonders traumatisch empfunden werden.

Zu guter Letzt sieht es im Moment aus, als könne es im Metaverse zu einer Verstärkung von Ungleichheit durch Monetarisierung und Privatisierung des digitalen Raums kommen. Abgesehen davon, dass sich nicht alle ein Headset leisten können, können »Immobilien«-Preise zum Problem werden. In der virtuellen Welt Sandbox wurde zuletzt ein Stück »Land« für eine Rekordsumme von 3,7 Millionen Euro verkauft. Der Fantasie ist bei gesellschaftlich negativen Auswirkungen des Metaverse also kaum Grenzen gesetzt.

Um nicht zu einer Geldmaschine aus der Hölle zu werden, muss das Metaverse in erster Linie reguliert werden. Monopolisierung ist auch im konventionellen Internet ein Problem, gegen das unter anderem die EU schon vorzugehen versucht. Hier müssen die bestehenden Regeln, zum Beispiel gegen feindliche Übernahmen, die Konkurrenz im Keim ersticken sollen, strenger eingesetzt werden. Dazu sollte es mehrere Metaverse-Hosts geben, die interoperabel sind, um Machtkonzentration zu vermeiden. Der Schutz von Privatsphäre und Transparenz ist ein ähnlich großer Bereich, in dem Regulierung nötig ist. Hier muss das Anlegen von Profilen mit Nutzer:innendaten verboten werden, denn diese Profile bieten ein hohes Risiko für extrem zielgenaues Beeinflussen durch Werbung oder mit politischen Motiven. Daten sollten, wo möglich, nur in Echtzeit gespeichert werden dürfen, um Missbrauch zu vermeiden.

Die Frage lautet: Wie wird Nutzer:innenverhalten im Metaverse kontrolliert? Die Social-Media-Plattformen haben bisher noch keine überzeugenden Lösungen vorbringen können, wie Diskriminierung und Hassrede vermieden werden können. Zumindest muss im Metaverse der Digital Services Act gelten, der EU-weit 2023 in Kraft tritt, und es muss die Wirksamkeit solcher Gesetze verbessert wer-

den. Zuletzt: Virtuelle »Grundstücke« oder die Möglichkeit, kreativ tätig zu werden, sollten im Metaverse nicht an Eigentum oder Mieten geknüpft sein. Jede:r sollte im Metaverse bauen und basteln können, wie sie oder er möchte.

Wenn ein solides regulatorisches Fundament gegeben wäre, das neben den genannten Aspekten auch Schutz vor Betrug und Finanzkriminalität enthalten müsste, könnten sich im Metaverse Freiräume und emanzipatorische Möglichkeiten bieten. Politische Aktivitäten und internationale Organisation wie Gewerkschaftsnetzwerke könnten dort stattfinden. Linke Kongresse und Workshops ließen sich veranstalten und Menschen abseits der Großstädte die Teilnahme ermöglichen. Internationale Proteste könnten größere Sichtbarkeit und Gestaltungsfreiraum erlangen. Das Metaverse kann auch ein Werkzeug für Deradikalisierung oder Politisierung werden – durch persönliche, aber anonyme Ansprache lassen sich ernste Gespräche einfacher führen als anderswo. Die Krönung wäre natürlich eine Vergesellschaftung des Metaverse, aber solange die ausbleibt, gilt es, Freiräume, soweit möglich, zu schaffen und zu nutzen.

Vielleicht wird das Metaverse nie ein Massenphänomen. Aber so, wie das Internet ist, wird es nicht bleiben. Es muss sich besonders mit Blick auf die Krise des Plattforminternets weiterentwickeln. Darum müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie die Zukunft des Internets auch innerhalb der Schranken kapitalistischer Verwertungslogik eine soziale und nachhaltige werden kann. Technologie ist nicht, wie oft verbreitet, neutral. Bei ihrer politischen und gesellschaftlichen Wirkung kommt es nicht allein auf die Nutzer:innen an, sondern darauf, wie sie gebaut und welchen Regeln sie unterworfen ist. Darum reicht es bei aller Technologiekritik nicht aus, zu hoffen, dass das Metaverse keine Verbreitung finden wird. Wir müssen es aktiv mitgestalten, um das Schlimmste zu verhindern.

**Columba Krieg** hat Global Political Economy studiert und zeitweise im Arbeitsbereich Internationale Politische Ökonomie an der FU Berlin gearbeitet.

# Die Aneignung des Gesundheitssystems

Unter dem Druck der Ökonomisierung verlässt sich Krankenhausplanung auf ambulante Versorgung, die hierzulande bisher nicht existiert. Das könnte sich als Chance erweisen

NADJA RAKOWITZ UND  
KATHARINA SCHWABEDISSEN

Mit Beginn der Coronapandemie 2020 war die Zahl der Intensivbetten plötzlich ein Thema von allgemeinem Interesse. Vielen wurde klar, was Krankenhausbeschäftigte schon lange aus leidvoller Erfahrung wissen: Das Gesundheitswesen, mit dem im reichen Deutschland viele Konzerne Riesenprofite machen, ist gleichzeitig ein System des Mangels, von dem jede und jeder vielleicht schon morgen betroffen ist. Das System der Fallpauschalen, auch in dieser Zeitung schon ausführlich beschrieben und kritisiert, hat zu einem Paradigmenwechsel in der Versorgungslogik geführt. Statt um bestmögliche Versorgung der Bevölkerung geht es zunehmend um Kostendämpfung, auch in der Krankenhausbedarfsplanung der Bundesländer.

Seit 1991 wurden etwa 600 von 2.100 Krankenhäusern und 150.000 von 600.000 Klinikbetten abgebaut. Aktuell geht es darum, weitere Betten zu streichen – durch Krankenhaus- und Bettenschließungen, Leistungseinschränkungen, Zentralisierung und Ambulantisierung. Das allerdings steht der Profitlogik des Fallpauschalen-Systems entgegen, das für Kliniken Anreize bietet, lukrative Leistungen auszuweiten, um mehr Einnahmen zu generieren. Die politische Antwort auf diesen Widerspruch zwischen zwei unterschiedlichen Wegen der Profitsteigerung zulasten von Menschen ist aktuell, die Krankenhausplanung zur Begrenzungen von Behandlungen (Fallzahlen) im Sinne einer »Marktberingung« zu nutzen, wie sich aktuell in NRW beobachten lässt.

Krankenhausträger und Krankenkassen verhandeln bis ins Frühjahr 2023 hinter verschlossenen Türen auf der Grundlage von Leistungsgruppen und Leistungsbereichen darüber, welche Fachgebiete in welchen Kliniken weiterhin angeboten werden. Die Grundlage der Verhandlungen sind nicht die realen und prognostizierten Bedarfe der Menschen in den Versorgungsgebieten, sondern Durchschnittswerte der Vergangenheit und statistische Potenziale ambulanter Versorgung und verkürzter Verweildauer. Was so harmlos klingt, bedeutet konkret: Die Fallzahlen werden jetzt festgelegt und nicht mehr angepasst. Wenn ein Krankenhaus mehr Patient:innen behandelt, als ihm nach Leistungsbereich und Leistungsgruppe zusteht, kann es laut Paragraph 16 und 17 des Krankenhausgestaltungsgesetzes NRW »ganz oder teilweise aus dem Krankenhausplan herausgenommen werden«. Auf dem Spiel steht in NRW also zunächst weniger die Existenz kleinerer und mittlerer Krankenhäuser als vielmehr die Bereitstellung von Betten, vor allem auch in Bereichen, die wenig lukrativ für die Einnahmenseite von Kliniken sind. Das macht sich bereits jetzt mit der Schließung von Kreißsälen, gynäkologischen Abteilungen, internistischen und kinderheilkundlichen Stationen bemerkbar: Geburten und chronisch Kranke sind für ein durchökonomisiertes Krankenhauswesen schlicht zu teuer.

Doch in der Logik der anstehenden Krankenhausplanung gibt es auch einen Ansatzpunkt für Veränderungen hin zu einem Gesundheitssystem, das seinen Namen wieder verdient hätte, nämlich die Ausweitung des ambulanten Sektors. Fast ein Viertel der Leistungen soll dorthin verschoben werden, Menschen, die heute noch die Notaufnahme ansteuern oder für kleinere Eingriffe ins Krankenhaus gehen, sollen in ambulanten Strukturen versorgt werden können. Diese Strukturen allerdings existieren hierzulande bislang nicht. In Skandinavien dagegen gibt es zahlreiche Beispiele, die

sich bewährt haben. In allen skandinavischen Ländern gibt es Strukturen der Erstversorgung und ambulante Angebote, die stadtteilnah und interdisziplinär aufgestellt sind. Medizinische Zentren schließen dort nicht abends und am Wochenende, sondern stellen eine lückenlose Versorgung sicher, die überall innerhalb kürzester Zeit erreicht werden kann. Das funktioniert dort, weil das Gesundheitswesen nicht – wie in Deutschland – zersplittert ist in unterschiedliche Trägerschaften (von denen ein großer Teil inzwischen kapitalistische Konzerne sind), sondern stattdessen staatlich organisiert ist.

Nehmen wir die laut Krankenhausplanung notwendige und geplante Ausweitung des ambulanten Sektors ernst, würde das für Deutschland dessen grundsätzlichen und wünschenswerten Umbau in ein Primärversorgungssystem bedeuten. Ambulante Dienste, die schon heute eine Vielzahl von Menschen versorgen, könnten an diese Versorgungszentren angeschlossen werden und die zahllosen privaten, kleinen ambulanten Pflegedienste ersetzen. Damit wäre hochwertige, nachhaltige und kontinuierliche Versorgung von alten und kranken Menschen nicht garantiert, würde aber wahrscheinlicher. Doch in Deutschland steht auch in den ambulanten Pflegediensten überwiegend der Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt. Das zeigt sich nicht nur an der Versorgungsqualität, sondern auch an den Löhnen und der Arbeitsbelastung der Beschäftigten. In einem Primärversorgungssystem müssten auch diese anders organisiert, entprivatisiert werden, wie das beispielsweise in Dänemark der Fall ist.

Die Landeskrankenhausplanungen laden uns also auch dazu ein, gemeinsam in unseren Stadtteilen Lösungen zu finden. Hausärzt:innen, Hebammen, Apotheker:innen, kommunale Pflegedienste, Patient:innenselbsthilfeorganisationen, Altenhilfeeinrichtungen und letztlich alle Menschen, die dort leben, sind dabei Bündnispartner:innen, die das nötige Wissen besitzen, um eine umfassende Versorgung von uns allen dort sicherzustellen, wo wir leben. Was klingt wie ein Tropfen, der auf einem heißen Stein verdampft, kann der Einstieg in die Wiederaneignung gesundheitlicher Versorgung vor Ort sein. Die Idee knüpft dort an, wo alle Menschen ein gemeinsames Interesse verbindet: vertraute Strukturen zu finden, die dann Sicherheit, Geborgenheit und Kompetenz garantieren, wenn die Welt ins Wanken gerät, weil man Hilfe braucht.

Die Basis für Alternativen ist da. Nicht nur in Krankenhäusern gibt es fortschrittliche politische Bewegungen der Beschäftigten, sondern auch im ambulanten Sektor. Ausgehend von Basisinitiativen aus Stadtteil- und Gesundheitsaktivist:innen sind seit 2011 bundesweit Initiativen zur Gründung von Stadtteilgesundheitszentren in verarmten Stadtteilen wie zum Beispiel Neukölln in Berlin oder auf der Veddel in Hamburg entstanden. Multiprofessionelle Sozial- und Gesundheitszentren soll es geben, die stadtteilorientiert und gesundheitsfördernd arbeiten. Sie werden im engen Austausch mit den Nutzer:innen entwickelt – denn auch diese sind Expert:innen, wenn es um ihre Gesundheit geht. Die bisher nur punktuell vorhandene Vernetzung zwischen sozialen und gesundheitlichen Versorgungsstrukturen in einem Ort sollen verbunden, verhältnispräventive und gesundheitsförderliche Ansätze gestärkt und damit langfristig gesundheitliche und soziale Ungleichheiten verringert werden. Zehn dieser Initiativen in unterschiedlicher Organisationsform gibt es aktuell. Sie vernetzen sich im »Poliklinik-Syndikat«. Gemeinsame politische Ziele werden über die Gesundheitspolitik im engeren Sinne hinaus ent-

wickelt und nach außen getragen. Gesundheit wird als Schnittpunkt sozialer Kämpfe gesehen. Das Bewusstsein, dass die forcierte Ökonomisierung die Versorgung von Menschen gefährdet, wächst nicht nur, es führt auch dazu, dass Alternativen konkret und damit erlebbar werden.

Was immer in den kommenden Monaten und Jahren passieren wird, ein Thema wird im Vordergrund stehen und Grundlage für jede Veränderung bleiben: die Berufsfucht von Fachkräften in breiten Bereichen des Gesundheitssystems. Die Idee, dass die Schließung von Betten und Krankenhäusern bei einem Ausbau der ambulanten Pflege und einer Reduzierung der Verweildauer das Problem fehlender Fachkräfte löst, ist naiv. Wandert Versorgung aus dem Krankenhaus in den ambulanten Bereich, wandern die Fachkräfte mit. Steigt mit sinkenden Liegezeiten die Arbeitsdichte, werden weitere Fachkräfte ihren Beruf verlassen. Auch hier lohnt ein Blick nach Skandinavien: Gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung führen dazu, dass Fachkräfte bleiben und mehr werden. In Deutschland führen seit 2014 Belegschaften Arbeitskämpfe für eine Personalbemessung, die dazu führen soll, dass Beschäftigte nicht weiter krank werden, wenn sie Kranke versorgen, weil das Personal für eine zeitgemäße Versorgung nicht da ist. Zuletzt startete die Gewerkschaft Verdi in den sechs Unikliniken in NRW den »Notruf NRW«. Ein Hundert-Tage-Ultimatum an die Arbeitgeber und die Landesregierung und elf Wochen Streik waren nötig, um zu erkämpfen, was in einem der reichsten Länder der Welt eigentlich selbstverständlich sein sollte: ausreichend Personal, um gute Arbeit zu leisten, ohne dabei krank zu werden. Das Ergebnis ist ein Tarifvertrag Entlastung, der zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt und viele neue, aktive Gewerkschafter:innen, die nach elf Wochen gemeinsamem Streik zusammengewachsen sind und erlebt haben, welche Kraft entsteht, wenn Menschen solidarisch für ihre Interessen aufstehen und kämpfen. Im Widerstand gegen Ökonomisierung von Therapie und Versorgung liegt also Potenzial, dem kapitalistischen Credo, den Profit in den Mittelpunkt zu stellen und nicht den Menschen, den Boden unter den Füßen zu entziehen und damit das Gesundheitssystem vom Kopf auf die Füße zu stellen.

**Nadja Rakowitz** ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als Geschäftsführerin beim Verein demokratischer Ärzt\*innen (VdÄÄ).

**Katharina Schwabedissen** ist Gewerkschaftssekretärin im Verdi-Bezirk Ruhr-West, Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft. Beide engagieren sich in der Krankenhausbewegung.

## Zum Weiterlesen:

Nadja Rakowitz: Demokratisierung des Gesundheitswesens, in: Dorothee Rodenhäuser, Hannes Vetter, Benjamin Held, Hans Diefenbacher (Hg.): Soziale Sicherungssysteme im Umbruch. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation, Marburg 2021, S. 161-191.

Thomas Böhm: Krankenhausplanung in Deutschland. Krankenhausgesetze und Krankenhauspläne der Bundesländer – ein kritischer Überblick, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin April 2022, <https://www.rosalux.de/publikation/id/46337/krankenhausplanung-in-deutschland>

<https://www.poliklinik-syndikat.org/> (Stand 13. 11. 2022)

<https://notruf-entlastungnrw.de/> (Stand 13. 11. 2022)



## Revolution Konversion

**S**tädte – so dörflich oder mega sie auch sein mögen – formen unser soziales Zusammenleben überall auf der Welt. In ihnen zeigt sich die Hierarchie der Klassen in Raum, Ästhetik und Mobilität. Gestalten wir diesen öffentlichen Raum um, erschaffen wir neue Beziehungen und brechen möglicherweise gar mit alten Strukturen. Dahingehend ist Stadtplanung Gesellschaftsgestaltung. Besonders umfassend und grundlegend kann diese Politik handeln, wenn physisch wenig da ist. Brachflächen sind zwar oft – besonders in Großstädten – nicht unbewohnt, doch ist es einfacher, aufzubauen, ohne einreißen zu müssen.

Die Wiedereingliederung von militärischen Liegenschaften in den Wirtschaftskreislauf nennt sich Konversion. Mittlerweile findet der Begriff auch bei anderen Entwicklungsflächen Anwendung – oder gar im Umbau ganzer Industrien. Dann steht die Inwertsetzung im Vordergrund. In Räumen der Innenstadt heißt das vor allem: Bauen, bauen, bauen. Und das meist am besten so hoch, wie es geht. Die nicht enden wollende Nachfrage nach Fläche in den Metropolen lässt wenig Spielraum für alternative Nutzung von Brachflächen.

Dabei muss man nur Prioritäten setzen. Brauchen Amazon und Co wirklich riesige Tower mitten in der Innenstadt? Liegt die Zukunft nicht eher in gemeinschaftlich genutzten Flächen? Gegen die Privatisierung von öffentlichem Raum hilft nur eine Konversion, die revolutionär ist. Revolutionär in dem Sinne, dass sie nicht Konzerninteressen die Stadt überlässt, sondern den Raum allen widmet. Sie sei »der am gesellschaftlich und ökologisch Sinnvollen orientierte Umbau der Produktion«, schreibt der Gesprächskreis »Zukunft Auto Umwelt Mobilität« der Rosa-Luxemburg-Stiftung in einer Stellungnahme. Eine solche Konversion würde wieder die Ursprünge des Begriffs in der militärischen Umnutzung bedienen: Flächen weg vom kriegerischen Kapitalismus, hin zur zivilen Nutzung im sozialen Interesse! pb

# Kann es kommunistische Flugtaxis geben?

Auf dem Weg zur Mobilität der Zukunft werden viele verrückte Ideen geboren

JOHN MALAMATINAS

**D**as Jahr 1873 war ein düsteres Jahr für Großbritannien. Wissenschaftler sagten das Schlimmste voraus: Wenn der Verkehrsbedarf weiterhin so rasant ansteigen würde, wäre das ganze Land bald mit Pferdemit bedeckt. Die düsteren Vorhersagen über die Zukunft des Verkehrs, so begründet sie auch sein mögen, sind so nie eingetreten (sondern eher noch viel schlimmer!). Der Grund dafür ist ganz einfach: Die Experten zogen ihre Schlussfolgerungen auf der Grundlage einer linearen Projektion der damals verfügbaren Daten und ignorierten dabei die eindeutig nicht lineare Entwicklung der Technologie. Der Deus ex Machina in Form des Autos und der U-Bahn rettete nicht nur die Königin und ihre Untertanen, sondern prägte zu Beginn des 20. Jahrhunderts alle modernen Megastädte entscheidend mit und trug zur Nivellierung der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen ganzer Jahrzehnte bei.

Im Manifest der futuristischen Bewegung von 1909 wird die Geschwindigkeit als höchstes Ideal der Moderne gepriesen: »Wir erklären, daß sich die Herrlichkeit der Welt um eine neue Schönheit bereichert hat: die Schönheit der Geschwindigkeit. Ein Rennwagen, dessen Karosserie große Rohre schmücken, die Schlangen mit explosivem Atem gleichen [...], ein aufheulendes Auto, das auf Kartätschen zu laufen scheint, ist schöner als die Nike von Samothrake. Wir wollen den Mann besingen, der das Steuer hält, dessen Idealachse die Erde durchquert, die selbst auf ihrer Bahn dahinjagt.« Der Autor dieses testosterongeladenen Texts war kein anderer als Filippo Tommaso Marinetti – Begründer des Futurismus und ganz bald Anhänger des Faschismus und des italienischen Führers Benito Mussolini. Der Faschismus hat bekannterweise verloren – aber das Anpreisen einer männlich dominierten Technologie ist der Gesellschaft erhalten geblieben.

Auch wenn es wahr ist, dass sich technologischer Fortschritt nicht linear entwickelt, heißt es nicht, dass in einem gewissen Bereich nicht

eine Epoche der Stagnation eintreten kann. In den letzten Jahrzehnten hat sich in der Gesellschaft viel getan – vor allem dank des Internets. In einem aber bleibt die Entwicklung stockend, sogar für kapitalistische Standards: Mobilität. Obwohl es immer schnellere, coolere und mittlerweile elektrische Autos gibt, hat sich am Prinzip der Mobilität und Verkehrsinfrastruktur nicht viel geändert. Es ist eine individualistische Angelegenheit und sie bestimmt, wie das Verkehrsnetz auszusehen hat. Sogar die zahlreichen Sharing-Angebote agieren innerhalb des gleichen Musters: Wer Geld hat, kann für sich ein Auto, Scooter oder Fahrrad mieten. Auch ästhetisch hat sich nichts groß verändert: Autos und Flugzeuge haben ihre grundsätzliche Form beibehalten. Kein Wunder also, dass es noch keine fliegenden Autos gibt, wie es schon seit der Erfindung der Science-Fiction propagiert wird.

Nach der Finanzkrise von 2008 wurde das Silicon Valley als Motor des Wirtschaftswachstums gefeiert. Dazu gehörte auch, dass man seine Schlüsselfiguren aufwertete und sich in seine großen Pläne zur Umgestaltung der Welt einkaufte – ganz gleich, wie schlecht sie durchdacht waren. Der Transportsektor wurde als reif für eine Umwälzung angesehen. Elon Musk zierte die Titelseiten der großen Magazine und wurde wiederholt als der Unternehmer vorgestellt, der mit seinen sexy Elektro-Sportwagen »den Planeten retten« würde, bevor er Züge in Vakuumröhren (Hyperloop) und ein groß angelegtes Tunnelsystem zur Lösung von Verkehrsstaus versprach. Aber er war laut dem Autor Paris Marx (»Straße ins Nichts«) nicht der Einzige mit großen Plänen für die Mobilität. Der Mitbegründer von Uber, Travis Kalanick, hatte einen messbaren Einfluss auf die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, als er einen Taxidienst einführte, der über ein Smartphone gerufen wird, und nutzte diesen Erfolg, um größere Visionen zu entwickeln, in denen Fahrer automatisiert werden und fliegende Autos endlich Realität werden. Auch Google behauptet, dass sich die Städte durch autonom fahrende Gondeln völlig verändern würden.

Es hat sich aber bisher gezeigt, dass die Führungsfiguren des Tech-Sektors gar nicht vor-

haben, die Mobilität grundlegend zu transformieren: Unter dem Prinzip »Der Kunde ist König« und »Hoch das Individuum!« ist es ein Wiederauflegen der gleichen Platte. Tesla arbeitet weiterhin daran, die Welt mit E-Autos zu füllen, und Google wie auch andere große Firmen beißt sich die Zähne am autonomen Fahren aus. Alles um, wie kürzlich Elon Musk, gegen neue Schnellzugfahrstrecken zu hetzen.

Kommunistische Flugtaxis!? Überfüllte Straßen, kilometerlange Staus und kollabierende Nahverkehrssysteme in Metropolen könnten bald der Vergangenheit gehören! Elektrisch angetriebene »Lufttaxis« könnten laut ihren Erfindern gleich zwei Probleme auf einmal lösen: Durch den Verzicht auf fossile Brennstoffe können Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Emissionen erheblich gesenkt werden und durch die Verlagerung des Nahverkehrs in die Luft werden die Straßen entlastet.

Die Jets der deutschen Firma Lilium mit sieben Sitzen sollen senkrecht starten und landen und kommen auf eine Reichweite von 250 Kilometern, erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von 280 Kilometern pro Stunde. Bis 2025 soll die Serienproduktion und der Betrieb regionaler Flugdienste beginnen.

Laut der britischen Wirtschaftszeitschrift »The Economist« arbeiten bis zu 300 Unternehmen an batteriebetriebenen Kurzstreckenfahrzeugen, sogenannte eVTOLs. Automobilhersteller, Luft- und Raumfahrtunternehmen wie Airbus, Technologiefirmen und andere investieren viel Geld in diesen Bereich. Die Investmentbank Morgan Stanley geht davon aus, dass der Markt bis 2040 einen Wert von 674 Milliarden Dollar haben könnte. Eine enge Kooperation mit Regulierungsbehörden besteht schon.

Leider ist an diesen neueren Flugobjekten so wenig kommunistisch wie auch an ihren noch quicklebendigen Vorgängern namens Auto. In der aktuellen Wirtschaftsweise wird nur mal wieder die Sharing-App dieses vermeintliche Gefühl des Teilens vermitteln. Solange Flugtaxis nur Passagiere von Manhattan zum JFK-Airport transportieren, und nicht von der Pampa in die City, wird es ein Luxusprodukt bleiben.



# Entschiedene Anpassung

Wie der kommunale Alltag im Klimawandel für alle erträglicher werden kann, dazu gibt es viele gute, mit öffentlichen Geldern erstellte Konzepte. Jetzt gilt es, deren Anwendung einzufordern

SIGRUN MATTHIESEN

Interessanter ist in dieser Hinsicht das Konzept eines Drohnenbusses: Die Firma Kelekona arbeitet an einem fliegenden Bus, der bis zu vierzig Personen befördern kann. Die Reise mit einem Drohnenbus von Los Angeles nach San Francisco oder von London nach Paris dauert nur eine Stunde, ähnlich wie ein Flug. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass der Drohnenbus näher an den Stadtzentren landen und starten kann. Das Unternehmen bestätigte auch, dass es über die enorme Batterieleistung verfügt, die für derartige Flüge erforderlich ist. Wobei wir wieder beim altbekannten Problem der E-Autos wären – Rohstoffe und Batterien! Auch wenn ökologische eVTOLS schön klingen, bleibt es erst mal utopisch.

Viel mehr braucht eine kommunistische Mobilität, d. h. eine echte Mobilitätswende samt Transformation der Auto- und Flugzeugindustrie, deutlich »verrücktere« Pläne. Im Buch »Spurenwechsel« der Rosa Luxemburg Stiftung (VSA Verlag) beschreibt Mario Candeias, dass es dafür anders als von Gewerkschaften gefürchtet vor allem mehr Arbeitskräfte braucht. Denn es müssen viel mehr neue Busse, Straßenbahnen und Züge, Nutzfahrzeuge und neue E-Fahrzeugsysteme mit Oberleitungen hergestellt, gewartet und gefahren werden. Klaus Gietinger beschreibt in seinem Buch »Vollbremsung«, in welchen Phasen diese Verkehrsrevolution stattfinden könnte: von Tempolimits über autofreie Innenstädte bis zum kostenlosen Nahverkehr. Aber auch diese Revolution erscheint politisch unrealistisch und erfreut die Anhänger eines progressiven Futurismus eher weniger. Viel wahrscheinlicher ist eine Mischung von all dem – auch in einer modernen sozialistischen Gesellschaft: Kurze- und mittlere Flugstrecken werden gestrichen und durch Zugfahrten ersetzt, Drohnenbusse statt Flugtaxi, und Autos werden abgeschafft. Bis das Beamen erfunden wird.

Der häufig allzu berechtigte Vorwurf, keinen Plan zu haben, wäre beim Thema Klimaanpassung wirklich unangebracht. Ganz im Gegenteil existiert mit dem Bericht des Weltklimarats (IPCC) zu Folgen, Anpassungen und Anfälligkeiten auf UN-Ebene geradezu ein Masterplan, der zuletzt im Juni dieses Jahres aktualisiert wurde. 270 Autor:innen aus 67 Ländern haben ihn gemeinsam verfasst, entsprechend ist er 3.068 Seiten lang. Aber es gibt diverse thematische Kurzfassungen, Schaubilder, Factsheets und ein 40-Seiten-Dokument für Politiker:innen. Darin ist relativ übersichtlich aufgelistet, was den Kompass einer global gerechten und wirksamen Klimaanpassungspolitik bestimmen sollte. Nämlich die gerechte Verteilung von Lasten und Nutzen, die gerechte Beteiligung an Entscheidungsprozessen und die Anerkennung unterschiedlicher kultureller und gesellschaftlicher Perspektiven.

Prinzipien, die gelten sollten, egal wo auf diesem Planeten Politik gemacht wird. Dieses »multidimensionale Verständnis von Gerechtigkeit«, so formuliert es die Geografin Sybille Bauriedl, sei eine deutliche Erweiterung früherer IPCC-Konzepte. Nicht nur werde die rein volkswirtschaftliche Logik einer Umverteilung der finanziellen Kosten der Anpassung hinterfragt, »sondern es werden auch die Machtverhältnisse in den Blick genommen, in denen privilegierte Bevölkerungsgruppen Priorität genießen«.

Ein derart geschärfter Blick für die gesellschaftlichen Verhältnisse fehlt bislang in dem hiesigen Äquivalent des Masterplans, der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS), entwickelt unter Federführung des Umweltbundesamtes bereits 2005, beschlossen 2008. Seitdem wird die DAS in einem Netzwerk wachsender und unbestrittener Kompetenzen aus Wissenschaft und Politik fortgeschrieben. Allerdings weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit, womit der erwähnte UN-Kompass für gerechte Klimaanpassung ziemlich außer Kraft gesetzt wird. Dennoch, selbst der Klimareferent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Uwe Witt,

bescheinigt der DAS große wissenschaftliche Substanz und progressives Potenzial, das sich ganz konkret an den aus ihr abgeleiteten Handlungsempfehlungen und Aktionsplänen festmache. Einer davon ist die 2021 fertig gestellte »Klimawirkungs- und Risikoanalyse« (KWRA). Diese versucht gewissermaßen, die deutschen Konsequenzen aus dem IPCC-Bericht zu ziehen, in diesem Fall aus dem Vorgänger von 2017, was aber auch schon zu einem Aktionsplan der Bundesregierung mit 188 empfohlenen Maßnahmen und Instrumenten führte. Stichworte sind hier »Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel«, »Schutz der biologischen Vielfalt«, »diversifizierte Fruchtfolgen in der Landwirtschaft«. Auch wenn einiges davon schon zuvor unter anderen Namen und Haushaltstiteln existiert hat, sind viele Programme tatsächlich neu und mittlerweile auch durchaus ordentlich ausgestattet mit Geld und Personal. Beispielsweise das beim Umweltbundesamt angesiedelte »Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung« (KomPass) mit einem guten Dutzend Stellen.

Doch auch die sind nur Berater:innen – umgesetzt werden können und müssen all die guten Ideen ganz unten, in den knapp 11.000 Kommunen, in die Deutschland gegliedert ist. Hier in den Stadt- und Gemeinderäten wird entschieden, ob das Schwammstadt-Konzept dazu genutzt wird, dem Autoverkehr Flächen zu entziehen, oder als willkommener Vorwand dient, die Nutzung öffentlicher Parks stärker zu reglementieren. Die von allen Klimaanpassungsexpert:innen empfohlene nachträgliche Außenverschattung kann für Mieter:innen kostenfrei und aus nachhaltigen Materialien realisiert werden. Oder im Gegenteil ein weiterer Faktor in der Vernichtung bezahlbaren Wohnraums wie knapper Rohstoffe werden. Vertikale Begrünung, die als »natürlicher Klimaschutz und Klimaanpassung in einem« in keinem Werbeprospekt der globalen Immobilienwirtschaft mehr fehlen darf, muss nicht den sogenannten A-Lagen vorbehalten sein. Es könnte damit auch in Neue Vahr Süd, Berlin-Marzahn, Duisburg-Marxloh oder anderswo begonnen werden, wo viele Menschen mit wenig Geld wohnen – und zwar ohne die Kosten auf die Mieter:innen umzulegen. Denn

an finanziellen Förderprogrammen auf EU-, Bundes- oder Landesebene mangelt es nicht. »KomPass« hilft gerne, das jeweils passende zu finden und hat auch jede Menge Best-Practice-Beispiele in der Datenbank.

Vorausgesetzt, irgendwer fragt mal nach und bringt dann auch gleich noch den Gerechtigkeitskompass des Weltklimarats mit. Bisher nämlich, so formuliert es Geografin Sybille Bauriedl aus ihrer Beratungserfahrung mit Landes- und Kommunalpolitiker:innen heraus, zielen die Anpassungspolitik meist auf klimaresistente Infrastrukturen, die eine Fortschreibung des Status quo gewährleisten, dessen systemimmanente Nicht-Nachhaltigkeit nicht in Frage gestellt werde. »So bleibt Anpassung eine strukturkonservative Problemlösung.« Das müsste aber nicht so sein, wenn progressive gesellschaftliche Kräfte sich des Themas annähmen und entsprechend politischen Druck aufbauten. Beispielsweise indem sie skandalisieren, dass Eigenheim-Besitzer:innen die ihre Vorgärten erst geschottert haben, jetzt auch noch Staatsknete dafür bekommen, sie wieder zu begrünen – der Begriff Renaturierung wäre hier nun wirklich fehl am Platz. Oder jeden Politiker, egal welcher Partei und welchen Geschlechts, der noch ein einziges Glasfassaden-Gebäude genehmigt, öffentlich zur Rechenschaft ziehen. »Eben mal die Welt anpassen« klingt jetzt nicht so gut wie »schnell noch die Welt retten«. Aber es ist eindeutig ein wichtiges Politikfeld, um es allein den Ingenieur:innen zu überlassen. Und jede Glasfassade, die jetzt nicht genehmigt wird, muss später nicht in mühseliger Handarbeit demontiert werden. Wenn dann noch jemand die aktuellen IPCC-Politikempfehlungen ins Deutsche übersetzt und auf maximal zehn Seiten ohne Fußnoten zusammenfasst, könnte demnächst vielleicht bei jeder Abstimmung in jedem Feierabendparlament jeder Kommune eine Person darauf achten, ob hier gerade die richtige Art der Anpassung beschlossen wird.

Ein guter Einstieg ins Thema und wichtige Quelle dieses Textes ist »Unangepasst«, Heft 2/2022 der Zeitschrift »Luxemburg«, als PDF abrufbar auf der Website der RLS: [www.rosalux.de/publikation/id/46657/unangepasst](http://www.rosalux.de/publikation/id/46657/unangepasst)

# Schulden begleichen

Der Globale Norden könnte jetzt finanzielle Verantwortung für Schäden der Vergangenheit übernehmen

REGINE BEYSS

Die Flutkatastrophe in Pakistan ist das jüngste Beispiel dafür, dass Ursachen und Folgen der Klimakrise buchstäblich weit auseinander liegen. Pakistan verursacht weniger als ein Prozent der jährlichen Treibhausgasemissionen. Und doch ist das Land mit den verheerenden Auswirkungen von Extremwetterereignissen konfrontiert, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den vom Menschen gemachten Klimawandel zurückführen lassen. »Vom Menschen gemacht« müsste richtigerweise heißen: von den Ländern des Globalen Nordens. Eine 2020 in der Fachzeitschrift »The Lancet« veröffentlichte Studie ergab, dass der Globale Norden für 92 Prozent der überschüssigen globalen Kohlenstoffemissionen verantwortlich ist, die seit 1850 ausgestoßen wurden.

Den Preis dessen, was diese Emissionen schon jetzt zur Folge haben, bezahlen hingegen vor allem Länder des Globalen Südens. Besonders gefährdete Regionen liegen laut dem IPCC (Weltklimarat) in West-, Zentral- und Ostafrika, Südasien, Mittel- und Südamerika sowie in kleinen Inselentwicklungsländern und der Arktis. Die Verwundbarkeit sei dort höher, wo Armut, politische Probleme und gewaltsame Konflikte vorherrschen, so die Wissenschaftler:innen. Das liege auch daran, dass diese Länder nicht genügend Geld in Klimaanpassungsmaßnahmen investieren könnten.

Der ökonomische Schaden der Flut in Pakistan wird auf über 40 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das entspricht den gesamten jährlichen Staatseinnahmen des Landes. Zum Vergleich: Deutschland hat jährliche Staatseinnahmen von rund 1.600 Milliarden US-Dollar. Erschwerend kommt hinzu, dass Pakistan in diesem Jahr 40 Prozent seiner Staatseinnahmen aufwenden muss, um Kredit- und Zinsraten zu zahlen. Das Land gehört laut dem Schuldenreport 2022 zu den »sehr kritisch verschuldeten« Ländern. Das heißt, die Gefahr ist überaus hoch, dass Pakistan diese Raten gar nicht mehr zahlen kann. Für Staaten existiert aber kein geregeltes Insolvenzverfahren. Stattdessen entscheiden die Gläubiger, ob es bei Zahlungsunfähigkeit eines Schuldnerlandes einen Teilerlass bzw. eine Umschuldung gibt oder nicht.

Pakistan steht mit solchen existenziellen Problemen nicht alleine da: Im Kontext der Corona-Pandemie habe sich die weltweite Verschuldungssituation weiter verschärft, schreiben die Autor:innen des Schuldenreports. Flächendeckende Zahlungseinstellungen konnten 2021 zwar vermieden werden, doch dies gelang oft nur durch rigorose Sparmaßnahmen (zu Lasten der Bevölkerung) und Neuverschuldung. Insgesamt 135 von 148 untersuchten Staaten im Globalen Süden seien aktuell kritisch verschuldet.

»Die Kombination aus hohen Schuldendienstkosten und Klimawandel stellt ein systemisches Risiko für klimaanfällige Volkswirtschaften dar, das einen Teufelskreis auslösen kann«, schreibt die V20-Gruppe. Sie fordert daher sofortige Restrukturierungen der Staatsschulden betroffener Länder, um das Schuldenniveau zu senken und damit zeitnah Ressourcen für dringend notwendige Klimamaßnahmen frei zu machen. Im Moment geben Länder des Globalen Südens fünfmal mehr Geld für den Schuldendienst aus als für Klimamaßnahmen, berichtet die Initiative »Debt Justice«. Sie müssten obendrein oft höhere Zinsen zahlen, gerade weil sie häufiger von Extremwetterereignissen heimgesucht werden. Ein Schuldenerlass würde nicht nur dazu führen, dass finanzielle Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wären entschuldete Länder nicht mehr so stark darauf angewiesen, ihre natürlichen Ressourcen auszubeuhen und damit unter Umständen die Klimakrise noch zu verschärfen, nur um ihre Raten bezahlen zu können.

Die beiden letzten Initiativen der G20-Staaten, die der Schuldenkrise im Globalen Süden begegnen sollten, entfalteten kaum Wirkung.

Weil die Schuldentzählungen nur verschoben und nicht gestrichen wurden und weil private Investor:innen nicht in die Pflicht genommen wurden. Diese verlangen häufig höhere Zinsen als öffentliche Institutionen und versuchen immer häufiger, eine vollständige Rückzahlung der Schulden vor Gericht einzuklagen. Während in den 1980er Jahren nur etwa 5 Prozent der Restrukturierungsverhandlungen von Klagen einzelner Gläubiger gegen Schuldnerstaaten begleitet wurden, ist der Anteil laut EZB bis Mitte der 2010er Jahre auf gut 50 Prozent gestiegen. Dabei könnten private Investor:innen gesetzlich verpflichtet werden, sich an Schuldenerlassen bzw. -restrukturierungen zu beteiligen. Insbesondere die USA und Großbritannien müssten dazu entsprechende Gesetze erlassen, denn nahezu alle internationalen Schuldverträge unterliegen dem New Yorker oder britischen Recht.

Inzwischen beschäftigt sich auch die UN-Klimakonferenz mit der ungerechten Verteilung von Emissionen, Klimaschäden und finanziellen Ressourcen. Im Pariser Abkommen wurde das Prinzip der »gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung« verankert, was nichts anderes heißt, als dass entwickelte Länder finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Klimaschutzziele zu unterstützen. Die Industriestaaten haben sich 2015 dazu verpflichtet, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Klimaanpassung im Globalen Süden bereitzustellen. Diese Zusage wird laut OECD allerdings nicht eingehalten.

Und selbst das versprochene Geld würde nicht reichen. In einer Studie von 2015 wurde berechnet, welche Summen global zwischen den Ländern transferiert werden müssten, wenn die Kosten für die Senkung der Emissionen zu gleichen Teilen in Abhängigkeit vom jeweiligen Nationaleinkommen getragen würden: Es wären mindestens 400 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Dabei würden die Kosten für Länder mit hohem Einkommen nicht mehr als zwei Prozent des BIP pro Jahr betragen. Das sei nicht untragbar, so die Autor:innen. Die Ziele für die Klimafinanzierung, zu denen sich die Länder mit hohem Einkommen bislang verpflichtet haben, seien hingegen eher wenig ambitioniert.

Ein Aspekt, der in den zugesagten Klimahilfen noch gar nicht enthalten ist, sind Verluste und Schäden durch den Klimawandel – ein Thema, das auf Druck der gefährdeten Länder bei der Weltklimakonferenz in Ägypten (COP27) erstmals offiziell auf der Tagesordnung stand. Schätzungsweise 20 Prozent des BIP sind den V20-Volkswirtschaften in den letzten 20 Jahren durch Klimaschäden bereits verloren gegangen. Nun wurde bei der COP27 ein internationaler Fonds für die Behebung klimabedingter Schäden beschlossen – drei Jahrzehnte, nachdem diese Forderung das erste Mal formuliert wurde. Die Details sollen allerdings erst bei der nächsten Klimakonferenz 2023 geklärt werden. Vor allem die Frage, welche Länder in den Finanztopf einzahlen und welche davon profitieren sollen, wurde erst einmal verschoben. Bislang hatten sich die Industrieländer bei diesem Thema gänzlich verwehrt und auf bestehende Klimafonds, Versicherungssysteme und humanitäre Hilfe verwiesen – auch aus Angst vor endlosen Haftungs- und Entschädigungsansprüchen.

So stellten die G7-Staaten unter deutscher Präsidentschaft ebenfalls bei der COP27 den »Global Shield Against Climate Risks«, eine Art Risikoversicherung. Die Initiative »Debt Justice« kritisiert, dass die Klimakrise nicht als Versicherungsfall gesehen werden kann. Das Risiko sei nicht unvorhersehbar, diversifiziert und willkürlich, im Gegenteil würden Extremwetterereignisse nachweislich häufiger und in kürzeren Abständen auftreten. Zahlungen über längere Zeiträume zur Bewältigung von langsam einsetzenden Schadensereignissen und nicht-wirtschaftlichen Verlusten seien ebenfalls nicht möglich. Wenn der Globale Norden tatsächlich Verantwortung übernehmen wollte, bräuhete es Finanzhilfen in Form von bedingungslosen Zuschüssen.



## Notwendige Ernüchterung

Die von der Koalition versprochenen Bürgerräte hätten den Vorteil, von schwindenden Finanzmitteln unabhängig zu sein

PETER KERN

Putins Krieg hat den TOP 1 der deutschen Politik ganz nach hinten geschoben. »In den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 wollen wir eine Allianz für Transformation schmieden«, hieß es im Koalitionsvertrag. Die Allianz steht seit dem Februar dieses Jahres ganz im Zeichen des Nordatlantikkpakts. Der zu bewältigende Strukturbruch hin zur CO<sub>2</sub>-freien Industriegesellschaft ist durch das Kriegsgeschehen unter »Verschiedenes« gelandet. Das ist kein erster Sieg Putins, denn auch er muss auf die Transformation eine Antwort finden. Und er hat keine. Das Ende der fossilen Energieträger kommt langsam, aber es kommt. Der auf Öl- und Gasexport basierenden russischen Ökonomie wird damit der Boden entzogen. Das Einverleiben des Donbass mit seinem Kohlebecken macht keinen Sinn. Putins Krieg Imperialismus zu nennen, ebenso wenig. Denn solcher Machtpolitik liegt doch immer ein rationales ökonomisches Interesse zugrunde.

Der Krieg kann apokalyptisch zu Ende gehen; dann machen auch die folgenden Zeilen keinen Sinn. Ihnen liegt eine vielleicht kontrafaktische Annahme zugrunde: Was der Koalitionsvertrag festhält, wird einmal politische Realität werden. Im Vertrag ist von Bürgerräten die Rede: »Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben.« Diese Räte denkt sich die Regierung als ein den Strukturwandel begleitendes, ihm demokratische Legitimation beschaffendes Ferment. Eine bürgerliche Öffentlichkeit räsoniert nicht bloß,

sondern bestimmt mit – was wäre das für eine Revitalisierung! Seit Urzeiten (seit Herodotus den »Strukturwandel der Öffentlichkeit« geschrieben hat, also seit 60 Jahren) ist die Kategorie Öffentlichkeit mit dem Adjektiv »zerfallen« gleichsam verheiratet.

Die Epoche der mit fossiler Prozessenergie gespeisten Industrien soll transformiert werden. Das ist das Ziel. Die dafür nötigen Mittel listet der Koalitionsvertrag auf:

»Wesentlich ist eine gute Forschungslandschaft, die Innovationen hervorbringt. Wir wollen den Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP erhöhen. Wir brauchen mehr Ausgründungen aus Forschungsinstituten. Wir wollen mehr privates Kapital für Transformationsprojekte aktivieren [...] Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll stärker als Innovations- und Investitionsagentur wirken. Der Zukunftsfonds für Start-ups ist ein gutes Beispiel dafür. Projekte wie die Bundesagentur für Sprunginnovation wollen wir weiter ausbauen.«

Den staatlichen Forschungssetat wie angepöhlte anzuheben wird nicht möglich sein. Die russische Aggression verengt den Spielraum der deutschen Industriepolitik. Die versprochenen Bürgerräte haben aber den Vorteil, von schwindenden Finanzmitteln unabhängig zu sein. Kommen sie ans Arbeiten, stehen sie für ein nicht technizistisch verstandenes »Mehr Fortschritt wagen«. Der Werbeclaim der Ampelregierung ist schon fast in Vergessenheit geraten. Werbung verspricht bekanntlich viel. Auch bei der Bürgerbeteiligung ist nicht ausgemacht, ob sie das Stadium des Programmatischen hinter sich lassen kann. Der Erfolg hängt an zwei Faktoren. Da ist die Haltung

der Gewerkschaft zu diesen Räten, da ist das geforderte Maß an politischer Reife der heutigen Lohnarbeit.

Die Bürgerräte sind eine Antwort auf ein Demokratiedefizit. Zwei Drittel der hiesigen Forschungsetats stammen aus Staatsmitteln. Keine Batteriezeile, keine Speichertechnologie, keine für den Wasserstoffantrieb notwendige Brennstoffzelle schafft es ohne staatliche Anschubfinanzierung auf den Markt. Die Unternehmer nehmen jede Förderung und jede Subvention mit. Noch die innerbetriebliche Weiterbildung soll der Staat bezahlen. Die Personaldirektorin von Continental rechnet vor: Wenn man die Beschäftigten neun Monate für den Elektromotor umschule, koste das den Konzern eine Milliarde Euro. Das Geld möchte man gerne als staatliche Beihilfe bekommen. Oder ein anderes Beispiel: Die Hälfte der von den Liberalen so gefeierten Start-ups ist mit einem Kredit der bundeseigenen KfW-Bank am Start.

Von einer Beutegemeinschaft hat eine mit den Berliner Förderansuchen befasste DGB-Kollegin einmal gesprochen. Die von ihr im erlauchten Kreis vorgetragene Forderung lautete, die Vergabe der staatlichen Gelder mit Auflagen zu versehen. Wer seine Technologie fördern lasse, müsse auch im Land fertigen lassen. Als Eingriff in das Direktionsrecht und als Bevormundung der Unternehmer wurde dies abgelehnt. Kommen die Transformationsräte zum Zug, ist dies ein längst fälliges Aufsprengen einer Camorra mit zugehörigem Beuteschema. (Auch die großen Stiftungen wie Bosch, Carl Zeiss, ZF oder Mahle beherrschen es.)

Die Gewerkschaften dürfen nicht glauben, es sei genug an Beteiligung, wenn ihre Bezirksleiter neben den Vertretern der IHK, der Unternehmen, der Universitäten und der Forschungsgesellschaften in den regionalen Transformationsräten sitzen. So verhält es sich bei den bisher installierten. Die Gewerkschaften verschenken damit eine organisationspolitische Chance. Diese besteht darin, die Interessen der Beschäftigten einer Region mit der Industriepolitik einer Landesregierung zu vermitteln. Das tun wir doch, wird jeder Bezirksleiter sagen. Aber nicht systematisch und mit den Mitteln direkter Demokratie, wäre ihm zu antworten.

Alle großen Gewerkschaften haben über die letzten Jahre große Beschäftigtenbefragungen organisiert. Meist im Vorfeld einer Tarifrunde verteilen sie umfängliche Fragebögen und lassen sie von Sozialforschern auswerten. Ob die Antworten von Mitgliedern oder von Nichtorganisierten stammen, macht keinen Unterschied. Die Fragen sind keineswegs von der die richtige Antwort sanft in den Mund schiebenden Art. Die Rückläufe sind hoch; Datensätze von mehr als einer halben Million verwertbarer Aussagen – Frau Allensbach würde sich die Finger lecken. Dem Ansehen der Gewerkschaften nützt diese Feldforschung sehr. Dass sie sich nicht in steigenden Mitgliederzahlen niederschlägt, sei nicht unterschlagen.

Der fehlende Mitgliedereffekt ist aber kein Argument. Die Gewerkschaften müssen das Verfahren im Hinblick auf die Bürgerräte ausweiten. So halten sie ihre Mitglieder, und vielleicht kommen dann auch wieder neue dazu. Dieses Mittel der Beteiligung ist alternativlos. Die in den industriellen Berufen und in der Distribution Beschäftigten weisen ein Qualifikationsniveau auf wie keine Lohnarbeiterschaft davor. Diese Qualifikation macht selbstbewusst im Hinblick auf eingeforderte Mitsprache. Man versteht sich als Mittelstand, der mit seinen gezahlten Steuern das Staatschiff unter Dampf hält. Wohin der Dampfer schiff, will man mitentscheiden. Und nicht nur alle vier Jahre.

Diesem Drang nach Mitbestimmung jenseits der klassischen müssen die Gewerkschaften Raum verschaffen. Gelingt es ihnen, sich mit den regelmäßig veranstalteten Befragungen im Rücken als Bürgerräte zu legitimieren, wirken sie der postdemokratischen Erschöpfung entgegen. Diese Erschöpfung ist der Nebeneffekt der Angestelltenkultur. Die macht aus den Gesellschaftsmitgliedern vereinzelte, um ihren politischen Einfluss gebrachte Privatpersonen. Ob den Gewerkschaften mit der Revitalisierung der Öffentlichkeit ihre eigene gelingt, hängt davon ab, ob es wiederum den Angestellten gelingt, einen Überdruss an den Segnungen dieser Kultur zu entwickeln. Diese Selbstaufklärung käme einer Selbsternüchterung gleich. Es wäre ein Ausstiegsversuch aus dem Hamsterrad von Arbeitsnormen und Konsumvorschriften.

# Ein unglaublich komplexes Ehrensysteem

## Angestellte werden unablässig motiviert und motivieren sich selbst. Das hält sie am Laufen

PETER KERN

Den folgenden Lehrsatz übernahm noch jedes neue Handbuch der Personalpolitik von dem gerade veralteten: »Für den Betrieb bietet das Bedürfnis seiner Mitarbeiter nach Status ein taugliches Mittel, die Vergabe statusausweisender Merkmale an die Leistung in den überkommenen Stellen zu koppeln und so das Statussystem der Leistungserstellung dienstbar zu machen ...«

Das Statussystem war so geschlossen wie ein philosophisches. Es umfasste die gesamte belebte und gegenständliche Welt des Büros. Jedes Ding beglaubigte den Rang seines Besitzers; dessen Stellung in der Hierarchie fand ihre Entsprechung in der Qualität und Quantität der zur Verfügung stehenden Objekte. Alles war daher bedeutsam: Wies sein Bürostuhl Armlehnen auf oder war darauf Verzicht zu leisten? War sein Schreibtisch aus Kunststoff oder aus Edelholz gefertigt? War sein Arbeitsraum mit zwei oder drei Fenstern versehen? Musste die Arbeit im Großraumbüro oder konnte sie im eigenen verrichtet werden? Kaffee mit oder ohne Plätzchen? Firmenparkplatz, ja oder nein? Dienstwagenberechtigt und wenn ja, 3er oder 5er Modell?

Ein unglaublich komplexes Ehrensysteem war entstanden, und es bot einen ständigen Anstoß für Neid und für Spannungen. In manchen beamtenähnlichen Industrieunternehmen waren die feinen, gegenständlich geronnenen Unterschiede in einem Regelwerk festgehalten, und so konnte ersehen werden, wie viel an Länge und Breite eines ihm zustehenden Besprechungstischs auf einen Referenten und wie viel auf seinen Abteilungsleiter kam.

Eine Ähnlichkeit mit dem Feudalismus war auszumachen. Hier wie dort wurden Subjekte zur Objektwelt gezählt. Einem Grundherrn war der Boden ebenso zugehörig wie das Vieh und der Bauer darauf; einem Vorstandsmitglied war eine Anzahl von Assistenten und Sekretärinnen ebenso zubesessen wie ein Chauffeur und die Oberklasse von BMW oder Benz. Je höher man kam, desto mehr entpuppten sich die Statussymbole als pures Privileg. Bei den unteren Hierarchiestufen trat ein Charakteristikum solcher Rangzeichen hervor, das schon Schopenhauer bei den schlecht bezahlten Militärs seiner Zeit ausgemacht hatte:

»Der Staat lässt [...] die andere Hälfte ihres Lohnes in der Ehre bestehen, welche repräsentiert wird durch Titel, Uniformen und Orden. Um nun diese ideale Vergütung ihrer Dienste in hohem Maße zu erhalten, muß das Ehrgefühl auf alle Weise genährt, geschärft, allenfalls etwas überspannt werden ...«

Eine immer neue Karotte baumelte vor dem armen Zugtier, und die Anstrengung, die Belohnung zu erhaschen, trieb es an. Der kleine Erfolg der Dauerbemühung, das Visitenkärtchen mit Stahlstich gedruckt, der erworbene Titel des Handlungsbevollmächtigten, der durch mehr Umsatz verdiente Zugang zu Hotels der höheren Kategorie – all dies ließ den Berufsweg als das erscheinen, was die Angestellten so sehr ersehnen, als Aufstieg, als Vorwärtskommen. Meist waren es Trostpreise dafür, dass es auf der Karriereleiter nicht wirklich voranging.

Als sich in Deutschland langsam einbürgerte, was man den amerikanischen Führungsstil nannte, schwang mit dem vagen Beiwort die Hoffnung auf ein Verschwinden der Feudalresiduen mit. Bislang waren berufliches Fortkommen und höheres Gehalt oft genug edienert, so ein Wortspiel und eine Alltagserfahrung der Angestellten. Könnte beides künftig nicht gerechterweise durch Leistung verdient sein? Die US-Unterneh-

men waren in der Tat die Protagonisten des Wandels, aber weniger einer Mentalität des mitgebrachten Managements wegen als aufgrund der Erfordernisse der spezifischen Industrie, in der es tätig war.

In der Computerindustrie war eine flache Hierarchie eine vom Produktzyklus geforderte Notwendigkeit. PCs veralteten schon damals im Halbjahresrhythmus und mussten durch neu entwickelte, leistungsfähigere ersetzt werden. Ein bräsiger Apparat mit endlosen Dienstwegen hätte auf den rasch sich verändernden Markt gar nicht angemessen reagieren können. Projektteams konnten dies. Sie übernahmen alle Aufgaben traditioneller, gegeneinander oft abgeschotteter Abteilungen mit ihren auf Entscheidungsbefugnis pochenden Vorgesetzten. Wie man sich schlagkräftig organisiert, die Entwicklungszeiten verkürzt, den Produktanlauf beschleunigt, das machte die Ökonomie der »neuen Welt« der alten vor und diese ahmte es langsam nach. Um Geschwindigkeit aufzunehmen, waren bremsende Hierarchien abzubauen; um den Output von Forschung und Entwicklung zu erhöhen, mussten die Unternehmen den F&E-Teams mehr Freiräume zugestehen.

Agilität taucht als Zauberwort auf, seit die Vorstände der deutschen Unternehmen gewahr werden, wie schnell sich die chinesischen Konkurrenten Richtung Weltmarktspitze vorarbeiten, und wie sehr Apple und Microsoft mit ihren Betriebssystemen in dem angestammten Automobil- und Maschinenbaurevier zu wildern beginnen. Betriebssystem – die Sache hatte man bisher nur mit PCs in Verbindung gebracht. Agilität des Einzelnen, der Teams, des ganzen Unternehmens soll nun helfen, Vorsprung zu verteidigen und Rückstand aufzuholen. Das agile Unternehmen weist manchen Fallstrick für seine Geschäftsführung auf. Soll sie auf Top-down-Vorgaben und strikte Kontrolle verzichten, in der Hoffnung, dass die angepriesene »Liquid Democracy« auch den liquiden Cash Flow erhöht? Kann sie den Teams selbstorganisiertes Arbeiten zugestehen, ohne sie auf den Geschmack zu bringen; am Ende nehmen sie das Wort vom Product Owner gar wörtlich? Dass ihre Angestellten genug von autoritären Alphas hätten, hören die fürs Personal verantwortlichen Geschäftsführer auf jedem Zukunftsforum der Industrie- und Handelskammer. Diese Botschaft bricht sich aber mit ihrer Lebensweisheit, dass das Leben nun mal kein Ponyhof sei.

[...] Als am Beginn des 20. Jahrhunderts die sogenannte Angestelltenfrage aufkam, sahen die der Arbeiterbewegung nahestehenden Sozialwissenschaftler die Angestellten als Teil der übergreifenden proletarischen Klasse, hinke ihr Bewusstsein diesem Faktum auch hinterher. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erscheint der soziologische Sachverhalt geradezu umgekehrt. Aus der unterschiedslosen Masse ragt seither nur hervor, wer es zum außertariflichen, zum AT-Angestellten bringt, wobei das Kürzel das h. c. (den ehrenhalber verliehenen Titel der akademischen Welt) anklingen lässt. Was einmal dem Angestelltentitel zugekommen war, den eigenen Rang und den Abstand zu den unteren Rängen zu bekräftigen, ist auf die AT-Sphäre übergegangen. In den exklusiven Kreis aufgenommen zu werden, ein zur obersten Tarifstufe Abstand haltendes Gehalt und zusätzliche Vergünstigungen (z. B. in Form einer Lebensversicherung) zu erhalten, ist ein erstrebenswertes Lebensziel und wiegt die mit dem gehobenen Status verknüpften Nachteile, die längere Wochenarbeitszeit, die unbezahlten Überstunden, teilweise auf.

Die AT-Angestellten neigen einem übersteigerten Selbstgefühl zu, das ihnen eine Nähe zur Geschäftsführung einflüstert. Dieses Näheempfinden ist stark bei dem in der

Verkaufsorganisation tätigen Personal ausgeprägt, schwächer bei den um Rang und Ehre unbekümmerteren technischen Kadern. Letztere finden ihre Arbeit unzweifelhaft vergegenständlicht und sei es in einem so ungegenständlichen Produkt wie einem Mikrochip. Dieses befriedigende Moment geht der kaufmännischen Tätigkeit ab. »Sie kam«, schreibt Albert Camus, »von nirgendwo und führte zu nichts. Verkaufen und kaufen, alles drehte sich um diese minderwertigen, unbestimmten Tätigkeiten.« Dass sie keineswegs minderwertige Arbeit leisten, sondern im Gegenteil sehr wertvolle, die sie nach ganz oben führe, reden die höheren kaufmännischen Angestellten sich ein, um den Mangel ihrer Art der Büroarbeit zu kompensieren. Diese Fantasie zerschellt regelmäßig an der Realität, was zu den Enttäuschungen des AT-Angestelltenlebens wesentlich beiträgt.

Den aus Kaufleuten und Technikern gebildeten Projektteams sind sogenannte Ebit- und Return-on-Investment-Größen vorgegeben. Das Denken in solchen Kategorien färbt auf die Teammitglieder ab. Ist man nicht selbst Unternehmer? Eine sich als Managementtheorie verstehende und natürlich dem Allzweck Motivation und Agilität dienende Schmeichelei (man könnte im Jargon dieser Theorien von einer Motivation per Diskurs sprechen) gibt dies vor.

Zugleich entspricht der Rhetorik eine Alltagsforschung: Die Teams sehen sich den Zwängen ihres Marktsegments wie nur ein unternehmerisch Handelnder ausgesetzt. Wieder erwies sich die IT-Industrie als erfindungsreich, indem sie ein neues, mächtig ausstrahlendes Modell der Beziehung von Ich und ökonomischer Außenwelt schuf. Der Vorgesetzte, als die den Wettbewerbsdruck vermittelnde Instanz, zieht sich zurück. »Personalführung durch Abwesenheit von Personalführung« könnte man die Sache nennen. Die Angestellten operieren gleichsam im Auge des Taifuns. Welche Dynamik dabei freigesetzt wird, beschreibt ein Betriebsrat auf einer Konferenz der IG Metall:

»Jetzt sitzt plötzlich in diesen teilautonomen Einheiten eine kleine Gruppe von Menschen [...] und soll um das Überleben dieses Segments kämpfen. Wir haben diesen Mechanismus [...] erlebt. Einer [...] sagte, Leute, ich habe das hin- und her gerechnet, 14 Leute können wir nicht tragen. Von den Kosten her haut das nicht hin. Aber für zwölf könnten wir die Arbeit sichern. Und siehe da: es kam eine Dynamik, dass »wie von selbst« plötzlich die zwei ausgeguckt wurden, die am wenigsten bringen.«

Die AT-Angestellten sehen sich mitunter eher als Miteigentümer des Unternehmens denn als Kollegen. Das macht sie für gewerkschaftliche Annäherungsversuche ziemlich unzugänglich. In ihrem Selbstmissverständnis bestärkt sie die Art ihrer Bezahlung. Ein nicht unbeträchtlicher Teil ihres Gehaltes wird erfolgsabhängig bezahlt, also an den Unternehmensprofit und seine Steigerung geknüpft. Profit – das Wort hat seinen anrühenden Klang, den es noch in den 70er Jahren im öffentlichen Bewusstsein hatte, völlig verloren. Man ist in Profit-Center eingegliedert und damit beschäftigt, die Kerngröße nach oben zu treiben. Gibt es etwas Vernünftigeres zu tun?

Dies ist ein Auszug aus dem Buch »Die Angestellten zwischen Büroalltag und Fluchtphantasie«, 2019 im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen. **Peter Kern** hat Philosophie, Theologie und Politik studiert und u. a. als Redaktionssekretär im Sozialistischen Büro und als politischer Sekretär beim Vorstand der IG Metall gearbeitet. Eine aktualisierte Fassung des Buches erscheint demnächst.

# Sechs Anmerkungen zu einem Buch über Angst und Hoffnung

KATHRIN GERLOF

**1** Markus Marterbauer ist seit 2011 Chefökonom der Arbeiterkammer Wien. Er schreibt Kolumnen für den »Falter« und lehrt an der Wiener Universität. Martin Schürz ist Psychotherapeut in Wien, der Geburtsstadt der Psychotherapie für alle Freudianer. Er forscht seit mehr als zwei Jahrzehnten über Vermögensverteilung in Europa. Sein Buch »Überreichtum« erschien 2019.

Zusammen haben beide ein 2022 ein Buch über »Angst und Angstmacherei« geschrieben, das den Untertitel »Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht« trägt. »Wir legen in diesem Buch vorab unsere gesellschaftspolitischen Ziele offen: soziale Gerechtigkeit, Unantastbarkeit der menschlichen Würde, hohe Lebensqualität und mehr Freiheit für alle. Wir stehen in den sozialen Auseinandersetzungen auf der Seite der sozial Benachteiligten und der von Ängsten gequälten Menschen«, schreiben sie im Vorwort. Heißt, die beiden haben einen Standpunkt. Sie sagen, eine deutliche Verringerung der Vermögensbestände der Reichen ermöglichte eine effektive Bekämpfung der Armut. Allerdings vertrauen sie nicht auf die freiwillige Selbstverpflichtung oder gar Einsicht der Vermögenden. »Deshalb sind etwa die Almosen reicher Philantrop:innen für Arme zwar vielleicht gut gemeint, doch von ihnen gehen keine Rechte und daher keine Sicherheit aus. Und allzu oft beschämen sie die Empfänger:innen tiefgehend.«

Hoffentlich liest Susanne Klatten das Buch.

**2** Die Autoren entscheiden sich für einen interessanten theoretischen Ansatz, der auf die US-amerikanische Politologin Judith Shklar (1928-1992) zurückgeht und mit »Liberalismus der Furcht« (das Buch dazu erschien 1989) beschrieben werden kann. Im Wikipedia-Eintrag über die kluge Frau steht: In ihrem als kanonisch geltenden Buch »begründet sie erneut die Auffassung, dass Grausamkeit das größte aller Übel sei und dass Regierungen dazu neigen, die »unvermeidbare Machtverteilung«, die sich aus der politischen Organisation ergibt, auszunutzen.« Natürlich ließe sich schon an dieser Stelle trefflich darüber streiten, ob Grausamkeit (ein-

deutig an die menschliche Spezies gebunden) tatsächlich passend ist, will man die Auswirkungen einer Zwanghaft und bei Strafe ihres Untergangs auf Ausbeutung basierenden Wirtschaftsweise beschreiben. Grausamkeit klingt, als könne das Kapital einfach davon ablassen, zu tun, was es tun muss. Als müsse es nicht dem ewigen Wachstumsparadigma folgen. Als ließe es sich zählen, zumindest ausreichend, um in den Grenzen, die der Planet dem Wachstum setzt, zu agieren.

Marterbauer und Schürz leiten für sich ab, dass es eine emanzipatorische Perspektive der Wirtschaftspolitik geben kann, deren Hauptaufgabe es sei, »die Ursachen der Angst« zu bekämpfen. Das richtig Gute daran ist: Sie trauen der Politik zu, so sie sich ermutigt und natürlich demokratisch legitimiert ist, Menschen in die Lage zu versetzen (also auch sich selbst), »wichtige Entscheidungen ohne Furcht zu treffen.« Durch »solidarische Begrenzungen«, Untergrenzen im Sozialstaat und Obergrenzen beim Privatvermögen. Gegenwärtig ist kein Staat und keine Politik eines Staates zu nennen, die das ernsthaft versucht, aber unmöglich ist es natürlich trotzdem nicht. Was zu der Frage führt ...

**3** ... ob die Autoren sich als radikale Reformversteher oder doch Revolutionäre sind. Leicht zu beantworten: »Wir arbeiten Reformvorschläge aus, die an konkreten sozialen Problemen ansetzen. Unsere Ideen wollen erste Schritte nach vorne weisen. Sie sind erweiterbar und lehnen sich an das von Dani Rodrik und Stefanie Stantcheva entwickelte Modell einer »Politik für inklusive Prosperität« an.« Reformatorisch nennen sie das. Die Bulgarin Stantcheva übrigens, Jahrgang 1985, wurde in der DDR geboren, promovierte in Ökonomie und ist seit 2018 Professorin an der Harvard-Universität. Sie entwickelte gemeinsam mit Emmanuel Saez und Thomas Piketty ein Modell optimaler Besteuerung von Spitzeneinkommen und mit Saez eins für optimale Kapitalbesteuerung. Wir haben es also mit sehr wirkmächtigen und umfangreichen Reformvorschlägen zu tun.

Immerhin räumen Marterbauer und Schürz bereits im Vorwort ein, dass ihr Ansatz sehr wohl die Möglichkeit böte, eine »Vision jenseits des kapitalistischen Rahmens« zu erlauben. Den sie aber ...

**4** ... in dem Buch nicht ausloten, was kein Vorwurf ist, denn das war ja gar nicht ihr Ansatz. Und es muss sowieso eingestanden werden, dass die Visionen jenseits des kapitalistischen Rahmens zwar existieren, aber deren Realisierbarkeit auch aufgrund einer natürlich schwer auszuräumenden Unbestimmbarkeit bislang nicht auf Tauglichkeit überprüft werden kann.

Das erste große Kapitel beschäftigt sich mit der Angst. Und der Frage, ob eine Wirtschaftspolitik denkbar ist, die ein Sensorium für diese Ängste entwickelt. »Dies ist vielleicht naiv, doch Mitgefühl muss eine Basis für die Überlegungen jeder emanzipatorischen Wirtschaftspolitik bilden.« Solidarität statt Paternalismus. Denn im Paternalismus steckt immer auch die Verachtung für jene, die es nicht schaffen. Dieses »Milieu der Versagenden« kann und wird von der Politik wahlweise bestimmt, um auf der anderen Seite an die Leistungsbereitschaft zu appellieren, die den Laden am Laufen hält. Das geht einher mit der Weigerung, einen rechtlichen Anspruch auf die Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse zu formulieren. Beide Autoren kommen zu dem Schluss, dass es der Politik schon genehm ist, bestimmte Ängste »mit Bedacht politisch am Leben« zu erhalten. Daraus entsteht zum Beispiel die recht bizarre Vorstellung vieler, dass ein Staat, der konsequent Reichtum besteuert, auf die Idee kommen kann, dem »kleinen Mann« Auto und Schrebergarten wegzunehmen. Ein dem Kapitalisten sehr dienliches Märchen des Neoliberalismus. Aber bleiben wir bei der Politik.

**5** In gewisser Weise präsentieren die Autoren eine Art Machbarkeitsstudie. Sie schreiben in zehn Kapiteln auf, wozu der Staat alles in der Lage wäre, gäbe es eine politische Konstellation, die das ernsthaft wollen würde. Auf die wahrscheinlich große, finanzstarke, lobbykräftige und gewalttätige Gegenwehr des Kapitals gehen sie weniger ein. Stattdessen aber – und das allein macht das Buch sehr lesenswert – auf all jene Erfolge, die erwiesenermaßen erreicht worden sind. Zum Beispiel so etwas wie eine Arbeitslosenversicherung. Natürlich nur für einen eher geringen Teil der arbeitenden Bevölkerung, nimmt man es im Weltmaßstab. Überhaupt der Weltmaßstab und das, was Stephan Lesse-

nich und Markus Wissen mit imperialer Lebensweise beschreiben als notwendige Ausformung einer imperialen Produktionsweise, ist nicht Thema des Buches. Was ihm nicht zum Nachteil gereicht, vergisst man bloß nicht beim Lesen, dass sich die von den Autoren beschriebenen Ungerechtigkeiten entlang der Lieferketten exponentiell verschärfen, je weiter man sich von den Ländern des sogenannten Globalen Nordens entfernt. Am anderen Ende schufteten Kinder in Minen und auf Plantagen, sterben Menschen an Hunger und vermeidbaren Krankheiten, fliehen Tausende aus lebensfeindlichen Umständen, die der menschengemachte Klimawandel geschaffen hat, werden andere unter Beihilfe von Konzernen zusammengeschossen, weil sie den Versuch unternommen haben, sich gegen das Kapital und für ihre Rechte zu organisieren.

**6** Also: Was könnte, in der glücklicheren Hälfte der Welt, Politik alles tun, um den Menschen die Angst zu nehmen? Da lautet die Empfehlung der Autorin und der Redaktion, das Buch zu lesen. Es ist schon ein Mutmacher, lebt man in einer Welt, in der es freie und demokratische Wahlen gibt, Regierungen ob ihrer Unfähigkeit abgewählt und solidarische Bündnisse geschlossen werden können, die auf der Straße nicht Gefahr laufen, zusammengeschossen zu werden. Sie schreiben über Grenzsetzungen und machen fast revolutionäre Vorschläge, wie den der Festlegung von »Maximalvermögen«, basierend auf der Erkenntnis, dass Reichtum ab einer bestimmten Größe schädlich ist. Susanne Klatten sollte das Buch wirklich lesen.

Soziale Mindeststandards auf der einen und definierte Maximalvermögen auf der anderen Seite – wenn man sich mal einen Moment lang vorzustellen versucht, es gäbe gerade die FDP nicht ... Da wäre aber trotzdem noch die Sache mit dem Kamel und dem Nadelöhr.



Marterbauer, Markus  
Schürz, Martin  
**Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht**  
Zsolnay-Verlag  
Wien 2022

ANZEIGE

Film & Diskussion

## Finanzialisierung – einfach erklärt

Unternehmen werden immer mehr der Spekulation ausgesetzt. Im Vordergrund steht die Steigerung des Unternehmenswertes. Das, was das Unternehmen wirklich produziert, tritt immer mehr in den Hintergrund. Diese Finanzialisierung behandelt **Finanzwende Recherche** in drei Kurzfilmen anhand von konkreten Beispielen. Pflege, Fußball, Wohnen – wo und wohin drücken die Finanzen?

Am 14. Dezember feiern die Filme bei uns im FMP1 Premiere. Wir wollen sie zeigen, erklären und diskutieren.

Zu Gast sind

**Michael Peters** von Finanzwende e. V., um uns Rede und Antwort zu allem rund um die Filme zu stehen,

**Dr. Andrea Binder**, Politökonomin am Otto Suhr Institut der Freien Universität Berlin.

**Kathrin Gerlof**, Chefredakteurin von OXI – Wirtschaft anders denken, wird durch den Abend führen.

**14. Dezember 2022**

**18.30 Uhr**

Salon im FMP1

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Über etwaige Corona-Regeln informieren wir rechtzeitig.

**FINANZWENDE**  
Recherche

**OXI**  
WIRTSCHAFT ANDERS DENKEN  
oxiblog.de

## KOLUMNE

## Was spaltet uns?

CHRISTIANE KLIEMANN

Dass diese Gesellschaft zutiefst gespalten ist und immer weiter auseinanderdriftet, ist eine von vielen beklagte Tatsache. Bruchlinien gibt es zuhauf, je nach Perspektive. Erst einmal ist da die politische Spaltung entlang von klassischen Rechts-links-Kategorien – das europaweite Erstarken des Rechts-extremismus lässt grüßen. Dann ist da natürlich der Ukraine-Krieg, der vor allem im globalen Kontext verhärtete Positionen verstärkt, frei nach George Bushs zum Irak-Krieg ausgegebenen Motto »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«. Da ist die soziale Ungleichheit, die zu immer absurderen Vermögens- und Machtkonzentrationen führt. Und dann ist da das Thema Klima, bei dem die Spaltung, während ich diesen Text schreibe, zunehmend groteske Züge annimmt: Die UN-Klimakonferenz hat gerade begonnen, und es hagelt Hiobsbotschaften zur herannahenden Klimakatastrophe und immer kleiner werdenden Zeitfenstern für effektives Handeln. Gleichzeitig echauffert sich die »Weiter-so-wie-bisher-Front« über Klimaaktivist:innen, die verzweifelt versuchen, auf ebendiese Lage aufmerksam zu machen. In der Übersicht der Tagesschau-App stehen die Schlagzeilen »Menschheit steuert auf Abgrund zu« und »Klima-Protteste: Union fordert härteres Strafmaß für Aktionen« direkt übereinander.

Diese Spaltung betrifft nicht nur die Gesellschaft als Kollektiv, sondern zieht sich ebenso durch die Köpfe ihrer

Mitglieder: Was uns nicht gefällt, blenden wir aus oder diskreditieren es. Ist allemal einfacher, als vielleicht die eigene Sichtweise zu hinterfragen und unsere Handlungen entsprechend anzupassen. Ja, klar sind wir für Klimaschutz, aber ändern soll sich für uns möglich nichts. Was wie die Quadratur des Kreises schlicht unmöglich ist. Wir müssen uns schon entscheiden: Klimakatastrophe bis hin zu Hungersnöten auch hier in Europa, oder grundlegende Veränderung der gesamten Gesellschaft und vor allem, der Wirtschaft. Wer dies nicht wahrhaben will, befördert die kollektive Spaltung gewollt oder ungewollt weiter. Denn Widersprüche gehen ja nicht einfach davon weg, dass man sie ignoriert. Sie zeigen sich nur an anderer Stelle, dann aber mit Karacho.

Das Phänomen der Spaltung und Fragmentierung ist in meinen Augen sowohl in seinem gesellschaftlichen, als auch in seinem persönlichen Ausdruck auf die zunehmende Verdrängung von offensichtlichen Widersprüchen zurückzuführen, die zu schwer aushaltbar erscheinen, um den Versuch ihrer Auflösung zu unternehmen. Dies wäre, und das ist wohl allen Beteiligten unbewusst sehr klar, ein extrem schmerzhafter Prozess: Alte Gewohnheiten müssten verabschiedet, frühere Fehler eingestanden, und Wünsche eventuell begraben und betrauert werden. Die Parallelen zwischen individuellen psychologischen Prozessen und gesellschaftlichen Dynamiken liegen hier auf der Hand: Genauso wie ein-

zelne Menschen verdrängte Emotionen und Traumata nach außen projizieren und unbewusst lieber Sündenböcke für ihren Schmerz suchen, als ihn bewusst zu durchleben, blenden auch gesellschaftliche Gruppen unbequeme Wahrheiten aus, um ihre emotionale und soziale Komfortzone zu bewahren.

Ein erster Schritt, um solche Spaltungen zu überwinden, könnte das Eingeständnis sein: Ja, wir möchten sehr gerne an Dingen, die uns lieb geworden sind, festhalten und haben starke Angst, sie zu verlieren, bis hin zur schieren Existenzangst. Sei es die Angst vor der Klimakatastrophe selbst oder die Angst, zum Kollateralschaden einer Klimapolitik zu werden, die es nicht schafft, allen Menschen eine vernünftige Perspektive zu bieten. Oder einfach die diffuse Angst, in ein Nichts zu fallen, wenn wir die Sicherheit unserer bisherigen gewohnten Alltagsnormalität verlieren. Je nach psychischer Disposition, gesellschaftlichem Umfeld und persönlicher und familiärer Geschichte führen diese Ängste zu den verschiedensten Verhaltensweisen, die auf den ersten Blick unversöhnlich erscheinen. Wie Süchtige, die ihre Sucht nicht wahrhaben wollen, weil die Vorstellung eines Entzuges zu schrecklich scheint, können wir und unsere Wirtschaft uns nicht aus der Abhängigkeit von fossilen Lebensstilen lösen. Vielleicht brauchen wir deshalb neben politischen Lösungen, die glaubhaft alle Menschen solidarisch mitnehmen und positive Leitbilder einer Postwachstumsgesellschaft

zeichnen, auch so etwas wie kollektive Therapieräume, in denen wir lernen, mit unseren Ängsten konstruktiv umzugehen, und innere sowie äußere Spaltungen zu überwinden.

Von dieser Perspektive aus betrachtet, bräuchten wir in allen Vierteln, Städten und Gemeinden Diskurs- und Austauschräume, in denen wir uns jenseits von rhetorischem Schlagabtausch auf der menschlichen Ebene begegnen können. Vielleicht wäre dies, aufbauend auf Erkenntnissen aus der Psychologie, ein wichtiger Baustein, um in einen wirklich ehrlichen Dialog über klimagerechte und im wahrsten Sinne des Wortes realistische Gesellschaftsgestaltung zu kommen. Denn so, wie es jetzt läuft, kann es nicht weitergehen. Wenn wir die zunehmende Spaltung nicht in den Griff bekommen und ihre Ursachen an der Wurzel packen, werden die Chancen, die größte Bedrohung der Menschheit solidarisch und gemeinsam zu lösen, immer geringer. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies nur gemeinsam geht.



**Christiane Kliemann** ist Journalistin und Degrowth-Aktivistin. Ihre Schwerpunkte sind Postwachstum, alternatives Wirtschaften, Gesellschaftswandel. Sie hat das Webportal [www.degrowth.info](http://www.degrowth.info) mit aufgebaut.

## KOLUMNE

## Geliefert aus Entenhausen

ELMAR WIGAND

Ist das Kapital eigentlich komplett meschugge? Oder folgen seine Manager:innen einem perfiden Plan, den wir als kleine Leuchten bloß nicht durchdringen? Haben die Verwalter des großen Geldes die Fähigkeit, die Realität so zu gestalten, ja zu verbiegen, dass sie sogar komplett wahnsinnige Pläne durchsetzen können? Oder sind sie bereits getrieben von nackter Angst? Halluzinieren sie Goldräusche wie Junkies auf Turkey? Belügen sie nur die breite Öffentlichkeit und ihre Investoren, oder belügen sie auch sich selbst?

Es ist der türkische Flash-Lieferdienst Getir, der mir solches Kopfzerbrechen bereitet. Der mich glauben lässt, dass Variante A momentan die richtigere ist: Die sind alle komplett meschugge!

Getir ist ein Einhorn aus Istanbul, das jetzt Gorillas aus Berlin übernehmen will – ebenfalls ein Einhorn. Falls jemand Getir nicht kennt: Das ist eine Flash-Supermarkt-Kette, die neben Flink und Gorillas versucht, deutsche Innenstädte zu erobern. Getir lässt arme Schlucker:innen aus aller Herren Länder per E-Bike und Smartphone Supermarktware innerhalb von 30 Minuten an die Wohnungstür von Leuten liefern, die zu faul, zu gestresst, zu digital oder einfach zu krank sind, um noch selbst einzukaufen.

Mit Getir soll ausgerechnet der schlaipigste und arroganteste der drei deutschen Teilnehmer auf diesem Markt den Vorreiter und abgestürzten Branchen-Primus Gorillas überneh-

men. Die Meldung geht auf den Wirtschaftsdienst Bloomberg zurück und wird von den Portalen Business Insider und Sifted weitergesponnen. »Einhörner« heißen in der Welt des Risikokapitals Start-ups, also neu gegründete Unternehmen mit unkonventionellen Geschäftsmodellen, die es schaffen, innerhalb eines Jahres über eine Milliarde Dollar von Investoren einzuwerben. Zu den Geldgebern von Getir gehört mit Sequoia Capital ein Tech-Investor, der das Spiel zu beherrschen scheint. Sequoia hat seit den 1970er Jahren Marken finanziert, die die Welt tatsächlich verändert haben – meist nicht zum Besseren: Atari, Apple, Cisco, Google, Airbnb, YouTube, Instagram, Paypal, Whatsapp und Zoom.

Mein Kumpel Abdul\* hat eine Weile für Getir gearbeitet und an dem vergeblichen Versuch teilgenommen, dort einen Betriebsrat zu gründen. Der Laden scheint extrem schlecht geführt zu sein, die Ware ist nicht selten minderwertig bis schadhaft, die Personalführung inkompetent und arrogant. Das Getir-Management scheint von ganz oben bis in die mittlere, mitunter unterste Ebene besetzt mit nationalistischen Patrioten und Strebern, die entweder aus der Türkei kommen und dort auf Elite-Unis studiert haben oder Deutschtürken aus Westdeutschland, die eine Art »Make Turkey Great Again«-Agenda verfolgen. Aus den Hubs, in denen die Ware kommissioniert wird, berichtete Abdul von ethnischer Ausbeutung, die den Atem stocken lässt und nach Katar klingt: Die Ware wird von Inderinnen und Indern

eingesammelt, die oftmals keine klare Aufgabenbeschreibung haben und von ihren Kapos nach Lust und Laune herumkommandiert werden, auch die Klos zu putzen.

Getirs halbseidener Arbeitsrechtsanwalt trägt nicht nur einen Namen, als wäre er in Entenhausen niedergelassen: Rechtsanwalt Atila Graf von Stillfried-Rattonitz versuchte sich am 2. Mai 2022 in der abenteuerlichen Konstruktion, einen einzigen Betriebsrat für ganz Deutschland zu gründen. Also Getir-Niederlassungen in sechs deutschen Großstädten als einen einzigen Betrieb zu deklarieren. Und dann Top-Manager in den Betriebsrat wählen zu lassen. Ein absurdes wie rechtsnihilistisches Vorgehen.

Die Prognose der »Aktion gegen Arbeitsunrecht« lautete nach der Wahlfarce: »Die Götterdämmerung hat begonnen. Am Ende wird nur ein Flash-Supermarkt überleben: ganz sicher nicht Getir, die den deutschen Markt zu spät betreten haben. Wir haben das sichere Gefühl: Getir wird in den nächsten Monaten verschwinden – entweder durch Pleite oder durch feindliche Übernahme.«

Die Geschichte des Monopolkapitalismus kennt viele Beispiele, in denen minderwertige Technologien gegen bessere Produkte der Konkurrenz durchgesetzt wurden: Microsoft wurde als Betriebssystem von IBM weltweit durchgedrückt, VHS als Videostandard durch Sony. Wesentlich seltener ist vermutlich ein miserables Management siegreich geblieben, solange es eine ebenbürtige Konkurrenz gibt, die auf die gleiche Technologie zurückgreift.

Was also ist in Sequoia Capital und Mubadala Investment Company, den Staatsfonds von Abu Dhabi, gefahren, denen Getir gehört? Warum sollten sie ausgerechnet auf diese lahme Ente aus Istanbul setzen, zumal deren türkischer Heimatmarkt durch Hyperinflation von dem Abgrund steht? Wenn wir Wahnsinn und Harakiri mal hypothetisch ausschließen, komme ich auf zwei Varianten: Entweder es handelt sich um ein politisches Prestige-Projekt, um das AKP-Regime propagandistisch zu stützen. Seht her, wir haben einen Welt-Champion! (Siehe: Deutschland und Wirecard) Vielleicht sogar mehr als das: Getir verteilt massiv Lebensmittelgutscheine. Damit kann Erdoğan, querfinanziert vom Emirat Abu Dhabi, 2024 vielleicht sogar noch einmal die Präsidentschaftswahl gewinnen. Oder die »ernsthaften Übernahmegespräche« sind nur ein Bluff, um den Preis in die Höhe zu treiben, den der US-Lieferdienst Doordash am Ende latzen muss. Doordash hat im Mai 2022 bereits Wolt für sieben Milliarden übernommen und ist zusammen mit Rewe 2021 bei Flink eingestiegen. So sehen eigentlich Sieger aus.

\* Name von der Redaktion geändert.



**Elmar Wigand** ist Pressesprecher der Aktion ./., arbeitsunrecht und berät Betriebsräte und Gewerkschaften in strategischer Konfliktführung. Zusammen mit **Ruth Wiess** erforscht er Organisation am Arbeitsplatz.

**Weiterhin  
Wirtschaft  
anders denken!  
Jetzt Abo  
abschließen!**

**OXI**

WIRTSCHAFT  
ANDERS DENKEN

[OXIBLOG.DE](http://OXIBLOG.DE)

